

ANZEIGE

ANZEIGE

NEUER ANTRIEB.

PORSCHE

Macan 4: Stromverbrauch kombiniert: 21,1–17,9 kWh/100 km (WLTP); CO<sub>2</sub>-Emissionen kombiniert: 0 g/km (WLTP);  
Elektrische Reichweite: 516–613 km; Elektrische Reichweite Stadt: 665–784 km; Stand 02/2024



# GLEICHER DRIVE.

Erkennbar. Unverkennbar. Der neue vollelektrische Macan.



macan  
**PORSCHE**

Macan 4: Stromverbrauch kombiniert: 21,1–17,9 kWh/100 km (WLTP); CO<sub>2</sub>-Emissionen kombiniert: 0 g/km (WLTP); Elektrische Reichweite: 516–613 km; Elektrische Reichweite Stadt: 665–784 km; Stand 02/2024

**KOMMENTAR**

## Es geht um unsere Existenz

KLAUS GEIGER

Die Bundesrepublik ist derzeit in ihrer Existenz so gefährdet wie nie seit 1949. Sie hat nach vielen Jahren der Naivität und der Versäumnisse eine letzte Chance, um erwachsen und wehrhaft zu werden. Die Zeitenwende, von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) ausgerufen unter dem Schock der ersten Kriegstage, war für deutsche Verhältnisse ein mutiger und entschlossener Schritt. Aber die Regierung muss dem Volk endlich vermitteln, dass diese Wende der symbolische Auftakt war für eine veränderte Prioritätensetzung, ein neues Selbstverständnis.

Dieses neue Denken hat einen sehr hohen Preis. Aber er muss bezahlt werden, um das höchste Gut eines Staates zu sichern: die eigene Existenz. Die Schulden von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr sind nur ein erster Schritt, um die krassen Versäumnisse der Vergangenheit zu revidieren. Das Sondervermögen reicht längstens bis 2027. Um danach nur das Zwei-Prozent-Ziel der Nato zu erreichen, wären Berechnungen zufolge mehr als 50 Milliarden Euro zusätzlich nötig. In einem Jahr. Es wäre eine Verdopplung des Wehretats.

Um die fehlenden Milliarden zu generieren, gibt es drei Wege: neue Schulden, höhere Steuern oder – als einzig nachhaltige Option – Einsparungen. Der Blick auf den Haushalt zeigt, dass die Sozialausgaben mit 175 Milliarden Euro aktuell für ein Drittel aller Ausgaben stehen. Nur dort sind nennenswerte Summen vorhanden.

Der Bundeshaushalt ist ein Spiegel dessen, was Deutschland heute ist. Ein Land, in dem seit Jahrzehnten zu wenige Kinder geboren werden, um das Rentensystem zu finanzieren. Ein Land, das zugleich qualifizierte ausländische Fachkräfte abschreckt, die Geld in die Sozialkassen bringen würden. Das stattdessen – mit humanitärem Pathos verbrämt – Menschen über ein von einer globalen Neufirma missbrauchtes Asylsystem anlockt. Neuankommlinge passen oft nicht zum Arbeitsmarkt und weichen in die Sozialhilfe aus. Die Migrationskosten des deutschen Staates beliefen sich im vergangenen Jahr auf rund 50 Milliarden Euro.

Es ist richtig, dass unter den Zugewanderten zuletzt auch sehr viele Ukrainer waren, also echte Kriegsflüchtlinge. Aber während in Dänemark oder den Niederlanden mehr als zwei Drittel aller ukrainischen Flüchtlinge arbeiten, sind es in Deutschland nur 20 Prozent. Die Chefin der Arbeitsagentur Berlin-Brandenburg verteidigte dies jüngst mit dem Verweis, in Deutschland habe man sich auf Sprachvermittlung konzentriert. Das habe gedauert. Jetzt beginne man, die Menschen in Arbeit zu bringen. Nach zwei Jahren!

Das ist eine bürokratische Borniertheit, die an die Energiepolitik denken lässt. Die Welt entdeckt die Atomkraft als klimafreundliche, bezahlbare und sichere Energieform. Deutschland weiß es besser, schaltet seine Atomkraftwerke ab, verteuert die Energiewende – und verschwendet auch hier Geld, das für die nationale Sicherheit fehlen wird.

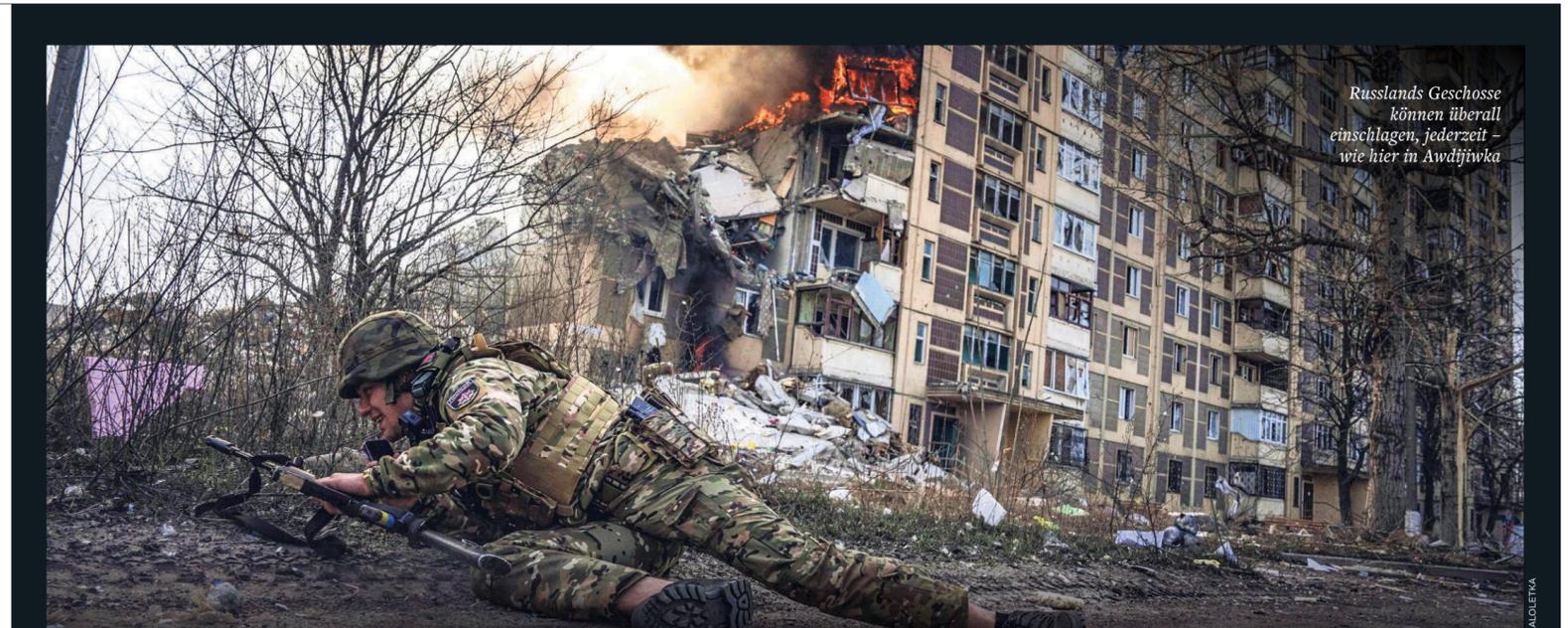
klaus.geiger@welt.de

**ZIPPERT ZAPPT**

Der Bundestag berät über eine Gesetzesnovelle, die es der Post erlauben soll, Briefe noch langsamer zuzustellen. Damit will das Unternehmen Kosten sparen und auf die angeblich veränderte Nachfrage reagieren. Aber wie wird die Zustellung ausgebremst? Wie muss man sich das technisch vorstellen? Für den Laien klingt das jedenfalls nach einer ziemlich großen Herausforderung. Sollen die Zusteller in Zukunft langsamer gehen und nur noch jeden zweiten Briefkasten bedienen? Werden sie mit Blei beschwerte Schuhe anziehen müssen, damit sie nicht so schnell unterwegs sind, und die Fahrradreifen dürfen auch nur noch halb aufgepumpt werden? Es fragt sich, ob das neue Gesetz wirklich dabei helfen kann, Kosten einzusparen. Wahrscheinlich muss die Post nämlich zusätzliche Arbeitskräfte einstellen, die Zustellwege blockieren und die Briefträger zwingen, Umwege zu machen, damit die Briefe auch wirklich später ankommen. Und die Zusteller und Zustellerinnen können demnächst nur noch im Tandem arbeiten. Einer wirft die Post ein, der andere holt sie wieder raus und schickt sie an die Absender zurück.

VON CLEMENS WERGIN

Es ist unklar, wie viele Menschenleben Russlands Krieg bisher insgesamt gekostet hat. Mitte Januar gab das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte bekannt, dass es den Tod von 10.382 Menschen in der Ukraine offiziell bestätigen könne, die nicht dem Militär angehörten. Weitere 19.659 Zivilisten seien seit Beginn der russischen Invasion verletzt worden. Die tatsächlichen Zahlen seien aber sehr wahrscheinlich höher. Sowohl die UN als auch die ukrainische Regierung haben Schwierigkeiten, Todeszahlen für



Russlands Geschosse können überall einschlagen, jederzeit – wie hier in Awdjiwka

## Wohin ein solcher Wahnsinn führt



**MÄRZ** Drohnen, so klein sie auch sein mögen, spielen im Abwehrkampf gegen Russland eine wichtige Rolle

...haben wir alle gesehen. Das schrieb Kurt Tucholsky schon 1919. Vor zwei Jahren begann Russlands Angriff auf die Ukraine, er brachte Tod und Zerstörung. Eine Bilanz



**APRIL** Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj wurde zum tragischen Helden und Gesicht des Krieges



**MAI** Ukrainische Soldaten feuern nahe Bachmut ein Geschütz ab. Am Monatsende erklärt Moskau den Ort als vollständig eingenommen



**JUNI** Jewgeni Prigoschins Wagner-Truppe kontrolliert kurzzeitig russische Städte und Provinzen. Zwei Monate später ist er tot



**JULI** Nichts ist heilig: Wenige Städte stehen stärker für die russische Zerstörungswut als die Hafenstadt Odessa



**AUGUST** Einschlag in eine Flugabwehrstellung: Immer wieder werden russische Ziele auf der besetzten Halbinsel Krim angegriffen



**SEPTEMBER** Die Mutter eines getöteten ukrainischen Rettungssanitäters weint an dessen Grab in Kiew



**OKTOBER** Eine Gedenkstätte für ukrainische Soldaten, die im Kampf gefallen sind. Wie viele es sind, kann nur schwer beziffert werden



**NOVEMBER** Kiews Truppen müssen ihre Positionen auch unter schwierigen Bedingungen halten



**DEZEMBER** Auslöschung der Geschichte: ein zerstörtes Monument in der Nähe des umkämpften Ortes Bachmut



**JANUAR 2024** Schulkinder können in der zurückeroberten Stadt Charkiw wieder den Unterricht besuchen – in einer U-Bahn-Station

In zwei Jahren Krieg hat Russland eine Spur der Verwüstung durch die Ukraine gezogen. Ein Maß an Zerstörungswut und Brutalität, das Europa seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr erlebt hat. Ein Bericht von Weltbank, Europäischer Union, Vereinten Nationen und der Ukraine kommt zu dem Schluss, dass das Land über zehn Jahre hinweg insgesamt 486 Milliarden Dollar (umgerechnet rund 447 Milliarden Euro) benötigen wird, um sich von dem Schaden zu erholen, den Russland angerichtet hat. Laut einer Studie der Kyiv School of Economics (KSE) vom Januar beläuft sich allein der Schaden an der Infrastruktur des Landes auf 155 Milliarden Dollar.

Es ist unklar, wie viele Menschenleben Russlands Krieg bisher insgesamt gekostet hat. Mitte Januar gab das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte bekannt, dass es den Tod von 10.382 Menschen in der Ukraine offiziell bestätigen könne, die nicht dem Militär angehörten. Weitere 19.659 Zivilisten seien seit Beginn der russischen Invasion verletzt worden. Die tatsächlichen Zahlen seien aber sehr wahrscheinlich höher. Sowohl die UN als auch die ukrainische Regierung haben Schwierigkeiten, Todeszahlen für

die russisch besetzten Gebiete zu verifizieren, die am schwersten betroffen sind und in die sie keinen Zugang haben. Allein für die von Russland belagerte und eroberte Stadt Mariupol belaufen sich Schätzungen der zivilen Todeszahlen auf mehrere Zehntausend. Die auf Satellitenbildern entdeckten umfangreichen Massengräber in Mariupol geben davon schauriges Zeugnis.

Zu den Ziviltoten kommen die getöteten Soldaten auf beiden Seiten. Laut ukrainischen Angaben wurden ungefähr 407.240 russische Soldaten ausgeschaltet. Westliche Schätzungen sind zurückhaltender. Am 29. Januar nannte James Heapey, Staatsminister für die britischen Streitkräfte, in einer schriftlichen Antwort auf eine parlamentarische Anfrage die Zahl von mehr als 350.000 Toten und Verletzten auf russischer Seite. Am 21. Februar berichteten der russischsprachige Dienst des britischen Senders BBC und das russische Medienunternehmen Mediazona, die Namen von mehr als 45.000 russischen Soldaten identifiziert zu haben, die seit Februar 2022 ums Leben gekommen seien. Dies umfasse lediglich die Soldaten, „die in öffentlich zugänglichen Quellen – hauptsächlich Nachrufen – erfasst wurden“. Tatsächlich könnten es doppelt so viele sein.

Nach Angaben des International Institute for Strategic Studies in London, das jedes Jahr die

„Military Balance“-Studie zu militärischen Kräfteverhältnissen herausgibt, sind auch die russischen Verluste an militärischem Gerät enorm hoch. So habe Russland mehr als 3000 Kampfpanzer verloren, etwa so viele, wie es in seinem aktiven Inventar hatte, bevor die Invasion begann.

Die Zahl der getöteten ukrainischen Soldaten ist unklar. Im August vergangenen Jahres zitierte die „New York Times“ US-Beamte, die die militärischen Verluste der Ukraine auf 70.000 Tote und zwischen 100.000 und 200.000 Verletzte bezifferten. Die enormen Schäden, die Russland in der Ukraine anrichtet, sind unter anderem darauf zurückzuführen, dass Russland systematisch Kriegsverbrechen begeht und zivile Ziele angreift. „Jenseits der Größe der Verbrechen ist es wichtig zu verstehen, dass die Gräueltaten ein integraler Bestandteil der russischen Kriegsziele sind“, schreibt Fredrik Wesslau, Vorsitzender des Reckoning Project, das Beweise für russische Kriegsverbrechen sammelt, im Fachmagazin „Foreign Policy“.

„Natürlich sind einige Verbrechen das Ergebnis von Aktionen außer Kontrolle geratener Soldaten. Aber der größte Teil ist darauf zurückzuführen, wie und warum Russland Krieg gegen die Ukraine führt. Diese Verbrechen sind die Regel, nicht die Ausnahme. Sie sind systema-

tisch, wohlüberlegt und folgen einer klaren Absicht.“ Der ukrainische Generalstaatsanwalt hat inzwischen 125.000 Verfahren wegen Kriegsverbrechen eröffnet, die wahre Zahl sei aber weit höher, schreibt Wesslau.

Die Ziele der russischen Bombenkampagnen machen klar, worum es Moskau neben der Eroberung tatsächlich geht: Die ukrainische Nation soll zerstört, ihr Staat, ihre kulturelle, und historische Identität und ihre Lebensgrundlage vernichtet werden. Laut KSE wurden bis Januar dieses Jahres 250.000 Wohnhäuser zerstört, davon 222.000 Privathäuser und 27.000 Mehrfamilien-Wohnblocks sowie 562 Wohnheime. Russland hat demnach auch etwa 160.000 Fahrzeuge der öffentlichen Verkehrsmittel der Ukraine zerstört oder beschlagnahmt. 3800 Bildungseinrichtungen wurden getroffen und 580 Verwaltungsgebäude. Dazu kommen 426 zerstörte Krankenhäuser und insgesamt 1300 medizinische Einrichtungen. Auch 348 religiöse Zentren, meist Kirchen, wurden beschädigt sowie 48 Gemeindezentren, 31 Internate und 31 Einkaufszentren. Das macht deutlich, dass Moskau versucht, die Kernelemente des gesellschaftlichen Zusammenhalts der Ukraine zu vernichten sowie die ukrainische Wirtschaft.

FORTSETZUNG AUF SEITE 5

PLATZ DER REPUBLIK

ALAN POSENER



So eine entblößte Betonwand sieht ziemlich gut aus

Als wir in das neu gebaute Haus zogen, Bauhausstil, Beton und Glas, außer Rollrasen wenig Grün, haben wir alles begrünt, was begrünbar war. Wilder Wein, echter Wein, Efeu. Bauhaus ist schick, aber nicht gerade hygge. Zwanzig Jahre später ist der Garten, obwohl er letztes Jahr für den Einbau einer Erdwärmepumpe von Bohrmaschinen umgepflegt wurde, voller Bäume, Büsche, Blumen und Gräser. Was „Biomasse“ bedeutet, weiß nur, wer einen Garten hat. Wer einen Garten hat, weiß aber auch: Irgendwas ist immer. Jetzt ist der Geräteschuppen undicht. Rasenmäher und Fahrräder, Spaten, Rasensaaten und Dünger: Alles wird nass. Konstruiert wurde der Schuppen aus zwei L-förmigen Betonfertigteilen, wie im Rest der Siedlung, Flachdach rauf, die Kanten versiegelt, bitte sehr. Den haben wir auch begrünt: mit Efeu. Nun sind die Fugen porös geworden, teils von allein, teils mithilfe des Efeus, der, als wäre er mit unheimlicher Intelligenz besetzt, jeden Winkel durchwurzelt, jede Fuge auf undichte Stellen abgedichtet hat.

Der Handwerker kam: Alles neu abdichten, inklusive Dach – „aber erst muss das Grünzeug runter, damit wir sehen können, was gemacht werden muss. Kann ich für Sie machen, kostet, sagen wir ...“. Schon gut, mache ich selbst. Gesagt, getan. Meine Frau machte Fotos von mir beim Efeu-Ausrufen auf dem Schuppendach – und ich als Sozialmedien-Junkie postete sie auf Facebook. Ich will nicht sagen, dass ich die Besessenererei nicht erwartet hätte. Aber trotzdem hat sie mich irritiert. Tjaha, Efeu sei doch bekannt als Fassaden-Zerstörer; warum ich nicht vorher einen Architekten gefragt habe; und Flachdächer seien sowieso Schrott. Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Schon gar nicht auf Facebook.

Der ärgerlichste Einwurf ist der gegen das Flachdach schlechthin. Ein Überbleibsel aus dem berühmten Berliner Dächerstreit von 1928, bei dem es – Siedlung mit Flachdach versus Siedlung mit Spitzdach – allerdings mehr um ästhetisch-weltanschauliche als praktische Fragen ging: internationale Moderne gegen deutsche Tradition. Es stimmt, dass es eine Weile dauerte, bis Architekten und Bauhandwerker lernten, Flachdächer zu bauen, die auch im regnerischen Klima Nordeuropas dichthielten. Und dass bis heute immer wieder geflüchtete, leider. Mein Haus aber hat ein Flachdach, das ist dicht, und da stehen jetzt flächen-deckend Solarpaneele drauf. Beim Schuppen hingegen – „kommt ja nicht darauf an“ – wurde geflücht. Und unsere Begründung hat nicht gerade geholfen.

Der frühere Chef einer Zeitung lobte mich zwar: „Rein ökologisch war das doch lobenswert – mehr Grün ist immer gut.“ Aber man darf eben ein Projekt, ob groß oder klein, nie allein ästhetisch oder ökologisch betrachten. Auch das Praktische und Finanzielle muss stimmen. Und umgekehrt. Trotzdem: Das Entgrünen hat Spaß gemacht. Und inmitten des üppi-gen Gartens sieht so eine entblößte Bauhaus-Betonwand ziemlich gut aus. Was fange ich jetzt damit an?

IMPRESSUM Verleger AXEL SPRINGER (1985\*)

Herausgeber: Stefan Aust  
 Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt  
 Stellvertreter des Chefredakteurs:  
 Oliver Michalsky  
 Chefredakteure in der Welt-Gruppe:  
 Dr. Jan Philipp Burgard,  
 Dagmar Rosenfeld, Jennifer Wilton  
 Stv. Chefredakteur: Robin Alexander  
 Geschäftsführender Redakteur:  
 Thomas Exner  
 Redaktionsleiter Digital:  
 Stefan Frommann  
 Leitung Editionsteam:  
 Christian Gaertner  
 Creative Director: Cornelius Tittel  
 Artredaktion: Juliane Schwarzenberg  
 Politik: Claudia Kade, Dr. Jacques  
 Schuster Forum: Eva Marie Kogel, Lucas  
 Wiegmann Investigation/Reportage:  
 Tim Röhn Außenpolitik: Klaus Geiger  
 Wirtschaft und Geld: Jan Dams, Olaf  
 Gersemann, Thomas Exner (Senior  
 Editor) Feuillet: Dr. Mara Delius,  
 Andreas Rosenfelder Stil/Reise/Leben:  
 Adriano Sack Sport: Matthias Brügel-  
 mann Wissen: Sonja Kastilian Nach-  
 richten/Gesellschaft: Thore Baruff  
 Community/Social: Franziska Zimmerer  
 CVD/Produktion: Patricia Flate Foto:  
 Stefan A. Rinne Infografik: Karin Sturm  
 Chefökonomin: Dr. Dorothea Siems  
 Auslandskorrespondenten: Athen:  
 Carolina Drähtz Brüssel: Dr. Christoph  
 Schiltz Kapstadt: Christian Putsch  
 London: Mandoline Rutkowski Marra-  
 kesch: Alfred Hackensberger Moskau:  
 Pavel Lokshin New York: Hannes Stein  
 Paris: Martina Meister Tel Aviv: Christ-  
 ine Kensch Warschau: Philipp Fritz  
 Washington: Stefanie Bolzen Ständige  
 Mitarbeiter: Prof. Michael Stürmer  
 Autoren: Henryk M. Broder,  
 Peter Huth, Alan Posener, Hans Zippert  
 WELT kooperiert mit „El País“  
 (Spanien), „Gazeta Wyborcza“ (Polen),  
 „La Repubblica“ (Italien), „Le Figaro“  
 (Frankreich), „Le Soir“ (Belgien),  
 „Times-Anzeiger“ und „Tribune de  
 Genève“ (beide Schweiz)  
 Verantwortlich im Sinne des Pressege-  
 setzes: Seite 1/Auf einen Blick: Christian  
 Gaertner Deutschland: Claudia Kade  
 Ausland: Caroline Turzer Forum: Rainer  
 Haubrich Wissen: Sonja KastilianWirt-  
 schaft und Geld: Nando Sommerfeldt  
 Sport: Matthias Brügelmann Feuillet:  
 Andreas Rosenfelder Alle: c/o Axel  
 Springer Deutschland GmbH, Axel-  
 Springer-Straße 65, 10888 Berlin.  
 Anzeigen: Judith Umlauf, Media Impact  
 GmbH & Co. KG, 10888 Berlin

Verlag: Axel Springer Deutschland  
 GmbH: Geschäftsführung:  
 Claudius Senst, Christoph Eck-Schmidt,  
 Carolin Hulshoff Pol  
 COO WELT: Bettina Formen  
 Stv. Verlagsleiter Print WELT:  
 Heiko Rudat Anzeigen: Judith Umlauf  
 Vertriebsleitung: Ludger Segeewies  
 WELT Editorial Studio:  
 Matthias Leonhard  
 Druck: Axel Springer SE, Berlin.  
 Axel Springer Offsetdruckerei Ahrensburg  
 GmbH & Co. KG, Kornkamp 11, 22926  
 Ahrensburg; Axel Springer Druckhaus  
 Spandau GmbH & Co. KG, Brunsbütteler  
 Damm 156-172, 13581 Berlin; Axel Springer  
 Offsetdruckerei Kettwig GmbH & Co. KG,  
 Im Teelbruch 100, 45219 Essen/Kettwig;  
 Süddeutscher Verlag GmbH, Zamdorfer  
 Straße 40, 81677 München  
 Vertrieb: Sales Impact GmbH;  
 alle 10888 Berlin, Axel-Springer-Str. 65.  
 Tel.: 030 / 259 10.  
 DIE WELT wird als Zeitung und digital  
 vertrieben. Informationen zum  
 Datenschutz finden Sie unter  
 www.welt.de/datenschutz. Sie können  
 diese auch schriftlich unter Axel Springer  
 Deutschland GmbH, Datenschutz,  
 Axel-Springer-Straße 65, 10969 Berlin  
 anfordern. Alle Rechte vorbehalten  
 (einschließlich Text und Data Mining gem.  
 §44bUrHG). Die Rechte für die Nutzung  
 von Artikeln für elektron. Pressespiegel  
 erhalten Sie über PMG Presse-Monitor  
 GmbH & Co. KG, www.pressemonitor.  
 de. E-Mail: info@pressemonitor.  
 de. Für Syndikationsrechte wenden Sie  
 sich an nachdruck@welt.de. Copyright  
 2023 Axel Springer Deutschland GmbH  
 Abonnementpreis: www.welt.de/pro-  
 duktinfo. Abo-Bestellmöglichkeit auf  
 www.lesershop24.de/die-welt oder unter  
 Kundenservice Tel. 0800 9 358537  
 (Mo.-Sa.: 7-19 Uhr, kostenfrei), E-Mail:  
 kundenservice@welt.de. ISSN 0173-8437.  
 DIE WELT, USPS No. 0603-990. Es gilt  
 die WELT-Preisliste Nr. 102, gültig ab  
 1.1.2024, sowie die Preisliste Märkte,  
 Ergänzung zur WELT-Preisliste  
 Nr. 102, gültig ab 1.1.2024. E-Mail:  
 anzeigen@welt.de. Tel.: 030 / 58 58 90.  
 Amtliches Publikationsorgan aller  
 deutschen Wertpapierbörsen. Keine  
 Gewähr für unverfälschte Kurs-  
 notierungen. Für unverlangt eingesandtes  
 Material keine Gewähr.  
 Sie erreichen die Redaktion unter:  
 DIE WELT, Brieftfach 2410, 10888 Berlin  
 Tel. 030/25 910 E-Mail kontakt@welt.de

THEMA DES TAGES

„Nach dem Angriff kam eine einzige Mail von der Uni“

Der von einem Kommilitonen schwer verletzte jüdische Student Lahav Shapira erhebt Vorwürfe gegen die Freie Universität Berlin

Der jüdische Student Lahav Shapira wurde am 2. Februar in Berlin Opfer eines schweren Angriffs. Shapira studiert an der Freien Universität (FU) Berlin Sonderpädagogik und Biologie auf Lehramt. Shapira wurde in Israel geboren und lebt seit 2002 in Deutschland. Er ist 30 Jahre alt und der Bruder des Comedian Shahak Shapira. Dringend tatverdächtig ist nach WELT-Informationen Mustafa A., ein 23-jähriger arabischstämmiger Deutscher. A. studiert demnach an derselben Universität im dritten Semester Geschichte und Philosophie auf Lehramt. Für A. gilt auf dem Campus der Universität momentan ein Hausverbot.

VON FREDERIK SCHINDLER

**WELT: Herr Shapira, Sie haben sich in den vergangenen Monaten gegen Demonstrationen von Israel-Hassern an Ihrer Universität eingesetzt und wurden Anfang des Monats von einem arabischstämmigen Kommilitonen schwer verletzt. Wie geht es Ihnen?**

**LAHAV SHAPIRA:** In den ersten eineinhalb Wochen habe ich nur schwer Luft bekommen, da ich im Mund, unter dem Auge und in der Nase Nähte hatte. Mein Gesicht ist immer noch angeschwollen, die Nase ist immer noch taub. Ich war vier Nächte im Krankenhaus und bin immer noch zu Hause, da ich mich noch erholen muss und so verbeult nicht rausgehen möchte. Meine Nase war komplett durchgebrochen, auch ein Knochen in der Augenhöhle und in der Wange waren

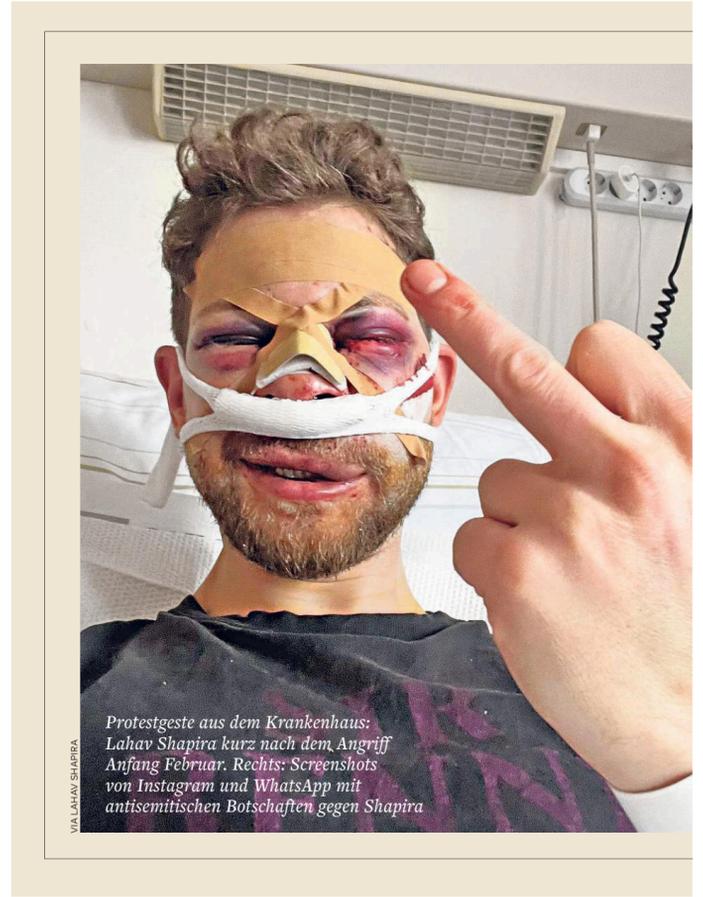
gebrochen. Ich habe im Gesicht zwei Metall-einsätze. Es gab eine geringe Hirnblutung, die sich zum Glück nicht ausgeweitet hat.

**Ein solch schwerer Angriff kann nicht nur körperliche, sondern auch psychische Auswirkungen hervorrufen.** Ich bin gestresst, die Sache ist nicht schön. Aber ich habe keine Angst, rauszugehen. Ich musste leider schon früher Erfahrungen mit Antisemiten machen.

**Wie erinnern Sie sich an den Angriff?** Ich war mit einer Freundin in einer Bar in Berlin-Mitte. Nach eineinhalb Stunden kam ein Typ, den ich aus WhatsApp-Gruppen der Uni kannte, aber noch nie persönlich gesehen habe. Ich habe erst später realisiert, dass er das ist. Wir haben die Bar verlassen, dann kam er auf mich zu. Er fragte mich, ob ich wisse, wer er ist, und ob ich Lahav sei. Dann sagte er, dass ich der sei, der Plakate in der Uni abreißt, und das nicht in Ordnung sei.

**Sie hatten bei einer Hörsaal-Besetzung israelfeindlicher Gruppen an der FU Berlin Plakate entfernt, auf denen Israels Staatsgründung als Landraub bezeichnet wurde.** Genau. Der Täter hat mir dann einen Faustschlag auf die linke Gesichtshälfte verpasst und kurz danach noch mal getroffen. Ich habe das Gleichgewicht verloren. Als ich aufstehen wollte, hat er mir ins Gesicht getreten und ist wegelaufen. Meine Begleitung hat ihn währenddessen angeschrien.

**Was waren das für WhatsApp-Gruppen, über die Sie den Täter kannten?**



Protestgeste aus dem Krankenhaus: Lahav Shapira kurz nach dem Angriff Februar. Rechts: Screenshots von Instagram und WhatsApp mit antisemitischen Botschaften gegen Shapira

Wir studieren beide Lehramt, die Gruppen sind eigentlich für die Vernetzung von Lehramtsstudenten. In einer Gruppe bin ich Administrator und musste nach dem Terroran-griff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 mehrere Mitglieder entfernen, da diese zu antisemitischen Demonstrationen aufgerufen haben. Beispielsweise die Gruppierung „Klasse gegen Klasse“ hat mehrfach vor der Uni zur Intifada aufgerufen.

**„Yallah Intifada – von Dahlem bis nach Gaza!“, hieß es auf den Demonstrationen. Dies kann als Aufruf zur bewaffneten Gewalt gegen Israel verstanden werden.** Solche Gewaltaufrufe will ich in der Whats-App-Lehramtsgruppe nicht akzeptieren. Es

wurde dann ein Ableger der Gruppe gegrün-det, in den ich hinzugefügt wurde. Dort wurde mir Gewalt angedroht und es wurden antisemitische Verschwörungsmythen verbreitet: Juden beherrschten die Medien und ich WhatsApp.

**Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung und geht von einem gezielten antisemitischen Angriff auf Sie aus.** Das würde ich auch so bewerten. Ich wurde deshalb angegriffen, weil ich nicht möchte, dass Israel ausgelöscht wird. Deshalb werde ich von bestimmten Gruppierungen als Zion-ist bezeichnet, was diese Gruppen als Be-leidigung meinen.

INNENPOLITIK

TAURUS-LIEFERUNG FÜR UKRAINE

Union scheidet im Bundestag

Der Unionsantrag mit der Forderung zur Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine ist im Bundestag klar abgelehnt worden. In namentlicher Abstimmung stimmten am Donnerstag 182 Abgeordnete für die Vorlage, 480 dagegen und fünf enthielten sich. Allerdings stimmte aus der Ampel-Koalition die FDP-Abgeordnete und Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, nach eigenen Angaben wie angekündigt dafür. Der Antrag für eine „echte Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik“ hatte die „unverzügliche Lieferung von erbetenen und in Deutschland verfügbaren Waffensystemen“ einschließlich Taurus-Marschflugkörpern verlangt. Strack-Zimmermann stimmte dem zu – „aus-schließlich, weil das System des Taurus unmissverständlich genannt worden ist“, wie sie sagte.

FLÜCHTLINGE AUS DER UKRAINE

1,15 Millionen in Deutschland

Im vergangenen Jahr sind deutlich weniger Menschen aus der Ukraine nach Deutschland gekommen als im Jahr 2022 direkt nach Beginn des russischen Angriffskriegs. 2023 seien rund 277.000 Zugzüge aus der Ukraine und 156.000 Fortzüge in die Ukraine erfasst worden, meldete das Statistische Bundesamt am Donnerstag. Daraus ergebe sich eine Nettozu-wanderung von 121.000 Personen. 2022 hatte es eine Netto-zuwanderung von 960.000 gegeben. 1,15 Millionen Ukrainer lebten danach im Oktober 2023 in Deutschland.

BUND DEUTSCHER KRIMINALBEAMTER

Cannabis-Legalisierung stoppen

Kurz vor der Abstimmung im Bundestag hat der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) einen Stopp der Regierungs-pläne zur Teil-Legalisierung von Cannabis gefordert. „Dieses Gesetz muss gestoppt werden“, sagte der BDK-Vorsitzende Dirk Peglow der Funke Mediengruppe. Bei dem Gesetz han-dele es sich um „ein Regelungsmonster, das kaum in der Praxis umzusetzen sein wird und auch die Ziele nicht errei-chen wird, die es erreichen soll“. Der Kleinhandel werde „im Prinzip legalisiert“, sagte Peglow. Dealer könnten bis zu 25 Gramm bei sich tragen und es sei nicht möglich, dass die Polizei „unterscheiden kann zwischen legal angebautem Cannabis und illegalem“. Der Schwarzmarkt werde so nicht eingedämmt, sondern eher gefördert.

FREIE WÄHLER

Streit um Abgrenzung zur AfD

Zwischen der Bundespartei der Freien Wähler und der säch-sischen Landesvereinigung herrscht Streit um die Abgren-zung zur AfD. „Wir hoffen, dass die Kollegen in Sachsen noch zur Einsicht kommen“, sagte Generalsekretär Gregor Voht der „Sächsischen Zeitung“. „Die Brandmauer zur AfD muss stehen.“ Der Bundesparteitag der Freien Wähler hatte am Samstag in Bitburg einen Beschluss gefasst, der ein Ko-operationsverbot mit der AfD vorsieht. Einen Tag später erklärten die Freien Wähler in Sachsen, dass man dies zur Kenntnis nehme, aber nicht unterstütze. Hintergründe zur Rolle der AfD und zu den Querelen in der Partei erfahren Sie auf den Seiten 5 und 7.

AUSSENPOLITIK

GEHEIME BESTATTUNG GEFORDERT

Nawalnys Mutter wird erpresst

Nach tagelangem Warten hat die Mutter des in russischer Haft gestorbenen Kreml-Kritikers Alexej Nawalny nach eigener Aussage Zugang zur Leiche erhalten. Sie habe den Leichnam gesehen, sagte Ljudmila Nawalnaja in einem von Nawalnys Team veröffentlichtem Video. Sie warf den russi-schen Behörden vor, sie zu „erpressen“, um eine „geheime“ Bestattung ihres Sohnes zu erzwingen. Unterdessen hat der zu 25 Jahren Haft verurteilte russische Oppositionelle Wla-dimir Kara-Mursa hat seinen Landsleuten Mut zugespro-chen. „Alexej sagte: Gebt nicht auf. Es ist unmöglich, auf-zugeben“, erklärte Kara-Mursa aus der Isolationshaft in einer Strafkolonie in Sibirien.

POLNISCH-UKRAINISCHE GRENZE

Tusk will Blockaden verhindern

Polen reagiert auf Blockaden wichtiger Grenzübergänge mit der Ukraine. Ministerpräsident Donald Tusk erklärte, diese würden auf eine Liste kritischer Infrastruktur aufgenommen. So solle sichergestellt werden, dass humanitäre und militärische Hilfen die Ukraine ohne Verzögerung erreichen könnten. „Das Schicksal der Ukraine hängt in der Schwebe, und ich muss niemanden davon überzeugen, dass dies be-deutet, dass auch unser Schicksal in der Schwebe hängt“, sagte Tusk. Polnische Landwirte hatten bei ihren Protesten auch Grenzübergänge blockiert und an einem der Übergänge ukrainisches Getreide aus Zugwaggons abgelassen, um gegen die Konkurrenz aus dem Nicht-EU-Land zu protestieren. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj erklärte, die Blockaden beeinträchtigten die Lieferung von Militärus-

rüstung an die Front. Mehr über den russischen Krieg gegen die Ukraine und dessen Folgen steht auf Seite 6.

„DURCHGEKNALLTER MISTKERL“

Bidens klare Worte für Putin

Er bezeichnete ihn bereits als „Mörder“ und „Kriegsver-brecher“ – nun hat US-Präsident Joe Biden Russlands Machthaber Wladimir Putin einen „durchgeknallten Mist-kerl“ genannt. Bei einem Treffen mit Spendern der Demo-kratischen Partei in San Francisco sagte Biden, der Klima-wandel sei trotz des „durchgeknallten Mistkerls Putin“ die „existenzielle Bedrohung für die Menschheit“. Auf Englisch benutzte der Präsident die Ausdrucksweise „SOB“, kurz für die Beleidigung „son of a bitch“, was im Deutschen etwa mit „Mistkerl“, „Arschloch“ oder gar „Hurensohn“ übersetzt werden kann. Der 81-jährige Biden ist dafür bekannt, privat zu fluchen. 2022 hatte er einen Reporter des Senders Fox News ebenfalls einen „son of a bitch“ genannt, als er das Mikrofon ausgeschaltet wähnte. Der Ausdruck gilt in den USA im Vergleich mit anderen Beleidigungen als weniger vulgär.

ALBANIEN

Italien kann Flüchtlingslager bauen

Der Weg ist frei: Albanien Parlament hat ein umstrittenes Migrationsabkommen ratifiziert. Nun kann das EU-Land

DIE GUTE NACHRICHT

EUROAUM

Inflation nur noch 2,8 Prozent

Die Inflation hat zu Beginn des Jahres im Euroraum nachgelassen. Die Verbraucherpreise legten im Januar nur noch um 2,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahres-monat zu. Im Dezember war die Teuerungsrate noch auf 2,9 Prozent geklettert, nachdem sie im November auf 2,4 Prozent gesunken war. Die niedrigsten Teue-rungsraten verzeichneten Italien (0,9 Prozent), Lett-land, Litauen und Finnland (alle 1,1 Prozent). Die höchsten Steigerungsraten bei den Lebenshaltungs-kosten mussten die Verbraucher in Estland (5,0 Pro-zent) und Kroatien (4,8 Prozent) verkraften. Deutsch-land lag mit einem Wert von 3,1 Prozent über dem Durchschnitt im Euroraum. Mit dem abflauenden Preisauftrieb kommt das Ziel der Europäischen Zentral-bank (EZB) einer Teuerungsrate von 2,0 Prozent näher.



Auf X wurden Sie von einigen Nutzern auch als „Rechter“ oder „Rechtsradikaler“ beschimpft – in Bezug auf Videos von einer Hörsaalbesetzung antisraelischer Gruppen im vergangenen Dezember, bei der Sie Plakate von nach Gaza entführten Geiseln aufhängen wollten.

Man kann mit diesen Leuten nicht diskutieren. Eine Falschbehauptung reiht sich an die nächste. Israel und die USA zu hassen, ist mittlerweile Mode. Wenn man nicht der gleichen Meinung ist wie sie und bezweifelt, dass Israel einen planvollen Genozid an den



Palästinensern begehrt, wird man als Zionist oder gar rechtsradikal abgestempelt. Dabei geht es mir gar nicht um eine Verteidigung von Benjamin Netanjahu, sondern um Widerspruch zu Relativierungen des Hamas-Terrors. Es ist nicht politisch, an entführte Geiseln erinnern zu wollen. Zum Glück gibt es an der Uni auch Palästinenser und solche, die mit ihnen solidarisch sind, die keine Extremisten oder Antisemiten sind.

**Hat die Hochschulleitung genug getan, um ein sicheres Klima für jüdische Studenten zu schaffen?**  
Die Unileitung hat den israelfeindlichen Gruppen viel zu viel Spielraum gewährt. Jüdische Kommilitonen und ich hatten das FU-Präsidium lange vor dem Angriff auf mich aufgefordert, diese Gruppen zumindest zu beobachten. Bei einem Gespräch mit dem Präsidium wurden uns Lösungsansätze versprochen, dann wurden wir ignoriert. Man wollte sogar uns Verantwortung übergeben. Wir sollten Ankündigungen israelfeindlicher Demos weiterleiten und wurden dazu animiert, Plakate oder Schmierereien selbst zu entfernen. Wir werden vorgeschickt, weil die Uni sich offenbar nicht traut, sich darum zu kümmern. Unabhängig davon, dass das die Aufgabe der Uni wäre, kann das sogar gefährlich werden, wie der Angriff auf mich zeigt.

**Hat Ihre Universität sich nach dem Angriff bei Ihnen gemeldet?**  
Nach dem Angriff habe ich gerade mal eine einzige Mail von der Uni bekommen. Ich musste die Uni aus dem Krankenhaus kontaktieren, um meine Biologie-Klausur zu verschieben, damit diese nicht als Fehlversuch gewertet wird – während ich gerade nicht richtig sprechen konnte. Da hätte ich mir mehr Unterstützung gewünscht.

Es ist bereits das zweite Mal, dass Sie zum Ziel antisemitischer Gewalt geworden sind. Im Alter von 17 Jahren wurden Sie an Ihrem damaligen Wohnort in Sachsen-Anhalt von Neonazis als „Judenschwein“ beschimpft und zusammengeschlagen. Ich habe mehrere Erfahrungen mit Antisemitismus und Gewalt gemacht. Das führt nicht dazu, dass ich mich zu Hause einschließen will. Aber wenn ich abends unterwegs bin, werde ich künftig aufpassen müssen, wer in der Nähe ist. Ich muss darauf achten, Leute nicht zu nah an mich heranzulassen, damit ich mich verteidigen kann.

erhoben wird, ist zum vierten Mal in Folge gestiegen. Gleichzeitig gingen die Daten für Deutschland herunter. Die Daten gelten als extrem gut und verlässlich, wenn es darum geht, die künftige Entwicklung der Wirtschaft abzuschätzen, weil die befragten Einkaufsmanager der großen Unternehmen es stets als Erste spüren, wenn sich eine Trendwende ergibt. Hoffnung macht nur der Dienstleistungssektor. Lesen Sie den Bericht auf Seite 9.

**UMWEGE AUF SEE**

**Frachtkosten steigen rasant**

Durch den Suezkanal fahren wegen der Spannungen im Zuge des Gazakonflikts deutlich weniger Frachtschiffe. Auf der Verbindung zwischen dem Roten Meer und dem Mittelmeer waren in diesem Januar 42 Prozent weniger Schiffe unterwegs als zur Hoch-Zeit in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres, berichtete die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad). Die Container-Spotpreise von Shanghai in China nach Europa seien von Anfang Dezember bis Ende Januar durchschnittlich um 256 Prozent gestiegen.

**MINDESTLOHN**

**Deutschland mit „Mini-Zuwachs“**

Die gesetzlichen Mindestlöhne in der Europäischen Union sind zum Jahreswechsel kräftig gestiegen: Die 22 EU-Staaten mit einem allgemeinen Mindestlohn erhöhten diesen vor dem Hintergrund hoher Inflationsraten im Mittel um 9,7 Prozent, wie das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung mitteilte. In Deutschland fiel die Anhebung mit einem nominalen Plus von 3,4 Prozent auf 12,41 Euro deutlich kleiner aus. Absolut allerdings steht Deutschland mit 12,41 Euro Mindestlohn auf Rang vier in der EU. Ein noch höherer Mindestlohn wird in Luxemburg (14,86 Euro), den Niederlanden (13,27 Euro) und in Irland (12,70 Euro) gezahlt.

**LUXUS-WOHNUMGEN**

**Berlin liegt vorne**

Mietwohnungen in Deutschland mit den höchsten monatlichen Nettokaltmieten bei Neuvermietung im Jahr 2023

	in Euro	Wohnfläche in m <sup>2</sup>	Zimmer
Berlin (Mitte)	28.500	295	4
Köln (Altstadt-Süd)	22.000	260	4
Berlin (Mitte)	17.000	706	7
Berlin (Prenzlauer Berg)	16.500	563	6
Berlin (Tiergarten)	14.900	451	8
München (Maxvorstadt)	13.100	299	6
Berlin (Mitte)	12.000	456	4
Hamburg (HafenCity)	11.500	320	5

Basis: Angebote, die zwischen Januar und November 2023 auf immowelt.de inseriert wurden, Quelle: Statista/Immowelt

**TAG AN DER BÖRSE**

**Euphorie beim Dax**

Der Börsenhype um das Thema künstliche Intelligenz kennt nach starken Zahlen des US-Chip-Konzerns Nvidia keine Grenzen und hat die Rekordjagd an Europas Aktienmärkten am Donnerstag neu entfacht. Der Dax und der breiter gefasste europäische Stoxx-600 markierten neue Höchststände. In Japan ließ der Leitindex Nikkei seine Bestmarke aus dem Jahr 1989 hinter sich. Zum Börsenschluss notierte der deutsche Leitindex Dax 1,5 Prozent fester bei 17.370 Punkten. Mehr Kurse finden Sie auf Seite 9.

**SPORT**

**NATIONALMANNSCHAFT**

**Toni Kroos kommt zurück**

Toni Kroos folgt dem Werben von Bundestrainer Julian Nagelsmann und kehrt vor der Heim-EM in die Fußball-Nationalmannschaft zurück. „Leute, kurz und schmerzlos: Ich werde ab März wieder für Deutschland spielen“, schrieb der 34-Jährige bei Instagram und beendete damit das wochenlange Rätselraten um sein Comeback. Nach 106 Länderspielen hatte sich Kroos 2021 nach dem Achterfinale-Aus gegen England bei der EM in den DFB-Ruhestand verabschiedet. Nun will er schon bei den wichtigen Länderspielen in Frankreich und gegen die Niederlande im März wieder für die Nationalelf auflaufen – und dann auch bei der Europameisterschaft im eigenen Land, die für das DFB-Team am 14. Juni in München gegen Schottland beginnt. Wie es jetzt mit der Nationalmannschaft weitergeht, lesen Sie auf Seite 14.

**WERDER BREMEN**

**Fritz wird Geschäftsführer**

Clemens Fritz wird nach Informationen der „Bild“-Geschäftsführer Fußball beim Bundesligisten Werder Bremen und damit Nachfolger von Frank Baumann. Der 43-jährige Fritz ist derzeit noch Leiter Profifußball bei den Bremern und wurde auch als Favorit auf den Geschäftsführer-Posten gehandelt. Werder hatte sich aber auch mit Kandidaten außerhalb des Vereins befasst.

**KULTUR UND GESELLSCHAFT**

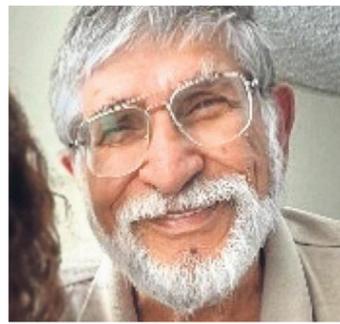
**STREICHUNGEN**

**Neue Version von „Jim Knopf“**

Aus einer demnächst erscheinenden Neuauflage der „Jim Knopf“-Bücher von Michael Ende wird das N-Wort ge-

**FREE THEM NOW**

**Geisel der Hamas**



Yoram Metzger, 80, entführt aus dem Kibbuz Nir Oz

strichen. Das teilte der Thienemann-Verlag mit. In Absprache mit den Erben des Autors habe man beschlossen, Textänderungen an den beiden Bänden „Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer“ sowie „Jim Knopf und die Wilde 13“ vorzunehmen. Auch die Illustrationen werden angepasst. Wie der Verlag auf WELT-Anfrage erklärte, wird die ursprüngliche Version mit dem N-Wort und den Original-Illustrationen weiterhin lieferbar sein. Sie werde künftig ein einordnendes Nachwort erhalten. Die Änderungen in der Neuauflage begründete der Verlag damit, dass Kinder „diese sprachlichen Elemente nicht in ihren Alltagswortschatz“ übernehmen sollten. Eine Analyse lesen Sie auf den Seiten 16 und 17.

**EIFFELTUM**

**Streiken gegen den Rost**

Wegen eines Streiks der Beschäftigten können Touristen seit inzwischen vier Tagen nicht auf den Pariser Eiffelturm. Dutzende der Angestellten demonstrierten lautstark vor dem Wahrzeichen und forderten einen besseren Unterhalt. Rost nage am Eiffelturm, während die Stadt hohe Millionen-summen aus dem Verkauf der Eintrittskarten einstreiche und an der Instandhaltung spare, lautete der Vorwurf. „Er steht seit 135 Jahren, aber wie lange noch?“, stand auf einem der Transparente. „Milchkuh Eiffelturm“ hieß es auf einem anderen Plakat, das die Pariser Bürgermeisterin beim Melken des Turms zeigte. Konkret geht es im Moment um den neuen Anstrich des Eiffelturms. Der wichtige Rat von Gustave Eiffel, der Turm müsse einmal alle sieben Jahre gestrichen werden, dann halte er ewig, sei nicht mehr befolgt worden, lautete ein Vorwurf.

**GITARRIST FRITZ PUPPEL**

**Trauer um „City“-Gründer**

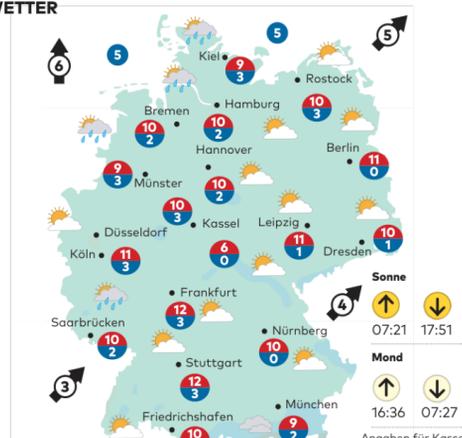
Der Gitarrist und Gründer der ostdeutschen Kultband City, Fritz Puppel, ist mit 79 Jahren gestorben. City wurde 1972 in Ost-Berlin gegründet und landete mit „Am Fenster“ auch im Westen einen Hit. City spielte in der DDR in einer Liga mit Karat, Silly oder den Puhdys. Weitere bekannte Songs waren „Casablanca“, „Der King vom Prenzlauer Berg“ und „Unter der Haut“. Insgesamt verkaufte City mehr als 15 Millionen Tonträger und gab etwa 2500 Konzerte. Am 30. Dezember 2022 gab die Band, zu der zuletzt auch Toni Krahl, Manfred Henning und Georgi Gogow gehörten, nach 50 Jahren ihr Abschiedskonzert. Am 8. April will City in der Feierhalle des Krematorium Berlin-Baumschulenweg Puppel öffentlich gedenken.

**DEUTSCHLAND**

**Mehr als 370 Menschen ertrunken**

Mindestens 378 Menschen sind im vergangenen Jahr in Deutschland ertrunken. Das sind 23 mehr als im Vorjahr, wie die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) mitteilte. Ungewöhnlich viele Menschen seien erst nach den Sommerferien ums Leben gekommen. Die meisten Menschen ertranken in Bayern. Dort waren 62 Tote zu beklagen. Insgesamt ereigneten sich rund 90 Prozent der Fälle in Binnengewässern. Vergleichsweise wenige Menschen starben im Meer.

**WETTER**



**Wechsel von Sonne und Wolken**

**Heute:** Zwischen dem Südwesten und dem Nordosten wechseln sich Sonne und Wolken ab. Sonst überwiegen dichte Wolkenfelder. Dabei treten im Norden und Westen vereinzelt Schauer auf, und im Südosten klingen die Regen- oder Schneefälle ab. Am Nachmittag werden 3 bis 12 Grad erreicht. Der mäßige bis frische, an der Küste starke Südwestwind schwächt sich im Tagesverlauf ab.  
**Biwetter:** Anfangs fühlt man sich wohl, im Tagesverlauf nimmt die Belastung für den Organismus jedoch zu. Dann stellen sich bei Wetterfühligkeit Kopfschmerzen ein. Auch Rheumapatienten müssen sich darauf einstellen, dass die Schmerzen im Tagesverlauf zunehmen.

**WIRTSCHAFT UND GELD**

**KOMMUNALER NAHVERKEHR**

**Ver.di ruft zu „Wellen-Streik“ auf**

Die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di ruft erneut zu Streiks im kommunalen Nahverkehr auf. In den einzelnen Bundesländern außer Bayern sollen die Beschäftigten in der kommenden Woche an unterschiedlichen Tagen die Arbeit niederlegen. Mit dem „Wellen-Streik“ von Montag bis Samstag soll Druck in den laufenden Tarifverhandlungen für die rund 90.000 Beschäftigten im kommunalen öffentlichen Personennahverkehr aufgebaut werden. Betroffen sind demnach 130 kommunale Unternehmen. Die meisten Streiks sollen am nächsten Freitag stattfinden.

**STARKE QUARTALSAZAHLEN**

**Nvidia überrascht erneut**

Der anhaltende Boom bei Spezialchips für künstliche Intelligenz (KI) hat Nvidia zum sechsten Mal in Folge einen Quartalsumsatz über den Markterwartungen beschert. Der Halbleiterhersteller aus dem kalifornischen Santa Clara zeigte sich auch für die Zukunft optimistisch. Nvidia zufolge haben sich die Erlöse zum Jahresende 2023 auf gut 22 Milliarden Dollar mehr als verdreifacht. Analysten hatten mit knapp 21 Milliarden Dollar gerechnet. Was das für die Aktien bedeutet, lesen Sie auf Seite 9.

**E-AUTOS**

**Kehrtwende bei Mercedes**

Eigentlich sollen bei Mercedes im Jahr 2030 nur noch Elektroautos vom Band rollen. Doch seit die Bundesregierung praktisch über Nacht den Umweltbonus gestrichen hat, ist bei den deutschen Autobauern in Sachen E-Mobilität Ernüchterung eingetreten. Mercedes reagiert auf die aktuelle Kaufzurückhaltung der Kunden, indem das Unternehmen bei Produktion und Vermarktung wieder verstärkt auf Verbrenner setzt – auf Kosten der E-Modelle. Eine Abkehr von der E-Mobilität soll das aber nicht sein, betont der Konzern. Was hinter der Strategie steckt, erfahren Sie auf Seite 10.

**EINKAUFSMANAGERINDEX**

**Hoffnung für Europa**

Der Einkaufsmanagerindex für Europa, der regelmäßig von der Ratingagentur S&P und der Hamburg Commercial Bank

**WISSEN**

**ABNEHMSPRITZEN**

**Experten warnen vor Illusionen**

Rund um sogenannte Abnehmspritzen sind falsche Vorstellungen verbreitet. Es gebe den Wunsch, so ein Mittel zu nehmen und ansonsten weiterzumachen wie bisher, sagte der Leiter des Geschäftsbereichs Arzneimittel der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände, Martin Schulz. Die Einnahme müsse eingebettet sein in ein Gesamtkonzept mit Lebensstilveränderungen, etwa Ernährungsumstellung und mehr Bewegung, sagte Julia Szendrödi, Vizepräsidentin der Deutschen Diabetes Gesellschaft. Werde das Medikament abgesetzt, steige das Gewicht wieder an. Nebenwirkungen könnten unter anderem schwere Übelkeit sein.

**JAHRESZEITEN**

**Zugvögel nicht zu früh dran**

Kranichschwärme, Störche auf überfluteten Wiesen und erste Blüten: Viele Menschen haben aktuell den Eindruck, die Natur lege in diesem Jahr ungewöhnlich früh los. Doch das trägt Fachleuten zufolge, zumindest zum Teil. „2024 ist mit Blick auf Wildtiere bislang kein extremes Jahr“, sagte Klaus Hackländer, Vorstand der Deutschen Wildtier Stiftung sowie Wildtierbiologe an der Universität für Bodenkultur Wien. Dass es den Menschen trotzdem so vorkomme, liege an einer erhöhten Sensibilität aufgrund der Klimakrise. „Der Eindruck, dass beispielsweise Zugvögel in diesem Jahr früher dran sind, trägt.“ Das sieht Julian Heiermann vom Naturschutzbund (Nabu) ähnlich: „Derzeit beobachten wir einen starken Zug der Kraniche, was aber jahreszeitlich nicht ungewöhnlich ist“, erklärte er. Auch bei den Weißstörchen, bei denen vielerorts die Rückkehr aus den Winterquartieren gemeldet wird, seien keine Anomalien bekannt.

## „Viele sagen: Es gibt nicht mehr Kind und Karriere“

Soziologin Jutta Allmendinger über die nach wie vor wirkmächtigen Geschlechterstereotype

Jutta Allmendinger, 67, ist Professorin für Bildungssoziologie und Arbeitsmarktforschung an der Humboldt-Universität in Berlin und leitet seit 2007 das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Im Herbst gibt sie die Präsidentschaft mit Erreichen der Altersgrenze ab.

VON SABINE MENKENS

**WELT:** Frau Allmendinger, als Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) untersuchen Sie, wie es Familien hierzulande geht. Was hat sich hier in den vergangenen 30 Jahren getan?  
**JUTTA ALLMENDINGER:** Wir beobachten, dass Männerleben sich kaum geändert haben – Frauenleben aber schon. Männerleben sind nach wie vor von mehr oder weniger geschlossenen Erwerbsverläufen in Vollzeit geprägt, während Frauen, die früher oft nicht erwerbstätig waren, heute meist neben der unbezahlten Sorgearbeit auch Teilzeit erwerbstätig sind. Das bringt ein Stück „eigenes Leben“, etwas Selbstständigkeit. Gleichermaßen wird es oft einfach zu viel. Die Doppelbelastung aus Beruf und Familie wird zur Überforderung, man ist mit sich nirgends so richtig zufrieden, macht weder die Karriere, die man machen könnte, noch ist man die Mutter, die man eigentlich sein möchte. Das ist leider vor allem ein Mütterding.

**Warum neigen Frauen denn dazu, mehr „mental load“, also Organisation von Alltagsaufgaben, auf sich zu nehmen als Männer?**

Widerspruch! Es ist nicht so, dass Frauen dazu „neigen“. Frauen sind aufgewachsen in einem System, das ihnen permanent institutionelle Karotten vor die Nase hängt, damit sie sich so verhalten, wie sie es tun. Dinge wie das Ehegattensplitting, die kostenlose Mitversicherung in der Krankenversicherung oder die sozialversicherungsfreien Minijobs sind völlig aus der Zeit gefallene Anreize, die innerhalb von Familien eine starke Wirkung entfalten. Gleichzeitig spüren Frauen auch kulturell jede Menge Druck, wenn sie ihrer zugeordneten Rolle nicht entsprechen. Bei einem Bewerbungsgespräch erhält eine Mutter, die zwölf Monate Elternzeit genommen hat, den Vorzug gegenüber einer Mitbewerberin, die nur zwei Monate genommen hat. Letztere gilt als überambitioniert und zudem als Rabenmutter. Unsere Gesellschaft denkt immer noch sehr stark in Stereotypen. Es ist zynisch, den Frauen dafür die Schuld zuzuschreiben.



WZB-Präsidentin Jutta Allmendinger

**Der Sozialforscher Martin Schröder sagt, den Frauen geht es mit ihren selbst gewählten Lebensmodellen viel besser, als Feministinnen es ihnen einreden wollen. Er spricht von „Opferfeminismus“. Was entgegnet Sie?** Noch mal Widerspruch! Diese Lebensmodelle sind eben nicht „selbst gewählt“. Wir müssen doch nur einmal die Lebenswelt von in Ostdeutschland und Westdeutschland aufgewachsenen Frauen vergleichen. Im Osten herrschen die institutionellen und kulturellen Standards der DDR noch nach, von der Betreuungsinfrastruktur bis zur Tradition der wertaktiven Frau. Die Lohn- und Rentenunterschiede sind hier wesentlich geringer als im Westen. Frauen treffen ihre Entscheidungen eben nicht im luftleeren Raum.

**Aber was ist denn mit den neuen Vätern – gibt es die etwa nicht?** Klar gibt es sie. Vor allem in den Köpfen. 70 Prozent der jungen Männer sagen in Umfragen, dass sie eine partnerschaftliche Beziehung wollen, eine Teilung von bezahlten und unbezahlten Tätigkeiten. Gerade nicht so wie ihre eigenen Väter, die oftmals unbeteiligt an der Erziehung waren. Leider setzen viele ihre Vorstellungen dann doch nicht um und fallen zurück in alte Traditionen. Nicht einmal jeder zweite Vater nimmt

Elternzeit. Und die allermeisten zwei Monate, zudem noch zusammen mit der Mutter. Das zeigt: Auch Männer brauchen institutionelle Anreize, um ihre Wünsche umzusetzen. Wir sollten die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag umsetzen, die Zahl der Vatermonate erhöhen und eine bezahlte Auszeit nach der Geburt einführen. Empirische Untersuchungen zeigen, dass Väter, die sich früh auch schon mal alleine um ihr Kind kümmern, auch später in Haushalt und Erziehung engagierter sind und sich auch bei der Pflege der eigenen Eltern stärker einbringen. Wir brauchen ein Aufbrechen von Strukturen, damit sich Kulturen ändern, zu unserem aller Wohl, für Gleichstellung, Wirtschaft und Gesellschaft.

**In der sogenannten Vermächtnisstudie haben Sie im vergangenen Jahr erstmals festgestellt, dass die jüngeren Frauen sich nicht mehr unbedingt Kinder wünschen. Was ist da los?** Das ist eine Folge dieses Grummels. Die jungen Frauen sind angereizt von dem permanenten Rechtfertigungsdruck. Wie auch immer sie es machen, ist es irgendwie falsch. Nun hat sich aber im beruflichen Bereich in den letzten Jahren viel getan, man wirbt um Frauen, es gibt Hilfe und Unterstützung. Bei ihren privaten Aushandlungen überlassen wir die Frauen hingegen sich selbst. Väter sind älter, verdienen mehr, sind etablierter, Steuerersparnisse winken. Es ist hart, dagegen anzukommen. Viele Frauen sagen deshalb inzwischen: Es gibt nicht mehr Kind und Karriere. Wenn ich dieses „und“ nicht haben kann, wähle ich das eine oder das andere. Viele konzentrieren sich deshalb lieber auf den Beruf.

**Und die Vollzeit-Mütter sterben aus?** Die Option, ganz zu Hause zu bleiben, wählen immer weniger Frauen, weil sie mehr und mehr in der Lage sind, ihr Leben von hinten zu denken. Sie überlegen sich gut, was es bedeutet, wenn sie im Falle einer Trennung für sich selber sorgen müssen, weil sie keinen Unterhalt bekommen. Oder was das für ihre Rente bedeutet. Oder wie sie sich fühlen, ohne die Bestätigung und das Miteinander im Beruf. Die Kosten, sich nur auf die Kindererziehung zu konzentrieren, sind enorm hoch.

**Eine Gesellschaft ohne Kinder ist aber zum Untergang verurteilt. Was kann der Ausweg sein?** Wir müssen das „und“ retten. Jede Gesellschaft sollte ein Interesse daran haben, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und für Väter zu ermöglichen. Wir brauchen eine Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Müttern und Vätern.

**Wie kann ein entsprechendes Arbeitsmodell aussehen?** Wir müssen den gesamten Lebensverlauf in den Blick nehmen und auf Gleichstellung achten, auf den Erhalt unserer physischen und psychischen Gesundheit, auf den Erhalt unserer Kompetenzen in einer sich stark wandelnden Wirtschaft mit immer neuen Anforderungen. Wir müssen in Lebensverläufen denken, die für alle mehr hybride Phasen beinhalten, also die Kombination von Sorge- und Erwerbsarbeit, von Weiterbildung und Erwerbsarbeit, von Rentenbezug und Erwerbsarbeit. Das bedeutet auch, dass wir in manchen Phasen des Lebens mehr, in anderen weniger erwerbstätig sind, im Schnitt reden wir dann wohl über 33 Stunden in der Woche. Die Wirtschaft würde davon profitieren: weniger Krankheitstage, weniger Frühverrentung, höhere Produktivität durch die Einbeziehung der Kompetenzen von Frauen und die Weiterbildung.

**Sie haben kürzlich die These geäußert, dass sich die Lebenswirklichkeit von Familien in Deutschland inzwischen so stark unterscheidet wie die zwischen Entwicklungsländern und Wohlstandsgesellschaften. Wie meinen Sie das?** Gleich und Gleich gesellt sich gern. Damit erhöht sich die Spanne zwischen Arm und Reich, insbesondere beim Vermögen und dem Zugang zu guter Bildung. Die einen Kinder haben pränatal schon mehrere Immobilien geerbt und das Abitur so gut wie in der Tasche, die anderen Kinder werden ganz ohne Erbe geboren und haben einen schweren Stand im Bildungssystem. Die Startchancen sind damit höchst ungleich.



Die Pommernkaserne in Fürstenau hat sich als Notunterkunft für Migranten bewährt – im Moment steht sie leer

## Die Kaserne und die sinkende Akzeptanz

Wenn es nach Niedersachsens Innenministerin Daniela Behrens (SPD) geht, dann ist die Sache eigentlich klar. „Fürstenau wäre für uns ein perfekter Standort für eine Erstaufnahme-Einrichtung.“ Die ehemalige Pommernkaserne am Rande der 9000-Einwohner-Gemeinde sei eine Immobilie, die sich bereits bestens bewährt habe als Ort des Ankommens für bis zu 500 Ukraine-Flüchtlinge und Asylbewerber. Sie hoffe deshalb sehr, sagt Behrens, „dass die Fürstenauer sich dafür entscheiden“. Aber das ist alles andere als sicher.

VON ULRICH EXNER

Seit Monaten debattieren nicht nur die örtlichen Kommunalpolitiker kontrovers über die Frage, ob die 40 Kilometer nordwestlich von Osnabrück gelegene Kleinstadt mit dem alten Schloss und einem idyllischen Bürgerpark dauerhaft zum Standort einer Erstaufnahme-Einrichtung werden soll. Auch die Meinungen der Fürstenauer selbst gehen auseinander, wie sich bei zwei Bürgerversammlungen gezeigt hat. Bei einer kleinen Stichprobe in Fürstenaus Zentrum bilden allerdings diejenigen Passanten die deutliche Mehrheit, die sich öffentlich gar nicht äußern mögen. Das Thema, keine Frage, wird als sehr heißes Eisen empfunden: Finger weg. Insofern darf man froh sein, als Menschen wie Martina S. sich ganz unverblümt zu dem bevorstehenden Bürgerentscheid äußern. Die 31-Jährige kämmt keinen Zweifel daran, dass sie wenig Sympathien für die Erstaufnahme-Einrichtung hegt. Sie begründet ihre Haltung mit schlechten Erfahrungen, die sie mit den Bewohnern der Notunterkunft gemacht habe, die bis Ende vergangenen Jahres auf dem Kasernengelände betrieben wurde. Häufig habe Müll in den umliegenden Straßen herumgelegen. Auf den Spazierwegen rund um das Kasernengelände habe sie sich nicht mehr sicher gefühlt. Dass viele Menschen in Fürstenau sich nicht äußern möchten zu dem bevorstehenden Bürgerentscheid, begründet Martina S. so: „Wenn man so was sagt, wird man gleich als rechts eingestuft.“ Saskia E., 42, die in unmittelbarer Nähe der Pommernkaserne wohnt, berichtet hingegen: Aus ihrer Sicht hätten die Fürstenauer unterm Strich gute Erfah-

Niedersachsen will in der Kleinstadt Fürstenau eine Asylunterkunft einrichten – jetzt sollen die Bürger entscheiden, ob der Plan aufgeht



Antigone Mally, Integrationsbeauftragte der Gemeinde Fürstenau

rungen gemacht. „Nach und nach hat sich das hier alles eingespült.“ Es habe „keine großen Zwischenfälle“ gegeben. Und wenn doch mal etwas vorgefallen sei, dann hätten sich die zuständige Landesaufnahmebehörde und der Betreiber der Notunterkunft sofort gekümmert, sagt Saskia E. Bei aller Unterschiedlichkeit der Wahrnehmungen, in einem sind sich die beiden Fürstenauerinnen einig. Anfang 2022, als erstmals ukrainische Kriegsflüchtlinge in der alten Kaserne untergebracht wurden, fühlten sich in der Stadt zunächst viele Menschen schlecht informiert, übergangen. Damals, so interpretiert es die Lokalpolitik, sei ein Grundstein für die Skepsis vieler Einwohner gegenüber einer Erstaufnahme-Einrichtung des Landes gelegt worden. „Wir sind schon ein wenig überrumpelt worden“, erzählt Matthias Wübbel (SPD), Bürgermeister des Gemeindeverbands Fürstenau. Rückblende: Nachdem die Bundeswehr die Pommernkaserne Mitte der Nullerjahre aufgegeben hatte, übernahmen zunächst drei niederländische Unternehmer, 2021 dann ein regionaler Kaufmann das Gelände. Der Plan war, dort unter dem Label „Fürsten Forest“ einen Frei-

zeitpark inklusive Hotel anzulegen. Das funktionierte eher schlecht als recht. Statt der Touristen kamen nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine zunächst geflüchtete Ukrainer auf dem Kasernengelände unter. Der Eigentümer wollte angesichts von Putins Krieg spontan Hilfe leisten, die das Land Niedersachsen gerne annahm. Es richtete in der Pommernkaserne eine Notunterkunft ein.

Obwohl die Stadt damals vor vollendete Tatsachen gestellt wurde, sei die Akzeptanz der Einrichtung zunächst groß gewesen, berichtet Fürstenaus Integrationsbeauftragte Antigone Mally. Es habe zahlreiche Spenden gegeben, viele Einwohner hätten sich freiwillig gemeldet, um den Geflüchteten das Ankommen zu erleichtern. Fürstenau, sagt Mally, habe sich damals als „Vorzeigestadt“ in Sachen Hilfs- und Aufnahmebereitschaft gezeigt.

Die Akzeptanz für die Notunterkunft verringerte sich in dem Maße, in dem dort neben den Ukraine-Flüchtlingen auch Asylbewerber aus anderen Welt-Regionen untergebracht wurden. Bei einer Bürgerversammlung im vergangenen Februar verkündete der Besitzer des Kasernengeländes mit Blick auf die zunehmende Kritik, dass er seine Gebäude nicht länger an das Land Niedersachsen vermieten wolle. Eine Anwohner-Initiative brachte zudem ein Bürgergebeten gegen die weitere Nutzung der Kaserne durch die niedersächsische Landesaufnahmebehörde auf den Weg.

Ende 2023, nach Ablauf des Mietvertrags, wurde die Fürstenauer Notunterkunft geschlossen – zu einem Zeitpunkt, zu dem das Land Niedersachsen bereits händierend nach zusätzlichen Unterkünften für Migranten suchte. 20.000 Plätze will Innenministerin Behrens dauerhaft in landeseigenen Erstunterkünften vorhalten, davon möglichst viele außerhalb von Massenunterkünften wie den Messehallen in Hannover. Ziel der Landesregierung ist es, Niedersachsens Kommunen, von denen viele sich an den Grenzen ihrer Integrationskraft sehen, zu entlasten. So sollen Asylbewerber mit geringen Aussichten auf eine Aufenthaltserlaubnis möglichst nicht mehr auf die Gemeinden verteilt werden, sondern für die Dauer ihres Asylverfahrens in den Erstaufnahme-Einrichtungen verbleiben.

Dazu bräuchte es allerdings Immobilien wie die Pommernkaserne. Problem: Wo immer das Land geeignete

Immobilien identifiziert – die Begeisterung vor Ort ist äußerst überschaubar. Das gilt für die Anwohner, das gilt häufig, quer durch die jeweilige Parteienlandschaft, auch für die Lokalpolitik. So wehrt sich das südniedersächsische Bad Sachsa, wo die FDP den Bürgermeister und die größte Fraktion im Gemeinderat stellt, ebenso gegen die dauerhafte Einrichtung einer Erstaufnahme-Einrichtung wie das kleine Ahlhorn bei Oldenburg. Dort hat sich eine ganz große Koalition aus CDU, SPD, FDP, AfD und Grünen gegen die Pläne der Landesregierung gestellt.

Immerhin: In Fürstenau können sich zumindest Gemeindechef Wübbel und der ehrenamtliche Bürgermeister Ernst Ehmke vorstellen, die Pommernkaserne für insgesamt zehn Jahre an das Land zu vermieten. Wobei zur Meinungsbildung der beiden Sozialdemokraten nicht nur moralische, sondern auch wirtschaftliche Erwägungen beigetragen. Fürstenau will Teile des Kasernengeländes kaufen und es mittelfristig als Gewerbe- und Industriegebiet erschließen. Die vom Land zugesicherten Mietzahlungen von rund einer Million Euro pro Jahr für die Erstaufnahme-Gebäude wären in diesem Zusammenhang ein echter Segen für die knappe Fürstenauer Stadtkasse.

Wübbel und Ehmke hoffen deshalb darauf, dass der Bürgerentscheid ihnen erlaubt, die Gebäude an die Landesaufnahmebehörde vermieten zu dürfen. Auch Fürstenaus Grüne plädieren für eine „Erstaufnahme für Schutzsuchende“. Dagegen argumentieren neben den privaten Initiatoren des Bürgerentscheids die Freidemokraten sowie die örtliche AfD. Die CDU hat sich ebenfalls mehrheitlich gegen die Vermietung der alten Pommernkaserne ausgesprochen.

Sie alle plädieren dafür, das Gelände besser komplett als Gewerbegebiet zu nutzen und nicht zum Teil an die Landesaufnahmebehörde zu vermieten. Statt einer Erstaufnahme-Einrichtung, „in der sich eine große Anzahl von geflüchteten Menschen nur kurze Zeit“ aufhielten, wolle man lieber eine geringere Anzahl von Asylbewerbern und Ukraine-Flüchtlingen „tatsächlich und nachhaltig“ integrieren, wie es die Initiatoren des Bürgerentscheids in ihrem Wahlauftrag formulieren. Die Abstimmung findet am kommenden Sonntag statt. Das Ergebnis ist bindend.

## Vater verklagt Regierung auf Schadenersatz

Weil die EU-Richtlinie zur Auszeit nach der Geburt noch nicht umgesetzt ist, soll jetzt der Staat zahlen

Eigentlich hatten die Ampel-Parteien sich in ihrem Koalitionsvertrag klar festgelegt. „Wir werden Familien dabei unterstützen, wenn sie Zeit für Erziehung und Pflege brauchen und dabei Erwerbs- und Sorgearbeit partnerschaftlich aufteilen wollen“, heißt es dort. Und dann: „Wir werden eine zweiwöchige vergütete Freistellung für die Partnerin oder den Partner nach der Geburt eines Kindes einführen.“

VON SABINE MENKENS

In der EU gilt die zehntägige vergütete Auszeit schon seit 2019, bis zum 1. August 2022 hätte Deutschland die sogenannte EU-Vereinbarkeitsrichtlinie in nationales Recht umsetzen müssen. Doch weil Familienministerin Lisa Paus

(Grüne) mit ihrer „Familienstartzeit“ einen eigenen Gesetzentwurf für den bezahlten Vaterschaftsurlaub nach der Geburt plant, machte Deutschland hier einen Aufschub geltend.

Der Referentenentwurf zur Familienstartzeit allerdings liegt wegen Streitigkeiten über die Finanzierung seit einem Jahr auf Eis. Und genau das könnte der Bundesregierung jetzt zum Verhängnis werden. Denn beim Landgericht Berlin hat am Mittwoch erstmals ein Vater eine Klage auf Schadenersatz gegen die Bundesrepublik Deutschland eingereicht. Der Mann, dessen Kind im Sommer 2023 zur Welt gekommen war, hatte bei seinem Arbeitgeber zwei Wochen Vaterschaftsurlaub beantragt. Doch weil die EU-Richtlinie noch nicht in deutsches Recht umgesetzt ist, wurde der Antrag

abgelehnt. Der Mann sah sich deshalb gezwungen, Teile seines regulären Erholungsurlaubs zu verbrauchen.

Mit seiner Schadenersatzklage macht er jetzt den Abgeltungswert des verbrauchten Urlaubs als Schaden gegen die Bundesrepublik Deutschland geltend. Der Vater wirft dem deutschen Staat in der Klageschrift vor, dass ihm ein finanzieller Schaden entstanden sei, weil die Vereinbarkeitsrichtlinie nicht rechtzeitig umgesetzt worden sei. Vertreten wird er dabei von den Berliner Anwälten Remo Klingner und Sandra Runge.

Für die Anwälte ist die Sache eindeutig. „Vaterschaftsurlaub ist kein wohltätiger Akt, sondern ein Rechtsanspruch“, sagt Klingner. Der Bund mache sich schadenersatzpflichtig, wenn er die seit 2022 umzusetzende EU-Richtlinie nicht

umsetzt. „Dem Finanzminister sollte dies klar sein.“ Die Nichtumsetzung der EU-Richtlinie stelle einen Verstoß gegen EU-Recht dar, sagt Anwältin Runge. Ein gesetzlich garantierter Schonraum unterstütze Familien und ganz besonders Mütter in der hochsensiblen Zeit nach einer Geburt.

So sieht es eigentlich auch Familienministerin Paus. Doch bisher hakt es an dem Streit über die Finanzierung. Paus will die Finanzierung der Väter-Auszeit ähnlich regeln wie den Mutterschutz, also per Umlageverfahren: Arbeitgeber zahlen das Gehalt weiter, können es sich anschließend aber aus einem Solidarpotopf der Arbeitgeber erstatten lassen. Die FDP stellt sich dagegen, sie befürchtet neue Belastungen für die Wirtschaft. Jetzt könnte der Streit per Gerichtsbeschluss entschieden werden.

In der baden-württembergischen AfD kommt es am kommenden Wochenende zum Showdown zwischen zwei verfeindeten Lagern. In Rottweil trifft sich der Landesverband zu einem außerordentlichen Sonderparteitag, da die Kreisvorstände dies mehrheitlich beantragt haben.

VON FREDERIK SCHINDLER

22 von 37 Kreisvorsitzende werfen einem Teil des Landesvorstands „undemokratisches Verhalten“ und eine „herbeigeführte Spaltung“ vor, die den Landeschef Markus Frohnmair und Emil Sänze habe schaden sollen. In Landesvorstandssitzungen sei es „nicht unregelmäßig zu Beleidigungen und in einem Fall sogar zur Androhung physischer Gewalt gegen Landessprecher gekommen“, heißt es in einem Brief an die Mitglieder. „Unser Landesverband braucht keine destruktiven, streit- und prozesssüchtigen Charaktere.“ Die Vorwürfe der Kreischefs richten sich gegen den Vize-Schatzmeister, den Schriftführer sowie alle fünf Beisitzer – und damit gegen die Mehrheit des Landesvorstands. Diese blockierte die beiden Vorsitzenden, so die Kritik. Auf dem Parteitag wird neu gewählt. Auch die Gegenseite erhebt eine Reihe von Vorwürfen. Hintergrund sind keine inhaltlichen Differenzen zwischen mehr oder weniger radikalen Strömungen, die auch im Südwesten längst zusammenarbeiten. In der Fehde geht es vor allem um den Umgang mit einem Erbe. Die Angelegenheit wird für innerparteiliche Kampagnen instrumentalisiert. Der tatsächliche Hintergrund sind Machtkämpfe gegnerischer Lager, denen jeweils Mitglieder aller Strömungen angehören.

Auch die sieben genannten Landesvorstandsmitglieder erheben schwere Vorwürfe – hauptsächlich gegen den Kreisverband Ludwigsburg unter Vorsitz des Bundestagsabgeordneten Martin Hess, der zum Lager der Parteichefin Alice Weidel gehört. Die selbst ernannten „aufrechten Sieben“ werfen den Ludwigsburgern vor, parteischädigend mit einem Immobilienerbe umgegangen zu sein. Hess, Landeschef Frohnmair und Dutzende weitere Mitglieder werfen wiederum der Gegenseite vor, bei der Abwicklung des Erbes einen finanziellen Schaden für die Partei verursacht zu haben. WELT liegen zahlreiche Dokumente und parteiinterne Nachrichten zu dem Fall vor.

Bereits 2021 hatte der AfD-Kreisverband Ludwigsburg die Wohnung eines verstorbenen Mitglieds geerbt. Pflichtteilsberechtigter sind zwei Söhne. Ein Makler bewertet die Immobilie damals mit 17.000 Euro. Im Februar 2022 beschließt der Ludwigsburger Kreisvorstand, die Wohnung für 125.000 Euro an den Sohn der Schriftführerin im Vorstand zu verkaufen. Dieser beginnt kurz darauf mit der Sanierung der Wohnung. Im Juni 2022 wendet sich schließlich der Schatzmeister des Ludwigsburgers Kreisvorstands an seine Vorstandskollegen. Da es sich bei dem Käufer um den Sohn der Schriftführerin handle, ergebe sich der Verdacht, „dass dem Vorstand hier bewusst ein deutlich zu niedriger Preis der Wohnung suggeriert wurde, um dem Sohn einen Vorteil zu verschaffen“. Der Kreisvorsitzende Martin Hess



AfD-Bundesvorsitzende Alice Weidel, Baden-Württembergs Landeschef Markus Frohnmair und Bundestagsabgeordneter Martin Hess

## Wie es in der Südwest-AfD BRODELT

Im baden-württembergischen Heimatverband von AfD-Chefin Alice Weidel bekriegen sich zwei Lager und erheben gegenseitig schwere Vorwürfe. WELT kennt die Hintergründe

reagiert umgehend. Aufgrund der geschilderten Umstände beantrage er, „dass wir den Verkauf unverzüglich stoppen“, heißt es in einer Antwort an die Vorstandskollegen. „Jeglicher Verdacht bezüglich finanzieller Unregelmäßigkeiten“ müsse zwingend ausgeräumt werden. Der Vorstand stimmt Hess' Vorschlag einer Neubewertung der Wohnung zu. Der Schatzmeister distanziert sich heute von seinem geäußerten Verdacht. In einer Mail an alle baden-württembergischen Kreisvorstände heißt es, dass er sich nicht zum „Kronzeugen haltloser und böswilliger Anschuldigungen“ machen lassen wolle.

Das neue, vom Kreisvorstand Ludwigsburg beauftragte Gutachten eines Sachverständigen für Immobilienbewertung ergibt im September 2022 einen Wert der sanierten Wohnung in Höhe

von 157.000 Euro. Eine Kurzbewertung eines anderen Gutachters, beauftragt aus dem Kreis der „aufrechten Sieben“, schätzt den Wert der unsanierten Wohnung im Februar 2023 hingegen auf 196.000 Euro. Die Bewertung weist allerdings mehrere Fehler auf, an der Eignung bestehen erhebliche Zweifel. Im September 2023 wird die Wohnung schließlich vom Landesverband für 165.000 Euro verkauft, die Pflichterben erhalten ihren Anteil. Bereits lange zuvor war klar geworden, dass der Kreisverband nicht grundbuchfähig ist. Der ursprüngliche Kaufanwärter, der Sohn der Schriftführerin des Ludwigsburger Kreisvorstands, verklagt den AfD-Landesverband mittlerweile auf 112.000 Euro, als Schadensersatz für die von ihm vorgenommenen Renovierungsarbeiten sowie der entgangenen Wertsteigerung

der Wohnung. Das Verfahren ist vor dem Landgericht Stuttgart anhängig, verhandelt wird ab dem 7. Mai.

In der AfD wird der Erbfall für schwere Vorwürfe genutzt. In einem Schreiben von Anfang Februar, in dem sich die sieben Landesvorstandsmitglieder an die Kreisvorstände der baden-württembergischen AfD wenden, ist diesbezüglich von einer „Odyssee mit Mauseheleien“ und „mehr als nur unsauberen Sachverhalten“ die Rede. Ziel des Sonderparteitags sei es nun, „die rechtschaffenen Aufklärer aus dem Gremium zu beseitigen“. Im Antwortschreiben des Ludwigsburger Kreisvorsitzenden Hess heißt es, dass die Vorwürfe „allesamt wahrheitswidrig, haltlos und konstruiert“ seien. Der Landespartei sei ein Schaden von rund 20.000 Euro entstanden, da die sieben Landesvorstandsmitglieder nicht

die gutachterlich festgestellten 157.000 Euro zur Grundlage der Auszahlungen an die Pflichtteilsberechtigten machten, sondern die 196.000 Euro aus der von ihnen eingeholten Kurzbewertung. „Der Erblasser würde sich im Grabe umdrehen, wenn er wüsste, was destruktive Kreise jetzt für eine Schmutzkampagne zur Diffamierung von verdienten Vorstandsmitgliedern veranstalten.“ Gegenüber WELT teilt Hess mit: „Der Kreisverband Ludwigsburg weist mit allem Nachdruck die Falschbehauptung zurück, er habe eine Immobilie unter Wert verkaufen wollen.“ Es handle sich um eine „Diffamierungskampagne zur Bekämpfung parteiinterner Konkurrenz“, die dazu diene, „von eigenem massiven Fehlverhalten abzulenken“.

Bei dem Streit in der Südwest-AfD geht es nur vordergründig um Geld. Im Hintergrund schwelt ein seit Langem anhaltender Machtkampf. Das Duo Frohnmair/Sänze wird ebenso wie Martin Hess von Parteichefin Weidel unterstützt, die sieben kritisierten Landesvorstandsmitglieder von Weidels Widersacher Dirk Spaniel. Der Bundestagsabgeordnete Spaniel war 2019 Landesparteichef in Baden-Württemberg und scheiterte 2022 mit einer erneuten Kandidatur.

Ausgetragen wird der Machtkampf auch auf Telegram. Unterstützer beider Lager haben dort eigene Kanäle eingerichtet, auf denen anonym und in einem bemerkenswerten Ton gegen die innerparteilichen Kontrahenten ausgeteilt wird. Die Kanäle sind nur mit Einladungslink abrufbar, WELT hat Zugriff auf alle dort verschickten Nachrichten. Spaniel wird auf dem Kanal der Unterstützer der Landesvorsitzenden als „Stuttgarts Herzog mit Napoleon-Komplex“ beschrieben, als „intragant“ und „einzig destruktiv“. Die sieben Landesvorstandsmitglieder in innerparteilicher Gegnerschaft zu Frohnmair und Sänze werden zu „Dirks Gruselkabinett“, zur „Spaniel-Sekte“, zu „Alice-Weidel-Hassern“ und zum „Lager der Pöstchenjäger“ erklärt. Diese müssen sich dort „offensichtliche Erfindungen“ sowie „Intrigen, Spaltereien und ständige Klageverfahren“ vorwerfen lassen. Fragt man Spaniel danach, sagt der Verkehrspolitiker, dass es in jeder Partei Auseinandersetzungen gebe. „Aufgabe einer guten Parteiführung wäre es, mäßigend auf die innerparteilichen Umgangsformen einzuwirken“, sagt er WELT.

Auf dem Kanal der Gegenseite, also dem Lager der selbst ernannten „aufrechten Sieben“, ist von einem „Sänze-Frohnmair-Putsch“ zu lesen, die beiden Landeschefs werden als „Honeckers Erben“ bezeichnet. Außerdem ist die Rede von „dubiosen Machenschaften“ und „Ehrenamtlern im Fadenkreuz der Beutegemeinschaft“. Die Landeschefs und ihre Unterstützer werden als „antidemokratisch“ und „hinterlistig“ gebremst. In der vergangenen Woche reagierten Frohnmair und Sänze parteiintern auf die Attacken. In einem Schreiben an die Mitglieder des Landesverbands heißt es, dass ein „außergewöhnlich schwerwiegender Angriff auf einzelne Mitglieder“ gestartet worden sei. Es gehe um „schmutzige Methoden, die auf Vernichtung ausgelegt sind“. Beide wollen am Wochenende erneut als Landesvorsitzende kandidieren.

## Zwei Jahre Krieg – eine Bilanz

FORTSETZUNG VON SEITE 1

So beziffern sich Schäden und Verluste allein in der Landwirtschaft, dem wichtigsten Exportsektor des Landes, laut KSE auf mehr als 80 Milliarden Dollar. Letztlich geht es Moskau darum, die Zukunft der Ukraine als unabhängige Nation zu zerstören. Nichts symbolisiert das drastischer als die Deportation ukrainischer Kinder nach Russland und Belarus, die dort zum Teil zwangsadoptiert und russifiziert werden. Laut Angaben der ukrainischen Regierung sind mindestens 19.500 Kinder deportiert worden. Der Internationale Strafgerichtshof in den Haag hat deshalb Anklage wegen Kriegsverbrechen erhoben gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und die Kinderrechtskommissarin Maria Lwowa-Bełowa, die selbst ein ukrainisches Kind adoptierte. Nach Aussagen von Lwowa-Bełowa wurden 730.000 ukrainische Kinder „aus Sicherheitsgründen“ nach Russland gebracht, die meisten davon mit Eltern oder Verwandten.

Russlands Invasion in der Ukraine löste auch die größte Flüchtlingskrise in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg aus. So sollen in den ersten Kriegsmontaten über sechs Millionen Ukrainer in andere europäische Länder geflüchtet sein, während weitere acht Millionen innerhalb der Ukraine zu Vertriebenen wurden. Polen, Deutschland und Tschechien nahmen die meisten Geflohenen auf. Laut EU halten sich derzeit noch 4,2 Millionen Ukrainer mit einem geschützten Flüchtlingsstatus in der EU auf, davon knapp 1,2 Millionen in Deutschland und knapp eine Million in Polen.

Kein Wunder, dass sich angesichts der von Russland angerichteten Verwüstung nun die Stimmen mehren, die im Westen eingefrorenen russischen Vermögen zu konfiszieren und für die ukrainischen Verteidigungsanstrengungen und den Wiederaufbau zu verwenden. So haben westliche Staaten etwa 300 Milliarden Dollar der russischen Zentralbank eingefroren, über 220 Milliarden davon in der EU.

## Trump droht Beschlagnahme von Immobilien

Drohung von New Yorks Generalstaatsanwältin

Donald Trump könnte in New York die Beschlagnahme von Immobilien drohen, falls der ehemalige US-Präsident eine gerichtlich angeordnete Strafzahlung in Höhe von mehr als 355 Millionen US-Dollar nicht fristgerecht leisten sollte. Das sagte die New Yorker Generalstaatsanwältin Letitia James dem Fernsehsender ABC. „Wenn er nicht über die Mittel verfügt, um das Urteil zu begleichen, werden wir gerichtliche Mechanismen zur Vollstreckung des Urteils ergreifen und den Richter bitten, seine Vermögenswerte zu beschlagnehmen“, sagte James. Eine Bemerkung von ihr zu einem Trump-Wolkenkratzer im Finanzdistrikt von Manhattan wertete ABC als Hinweis, dass auch die Immobilien des Ex-Präsidenten beschlagnahmt werden könnten. Wörtlich sagte James in dem Interview am Dienstag: „Wir sind bereit, sicherzustellen, dass das Urteil an die New Yorker gezahlt wird, und ja, ich schaue jeden Tag auf Wall Street 40.“

Die Anwälte des vermögenden Immobilienunternehmers hatten nach dem Urteil in dem New Yorker Betrugsprozess angekündigt, in Revision gehen zu wollen. Trotzdem muss der Ex-Präsident übereinstimmenden US-Medienberichten zufolge innerhalb von 30 Tagen entweder das Geld oder eine Art Pfand hinterlegen. Es geht umgerechnet um etwa 330 Millionen Euro plus Zinsen. Die Staatsanwaltschaft warf Donald Trump, dessen Söhnen und Mitarbeitern vor, den Wert der Trump Organization jahrelang manipuliert zu haben, um an günstigere Kredite und Versicherungsverträge zu kommen.

Der Ex-Präsident bezeichnete die Entscheidung als „komplette und totale Heuchelei“. Eine Gefängnisstrafe oder direkte Auswirkungen auf Trumps Bewerbung um die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner hatten in dem Prozess nicht gedroht. Gegen Trump laufen derzeit allerdings noch eine Reihe weiterer Verfahren, auch strafrechtliche. Außer Trump ist nur noch Nikki Haley im Rennen um die republikanische Kandidatur. Sie hat erklärt, sie werde auch bei einer Niederlage bei der Wahl der Republikaner am Samstag in ihrem Heimatstaat South Carolina nicht aussteigen. dpa

## Goethe-Institute in Italien schließen – China nutzt die Chance

Entscheidung trotz Protesten und Unterschriftensammlung. Peking baut Konfuzius-Institute aus und schickt Sprachlehrer

Seit ihrer Gründung 1954 sollen die deutschen Goethe-Institute für eine bessere Verständigung zwischen der Bundesrepublik, Europa und der Welt sorgen. Seitdem sind die Institute weltweit zu wichtigen Sprach- und Kulturzentren geworden, die ein modernes und weltoffenes Bild von Deutschland vermitteln.

VON VIRGINIA KIRST  
AUS ROM

Einer der traditionsreichsten Standorte war in der norditalienischen Stadt Turin, das erste Institut in ganz Italien wurde dort 1954 eröffnet. Doch nun, genau 70 Jahre später, wird der Standort wegen einer „umfassenden Transformation“ geschlossen, die das Präsidium des Goethe-Instituts im September verkündet hatte. Diese sieht eine stärkere Präsenz in Regionen vor, in denen man bisher unterrepräsentiert war, wie etwa Mittel- und Osteuropa, dem Kaukasus, im Südpazifikraum sowie der Landesmitte der Vereinigten Staaten.

Mit der „Transformation“ erfüllt das Goethe Institut aber auch Sparauflagen des Auswärtigen Amts. Jährlich sollen so 24 Millionen Euro weniger ausgegeben werden – und das bedeutet vielerorts Schließungen. Und daher wurde zum 31. Januar nicht nur der Standort

in Turin ebenso dicht gemacht wie jene in Genua und Neapel. Auch das Institut in Triest schloss die Goethe-Zentrale bereits Ende Oktober. Damit ist Italien das Land, in dem das Goethe-Institut sein Netz am stärksten zusammenspart, gefolgt von Frankreich. Das italienische Beispiel ist aus einem weiteren Grund interessant: Denn während in Turin ein Zusammenschluss aus Bürgern und ehemaligen Goethe-Studenten dafür kämpfte, das Institut offenzuhalten, wunderte man sich im 50 Kilometer entfernten Asti über die geplante Ankunft von Chinesisch-Lehrern – finanziert direkt von Peking. Und so zeigt sich hier exemplarisch, wie Deutschland mit der Schließung seiner Goethe-Institute kulturellen Einfluss zu verlieren droht, den es sich über Jahrzehnte mühsam aufgebaut hat, während andere Akteure bereitstehen, um das Vakuum zu füllen.

Ironischerweise nutzt gerade China, wo keine Goethe-Institute geschlossen werden sollen, den so freigewordenen Raum für seine eigene Agenda. Das Rettungskomitee, das die Turiner ins Leben gerufen hatten, um das Überleben ihres Instituts zu sichern, hatte schnell rund 20.000 Unterschriften gegen gesammelt und sich auf die Suche nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten gemacht. In einem offenen Brief erklärten sie, dass die Schließung für Berlin

ein „Eigentor“ sei. Nicht nur, weil so 1000 Studenten ihre Deutschkurse nicht fortsetzen könnten. Vielmehr bedeute sie den Verlust „eines Symbols der Versöhnung und der Offenheit für eine Zukunft des Friedens, der Verständigung und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern“.

Ihre Argumentation zeigt, wie erfolgreich die Arbeit des Instituts war. Doch die Entscheidung stand fest und das Institut musste schließen. In Peking dürfte man diese Nachricht mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen haben – während man seinen eigenen Einfluss in Italien kräftig ausbaut. Das Nachrichtenportal Formiche, das Chinas Aktivitäten in Italien verfolgt, berichtet, dass der Bürgermeister von Asti, der enge Kontakte nach China pflegt, kürzlich die Ankunft der Chinesisch-Lehrer verkündet hat. Voraussichtlich sollen die Lehrer an den weiterführenden Schulen der Stadt unterrichten. Denn ein Konfuzius-Institut, an dem die Kurse andockt werden könnten, gibt es in Asti nicht.

Kritische Fragen dazu, wer kontrollieren würde, welche politischen Ideen – etwa zum Krieg in der Ukraine oder zu Taiwan – die Lehrer ihren italienischen Schülern vermitteln würden, wiegelte der Bürgermeister ab. Lieber erklärte er, wie wichtig es sei, eine enge kulturelle Verbindung zu China zu

etablieren, auch, damit seine Stadt wirtschaftlich davon profitieren könne. Damit verweist er genau auf jene Soft Power, die China durch die vermehrte Präsenz von Chinesisch-Lehrern und der vermehrten Anzahl seiner Kulturinstitute in Italien hat.

Denn obwohl die italienische Regierung um Ministerpräsidentin Giorgia Meloni gerade aus dem Abkommen zum Ausbau von Chinas Neuer Seidenstraße ausgetreten ist, dem Italien 2019 unter großer Kritik der westlichen Partner als einziges G-7-Land beigetreten war, versucht sie gleichzeitig, die Wirtschaftsbeziehungen zu China zu intensivieren. Der Austritt aus dem Seidenstraßen-Abkommen bedeutet nur, dass die Kooperation zwischen China und Italien jetzt

weniger formalisiert ist und weniger Symbolkraft hat. Er bedeutet nicht, dass Italien die Beziehung einschränken will. Und so fliegt China, während Deutschland sein Goethe-Netz zusammenstreicht, neue Lehrer nach Italien und pflegt die vielen Ableger seiner umstrittenen Konfuzius-Institute. Die Einrichtungen, deren offizielles Ziel die Vermittlung der chinesischen Sprache und Kultur sowie ein Austausch mit der Gastgebernation ist, stehen im Verdacht, von der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) als Propaganda-Werkzeuge genutzt zu werden.

In Deutschland drängt die Bundesregierung Hochschulen zunehmend, ihre Zusammenarbeit mit den insgesamt 19 in Deutschland ansässigen Konfuzius-Instituten zu hinterfragen oder auszusetzen. Teilweise ist das geschehen. In Italien ist ihre Anzahl auf zwölf gestiegen, plus vier Konfuzius-Klassen. Organisatorisch sind diese an öffentliche Universitäten angebunden. Eine kritische Auseinandersetzung über ihre Funktion und Präsenz im Land findet nicht statt, wie der Thinktank Merics in seinem Länderprofil zu Italien anmerkt. Dabei ist es kein Geheimnis, dass China auch über die Konfuzius-Institute massiv in den Ausbau seiner Soft Power investiert. Deutschland schlägt derzeit den entgegengesetzten Weg ein.



VERLUST EINES SYMBOLS DER VERSÖHNUNG UND DER OFFENHEIT

OFFENER BRIEF des Rettungskomitees in Turin

## Österreich droht Ausbleiben von Gaslieferungen

Totale Abhängigkeit von Russland wird zum Problem. Eine Leitung nach Deutschland soll Wien helfen

Über Gas spricht man eigentlich nicht in Österreich. Der damalige Vertreter der EU-Kommission in Wien, Martin Selmayr, hat es aber doch getan und im vergangenen Herbst von „Blutgeld“ gesprochen, das Österreich an Russland zahle – was ihm eine Einbestellung ins Außenministerium einbrachte. Nun hat Österreichs Energieministerin Leonore Gewessler (Grüne) es auch getan: Sie wolle dieser „Fehlentwicklung“ nicht mehr länger zusehen, sagte sie. Österreich müsse sich von russischem Gas unabhängig machen.

VON STEFAN SCHOCHER  
AUS WIEN

Unser Nachbarland bezieht nach wie vor einen Großteil seines Gases aus Russland. Alternative Versorgungsstränge müssten ausgebaut werden, um sich von Moskau zu lösen. Doch die Verhandlungen stocken – genauso wie der Ausbau der erneuerbaren Energien, weil sich die Koalition aus der konservativen ÖVP und den Grünen bei dem Thema grundsätzlich nicht einig ist. „Realitätsfremd und falsch“ nannte Kanzler Karl Nehammer (ÖVP) im Februar 2022 Pläne für einen Boykott russischen Gases. Einem Embargo auf EU-Ebene – wie gleich nach Kriegsbeginn diskutiert – könne man nicht zustimmen, so Österreichs Regierungschef damals. Ein entsprechendes Embargo gibt es bis heute nicht. Zugleich betonte Nehammer, Österreich sei „willens, aus dieser Abhängigkeit auch herauszu-

(ÖVP). Österreich habe sich mit Abschluss dieser Vereinbarung „ohne jede Vorsicht“ in eine „massive Abhängigkeit“ begeben, so Gewessler jetzt. Zudem scheint auch niemand zu wissen, was in diesem Vertrag wirklich steht. Im Frühjahr 2023 bekundete Nehammer, dass er den Inhalt nicht kenne – obwohl sich der Vertragspartner OMV zu 30 Prozent in Staatseigentum befindet. Die OMV verwies nur knapp auf die vereinbarten Abnahmemengen.

Dabei könnte die Realität das Abkommen bald überrollen, denn russisches Gas wird über die Ukraine nach Österreich geleitet. Und Ende des Jahres läuft der Transitvertrag zwischen der ukrainischen Naftogaz und Gazprom aus. Österreich scheinen bis zuletzt auf eine Zwischenhändlerlösung gehofft zu haben, also dass ein Drittunternehmen Gas von Gazprom kauft und es dann über eine Vereinbarung mit Naftogaz durch die Ukraine leitet. Brüssel will aber eine solche Lösung offenbar aktiv verhindern. Die Abhängigkeit von russischem Gas sowie hohe Energiepreise gelten in Österreich als ein Haupttreiber der Inflation. Daher nahm die grüne Ministerin Gewessler nun auch die lokalen Energieversorger in die Pflicht. Die Diversifizierung schreite zu langsam voran, kritisierte sie. Es brauche eine gesetzlich verankerte Diversifizierung, einen Ausstieg aus dem Vertrag mit Gazprom sowie eine neue Sicherheitsstrategie für Österreich.

Ein großes Problem ist Österreichs Leitungsinfrastruktur, die historisch bedingt nahezu ausschließlich für Lieferungen aus dem Osten ausgerichtet ist. Abhilfe schaffen könnte ein 40 Kilometer langes Leitungsstück, ein Abschnitt der West-Austria-Gasleitung zwischen Bad Leonfeld und Oberkappl an der Grenze zu Deutschland. Die verläuft bisher nur in Richtung Westen. Sie könnte aber um ein zweites Rohr ergänzt werden, womit Gas aus Deutschland nach Österreich geleitet werden könnte. Österreich bezieht heute schon Gas aus Deutschland – wobei nicht klar ist, ob dieses letztlich nicht auch aus Russland kommt. Das Argument der Gashändler gegen diese Variante ist der hohe Preis, der sich unter anderem aus deutschen Gebühren für den Export ergibt.

Zwar gibt es einen politischen Beschluss für den Ausbau der Leitung. Doch der zuständige Netzbetreiber Gas Connect sieht die Finanzierung als „nicht sichergestellt“ an. Dabei wären die Kosten mit 200 Millionen Euro vergleichsweise niedrig. Gas Connect befürchtet in der Investition dennoch „ein sehr hohes finanzielles Risiko“. Angesichts des geplanten Gas-Anstieges hält der Netzbetreiber den Bau der Leitung für kein gewinnbringendes Geschäft. Ursprünglich sollte er bis 2025 abgeschlossen werden. Jetzt ist von 2027 die Rede – aber nur, wenn rasch eine Einigung über die Finanzierung und den Bau fällt. Das ist keinesfalls gewiss. Es ist Wahlkampf in Österreich, die Legislaturperiode neigt sich dem Ende zu. Klar ist jedoch, so Gewessler, „dass, solange Österreich weiter Gas aus Russland bezieht, die bestehenden Risiken für die österreichische Volkswirtschaft aufrecht bleiben“.



VIA SLESSAREWA

Vom Krieg in den Frieden und wieder zurück: Slessarewa (l.) und Tsyba

Die Ukrainerin Vasyl Tsyba (96) und Nadeshda Slessarewa (94) werden als Greise von ihrer Kindheit eingeholt. Ihre Leben sind ukrainische Geschichte unter dem Brennglas

## Erst Stalin, dann Hitler – und jetzt Putin



VIA TSYBA

Ein paar Monate vor ihrem Tod schiebt Nadeshda Slessarewa ihren Rollator durch die Tür eines Cafés. Neulich ist sie gestürzt, ihre Kräfte lassen nach. Trotzdem strahlt sie die stille Erhabenheit eines Menschen aus, der immer noch da ist. Slessarewa, 94 Jahre alt, geboren in der Ukraine, hat Hitler und Stalin überstanden, in der Sowjetunion über das Grauen Schweigen müssen und dann, als es wieder erlaubt war, Bücher darüber geschrieben. Vor zwei Jahren ist sie vor Russlands Invasion nach Deutschland geflüchtet. Jetzt setzt sie sich in Geislingen an einen Tisch und beginnt, mit fester Stimme zu erzählen.

VON FLORIAN SÄDLER

1300 Kilometer entfernt, in einem schmucklosen Plattenbau in Kiew, sitzt an seinem Küchentisch ein Mann, der aussieht wie die Wohnung, in der er lebt: klein, schmal, bescheiden. 96 Jahre ist er alt, vor ihm steht eine große Platte mit Wurst, Brot und Käse. „Ich lasse bis heute nie etwas auf meinem Teller“, sagt er und greift beherzt zu. „Er ist am Ende immer leer.“ Der Mann heißt Vasyl Tsyba.

Die beiden gehören zu den rund 40.000 Ukrainern, die alt genug sind, um sich noch an den Terror Stalins und Hitlers zu erinnern und nun den Wladimir Putins zu erleben. Vom Krieg in den Frieden und wieder zurück – ihre Biografien sind ukrainische Geschichte unter dem Brennglas.

Nadeshda Slessarewa wird 1930 in der Ostukraine geboren, einem Teil der Sowjetunion. Als ukrainischer Beamter ist Slessarewas Vater des Nationalismus verdächtig. Er wird verhaftet und erschossen, ihre Mutter nach Sibirien in den Gulag geschickt. Sie ist noch keine sieben Jahre alt – und hat binnen Wochen an Moskaus Brutalität ihre Eltern verloren, ihr Grundvertrauen, ihre Träume für die Zukunft.

Anders als Slessarewa wächst Tsyba in der Provinz auf. 1927 kommt er in der

Nordukraine als Sohn einer Bauernfamilie zur Welt. „Wir hatten sechs Hektar Land, ein paar Pferde und zwei Kühe“, erinnert er sich. Auch er wird in ein gutes Leben hineingeboren. Und auch seines zerfällt früh.

Verantwortlich ist auch hier Stalin. Der Sowjet-Diktator will die vielen kleinen Bauernhöfe in der Ukraine zu großen, staatlich kontrollierten „Kolchosen“ zusammenschließen, um die Produktion zu steigern. Nur wollen die Bauern davon nichts wissen. Die meisten, darunter die Tsybas, weigern sich, den Kolchosen beizutreten, Revolten brechen aus. Daraufhin lässt Stalin die Hölle los. Auf das Festsetzen unerreichbarer Getreide-Abgabepflichten folgt eine beispiellose Hungersnot. Tsyba erinnert sich, wie er Tauben erschlägt und Hamster ertränkt, um die Tiere zu essen. Anderswo versuchen Menschen, sich mit Pferdeexcrementen am Leben zu halten. „Mit einer gewissen Würde an Hunger zu sterben, war fast keinem möglich“, wird später der amerikanische Historiker Timothy Snyder schreiben. Manche Familien töteten ihre Schwächsten und essen die Leichen. Snyder schreibt: „Die guten Menschen starben zuerst.“

Die anderen danach. Etwa vier Millionen werden es am Ende in der Ukraine sein. Bei Tsyba und anderen Überlebenden brennt sich das Drama tief ins kollektive Gedächtnis. Es bekommt einen Namen: Holodomor – Tod durch Hunger. Die Ukrainer wissen noch immer gut, von wo er über sie gebracht wurde. Dass Slessarewa und Tsyba das Leben als Existenzkampf und Russland als Totengräber kennenlernen, hat eine lange Vorgeschichte.

Die gemeinsame Geschichte beginnt im 9. Jahrhundert: Aus Skandinavien eingewanderte Wikinger und einheimische Slawen gründen auf einem Gebiet, das große Teile der heutigen Ukraine sowie Teile von Belarus und Russland umfasst, das Fürstentum der Kiewer Rus. Zwar betonen Wissenschaftler wie der Osteuropa-Historiker Karl Schlögel,

dass bei diesem vorstaatlichen Gebilde „von Ethnien oder gar Nationen im modernen Sinne nicht die Rede“ sein könne. Trotzdem leiten Moskaus Herrscher bis heute aus der Rus eine slawische Dreieinigkeit ab: zwischen Russen, Belarussen und Ukrainern – mit den Russen als Herren. Die Rus ist die Wurzel ihres Anspruchsdenkens.

Die Bewohner der heutigen Ukraine bekommen das immer wieder zu spüren. Stück für Stück zieht Moskau die Schlinge um seine Nachbarn zu – Revolten werden niedergeschlagen, ebenso die ukrainische Nationalbewegung, die sich im 19. Jahrhundert entwickelt. Die ukrainische Sprache wird verboten, Bücher werden zensiert und missliebige Intellektuelle ins Exil geschickt.

Und dann kommen die Deutschen. Sie verschleppen Tsyba und Slessarewa als Zwangsarbeiter ins Dritte Reich und hinterlassen die Ukraine als rauchenden Trümmerhaufen. Es ist eine unvorstellbare Tragödie – aber eine, nach der Tsyba und Slessarewa den Spießrutenlauf ihrer jungen Jahre überlebt haben. Jahrzehntlang leben sie danach im Frieden.

Bis am 24. Februar 2022 wieder Raketen fliegen – dieses Mal kommen sie aus Russland. Tsyba bleibt in Kiew, auch Slessarewa will zunächst nicht fliehen. In ihrer Wohnung aber ist sie Einschlügen schutzlos ausgeliefert, der nächste Bunker ist weit entfernt und Slessarewa nicht mehr gut zu Fuß. Am nächsten Tag entscheidet die Familie, dass sie doch fliehen müssen.

Über Umwege schaffen sie es im Auto raus aus der belagerten Stadt, vorbei an den zerschossenen Fahrzeugen derer, die weniger Glück hatten. Heute stapeln sie sich am Waldrand neben den Ausfallstraßen wie verrostete Mahnmäler, bemalt mit Sonnenblumen, behangen mit blau-gelben Flaggen. Ihre Flucht endet im Schwabenland.

In den Nachrichten sieht Slessarewa, wie sich die Menschen in Kiew in den U-Bahnhöfen verstecken, die sie als junge Ingenieurin entworfen hat. „Es ist

nur traurig“, sagt sie. „Dafür haben wir sie nicht gebaut.“ Das von ihr nach dem letzten Krieg wiederaufgebaute Rubische im Osten ist heute von Russland besetzt. Satelliten geben den Blick frei auf das, was Moskau von Slessarewas Lebenswerk übrig gelassen hat: Staub und Steine. „Das sind Menschen, mit denen ich Brot geteilt habe“, sagt Slessarewa in Geislingen über die Russen. „Idioten“, sagt Tsyba in Kiew.

In ihren Biografien spiegelt sich auch die Ironie der Geschichte. Als Kind verschleppten die Nazis Slessarewa nach Deutschland, als Greisin floh sie vor Moskaus Raketen dorthin. Als Kind wurde Tsyba von deutschen Soldaten mit deutschen Waffen angegriffen, heute schützt deutsche Flugabwehrtechnik den Himmel über ihm. Deutschland, sagen die beiden, habe um Verzeihung gebeten und aus seiner Geschichte gelernt. Ganz anders Russland. „Keine Ukraine – kein Russland. Jeder russische Herrscher weiß das, auch Putin“, sagt Tsyba am Zielort von dessen Raketen. „Deshalb wird er kämpfen bis zum Ende.“ Regelmäßig hört er die Explosionen in der Nähe.

Tsyba in seiner Kiewer Wohnung und Slessarewa im schwäbischen Café wirken unsicher, wenn das Gespräch auf die Zukunft kommt. Tsyba hat das Gefühl, Geschichte wiederhole sich – die russische Gleichgültigkeit selbst für das Leben ihrer eigenen Leute spült Erinnerungen hoch. Auch Slessarewa will keine Prognose geben. Nur so viel: „Wir wir sehen, haben die Menschen noch keinen wirksamen Weg gefunden, dem Bösen zu begegnen.“

Fast hundert Jahre Lebenszeit, und ihre Heimat hat noch immer keinen Frieden gefunden. Wann immer er kommt, sie wird ihn nicht mehr erleben. Am 31. Dezember 2023 stirbt Slessarewa in einem Göttinger Krankenhaus, vermutlich an einem Baucharterienaneurysma. Die Ukraine hat sie nach ihrer Flucht nie wiedergesehen.

MITARBEIT: LUDMILA GOLDSTEIN UND TETIANA NAHIRNYCH

## Angriff auf Israelis im Westjordanland

Sicherheitskräfte töten zwei Täter und nehmen den dritten fest. Minister fordert mehr Waffen für Zivilisten

Auf einer Schnellstraße in der Nähe eines Kontrollpunkts im Westjordanland haben am Donnerstag mehrere Männer das Feuer eröffnet und einen Israeli getötet. Mindestens fünf weitere Menschen seien verletzt worden, teilte die Polizei mit. Zwei der Angreifer wurden von israelischen Sicherheitskräften getötet, der dritte wurde später entdeckt und festgenommen. Die drei Angreifer schossen den Angaben zufolge im morgendlichen Verkehr gegen 7:30 Uhr auf der Hauptstraße östlich von Jerusalem mit automatischen Waffen auf Autos.

Sicherheitskräfte vor Ort, darunter ein Polizist auf dem Weg zur Arbeit, töteten zwei der bewaffneten Männer. Der dritte floh, wurde jedoch bald von der Polizei aufgespürt und festgenommen. Er wurde dabei verletzt. Die Polizei teilte mit, die Angreifer stammten aus der Gegend von Betlehem. Bei dem getöteten Israeli handelte es sich um einen 20-jährigen Mann. Nach Angaben der Gesundheitsbe-

hörden wurden fünf weitere Personen verletzt, darunter eine schwangere Frau in den Zwanzigern, die sich in einem kritischen, aber stabilen Zustand befand.

Der israelische Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir besuchte den Tatort und forderte mehr Kontrollpunkte und Beschränkungen für Palästinenser im Westjordanland sowie mehr Waffen für israelische Zivilisten. „Wir verteilen immer mehr Waffen, es gab einige Leute, die mich vor einem halben Jahr wegen dieser Politik kritisiert haben. Ich denke, dass heute jeder versteht, dass Waffen Leben retten“, sagte er. Die militant-islamistische Hamas reklamierte den Angriff nicht für sich, lobte ihn aber als „natürliche Reaktion“ auf den israelischen Militäreinsatz im Gaza-Streifen und die Razzien im Westjordanland. Die Gruppe forderte weitere Angriffe, bis ein souveräner palästinensischer Staat mit Jerusalem als Hauptstadt geschaffen werden könne.

Unterdessen hat Israels oberste Militäranwältin Kommandeure vor möglichen illegalen Taten israelischer Soldaten im Gaza-Krieg gewarnt. Generalmajor Jifat Tomer-Jeruschalmi schrieb dies in einem Brief, wie die israelische Armee auf Anfrage bestätigte. Insgesamt sei das Vorgehen der Truppen auch unter schwierigen Bedingungen zwar „professionell und legal“, schrieb Tomer-Jeruschalmi darin. Es gebe aber auch „Fälle inakzeptablen Verhaltens, das von den Werten der Armee und den Befehlen abweicht“, schrieb sie. Dazu zählten „unangemessene Äußerungen, die zu inakzeptablen Phänomenen ermutigen, der ungerechtfertigte Einsatz von Gewalt, auch gegen Gefangene, Plünderungen, einschließlich des Gebrauchs oder der Entfernung von Privatbesitz ohne operative Notwendigkeit, und die Zerstörung zivilen Besitzes“.

Eine der Vorfälle gingen über den disziplinarischen Bereich hinaus, „und überschreiten die kriminelle Schwelle“,

warnte sie. Es handele sich um Taten Einzelner, die den Werten der israelischen Armee entgegenstehen. Sie fügten aber dem internationalen Ansehen des Staates Israel und seiner Armee schwerwiegenden strategischen Schaden zu, warnte sie. Solche Fälle würden untersucht und die Militärstaatsanwaltschaft müsse dann entscheiden, ob und welche Schritte gegen die Beteiligten eingeleitet werden sollten.

In sozialen Medien kursierten in den vergangenen Monaten Videos, die Fehlverhalten israelischer Soldaten im Gaza-Streifen und Westjordanland zeigten. In einem der Videos rief ein Soldat im Gaza-Streifen etwa: „Wir werden sie massakrieren!“ Auf anderen Aufnahmen war zu sehen, wie ein Soldat lachend Waren in einem Geschäft in dem Küstenstreifen zerstörte. Angesichts der hohen Zahl ziviler Opfer und der katastrophalen Lage im Gaza-Streifen steht Israel international immer stärker in der Kritik. AP/dpa

ANZEIGE

### STELLENMARKT



Bei der Staatsanwaltschaft Lübeck ist zum 01.12.2024 (oder später) die Stelle eines

#### Wirtschaftsreferenten (m/w/d)

(A13 – A14 SHBesO bzw. EG 13 TV-L)  
unbefristet zu besetzen.

#### Ihre Aufgaben

Wirtschaftsreferenten (m/w/d) unterstützen als justizinterne Sachverständige mit ihrem kaufmännischen und betriebs- bzw. volkswirtschaftlichen Fachwissen die staatsanwaltlichen Ermittlungen zur Aufdeckung von Wirtschaftsstraftaten.

Die vollständige Stellenausschreibung finden Sie unter:  
www.interamt.de  
Stellen-ID 1090100

Der Leitende Oberstaatsanwalt, Travemünder Allee 9, 23568 Lübeck

## LEITARTIKEL

# Autoritär und ohne Anstand

**T**ino Chrupalla weiß Bescheid: „Ich finde es teilweise schon unerträglich, wie die letzten Tage bereits feststeht, wer für diesen Tod verantwortlich gemacht wird“, sagte der AfD-Vorsitzende am Dienstag auf einer Pressekonferenz in Berlin.

Sein Thema: der Tod des russischen Oppositionsführers Alexej Nawalny in einem Straflager des Putin-Regimes. „Man redet von Mord, von sonstigen Dingen, obwohl man nichts weiß, obwohl man noch nicht mal die Ermittlungen abgewartet hat.“ Man müsse die Untersuchung der russischen Behörden abwarten, meint der Chef einer Partei, die sonst nicht zimperlich ist, diktatorische Machenschaften zu erkennen: Corona-Diktatur, Meinungs-diktatur, Ökodiktatur, Sonstige-Dinge-Diktatur. So stark das Misstrauen gegen den – nicht makellosen, aber im Großen und Ganzen funktionierenden – Rechtsstaat Deutschland in dieser Partei ausgeprägt ist, so unbegrenzt scheint das Vertrauen in den Putin-Staat.

Dabei muss offenbleiben, ob Chrupalla tatsächlich so nichtsahnend ist, wie er sich stellt. Ob er tatsächlich noch nie etwas von Anna Politkowskaja gehört hat, von Alexander Litwinenko, Boris Nemzow, Sergej Magnizki, Natalia Estemirowa. Vom Mord im Berliner Tiergarten. Vom Mordanschlag auf Alexej Nawalny im August 2020 und den betonträgerdicken Hinweisen auf die Verwicklung des russischen Geheimdienstes FSB. Ob er nichts weiß von den tausend Gründen, die es von Anfang an gab, Staatspräsident Putin für dringend des Mordes an Alexej Nawalny tatverdächtig zu halten – und den einen weiteren Grund, den die russischen Behörden mit ihrem Verhalten seit der Todesmeldung liefern.

Aber Chrupalla kann noch mehr als nur dumm dreist. In all seiner unbedarften Netter-Nachbar-von-nebenan-Art kann er auch niederträchtig: „Die Inszenierung, so muss man das wirklich bezeichnen, am Wochenende auf der Münchener Sicherheitskonferenz, die treibt mich eher zum Nachdenken an. Wenn ich die Witwe von Herrn Nawalny sehe mit Frau Ursula von der Leyen, da muss man nachdenken, wem diese Inszenierung nützen soll und was damit eigentlich bezweckt ist.“ So ungefiltert, wie das Ressentiment aus Chrupalla herausprudelt, darf man annehmen, dass er, der

Die AfD träumt von einer Art DDR minus Marxismus. Dass sie sich dabei der Diktatur Putins ausliefert, stört nicht weiter. Patriotisch ist das nicht. Zur Bürgerlichkeit fehlt der Partei mehr als der politische Kompass

DENIZ YÜCEL



selbst ernannte Vertreter des „gesunden Menschenverstands“, nicht von selbst auf die naheliegenden Antworten auf sein dämlich-infames Geräuhe kommt: Dass Julia Nawalnaja lange vor der Todesmeldung zur Münchener Sicherheitskonferenz eingeladen worden war. Dass sie nicht die Wahl hatte, angesichts der Ereignisse ihre Teilnahme abzusagen und stattdessen nach Sibirien zu fliegen, um den Leichnam ihres Mannes entgegenzunehmen (den die russischen Behörden weiterhin nicht herausgeben).

Dass es eine menschlich sehr nachvollziehbare Reaktion ist, wenn jemand, zumal die Frau eines führenden Oppositionspolitikers, im Moment des persönlichen Schmerzes eine öffentliche, kämpferische Trotzreaktion zeigt – auch, um auf diese Weise ihren mutmaßlich ermordeten Mann zu ehren. Dass sie sich trotz ihrer eigenen Trauer von der Frage leiten lässt: „Was hätte sich Alexej gewünscht?“ Nichts davon kommt Chrupalla in

den Sinn. Stattdessen sagt er: „Ich finde es wirklich bemerkenswert, dass Frau Nawalny als allererstes auf der Münchener Sicherheitskonferenz nach Bekanntgabe des Todes ihres Mannes ist. Das soll jeder für sich selbst bewerten und beurteilen. Aber dass das ausgeschlachtet wurde, ist ja offenkundig.“

Derselbe Chrupalla, der im Herbst vergangenen Jahres mit einem herbeiphantasierten Anschlag auf seine Person (Stich im Oberarm) hausieren ging, obwohl weder die behandelnden Ärzte noch die ermittelnde Staatsanwaltschaft Ingolstadt irgendeinen Hinweis auf Fremdeinwirkung finden konnten, spricht von „Inszenierung“ und wirft Julia Nawalnaja vor, den Tod ihres Mannes „auszuschlachten“. Diese Mischung aus selbstmitleidigem Heulsusentum und skeptischer Kaltschnäuzigkeit gegenüber dem Leid anderer Leute ist aus der deutschen Nachkriegsgeschichte sattem bekannt. Und dennoch: Gäbe es ein Ranking der obszönten Ansprachen deutscher Politiker nach 1945, Tino Chrupalla hätte sich einen vorderen Platz gesichert – wenngleich immer noch hinter dem AfD-Ehrenvorsitzenden Alexander „Vogelschiss“ Gauland.

Trotzdem muss man Chrupalla dankbar sein. Dankbar dafür, dass der Malermeister aus Sachsen still genug ist auszuplappern, wofür Alexander Gauland und Alice Weidel und sogar Björn Höcke zu clever sind: dass es sich bei der AfD eben nicht um eine bürgerlich-konservative Partei handelt. Ihre Anmaßung, die Parole der DDR-Bürgerbewegung („Wir sind das Volk“) zu kapern und ihre Klagen über eine angebliche „DDR 2.0“ können nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Partei nicht in der Tradition der friedlichen Revolution steht. Gerade im ostdeutschen Parteiflügel, zu dem Chrupalla gehört, träumt man vielmehr von einer Art DDR minus Marxismus: autoritär, übersichtlich, deutsch – nach dem Vorbild der postsozialistischen Diktatur Putins, der man sich genauso ausliefert wie einst die SED dem „sozialistischen Bruderstaat“ (und von dem man sich zumindest im ideologischen Sinne so füttern lässt wie die DDR von der Sowjetunion). Patriotisch ist das nicht. Und selbstredend weit entfernt von den überzeugten Europäern Konrad Adenauer und Helmut Kohl.

Zum Ideal der Bürgerlichkeit fehlt dieser Partei, wie Chrupalla auf besonders abstoßende Weise demonstriert, nicht allein der politische Kompass. Es fehlt auch der moralische Kompass. Es fehlt der Anstand, wenigstens so lange die Klappe zu halten, bis die sterblichen Überreste eines Menschen unter der Erde sind, den ein von diesen Leuten bewundener Machthaber auf dem Gewissen hat. Es fehlt sogar die Scham, zumindest die trauernde Ehefrau zu verschonen. Die übrigen Parteien können zusammen gar nicht so viel Murks veranstalten, um diese organisierte Niedertracht in Blau für akzeptabel zu halten. Sie ist es nicht. Am wenigsten für Wähler, die bürgerlich bleiben wollen.

deniz.yuecel@welt.de

## KOMMENTAR

## Vulgärer Klassenkampf

ULF POSCHARDT



**D**er Kampf um Mehrheiten, auch links der Mitte, wird in der Mitte gewonnen. Die SPD war immer dann erfolgreich, wenn sie sich aus der Mitte um Interessenausgleich bemühte. Diesen Fokus hat sie nahezu komplett verloren. Wie weit Teile der Partei ins Linksradikale abdriften, konnte am Mittwoch bei Markus Lanz studiert werden, wo der neue Juso-Chef Philipp Türmer eine besonders vulgäre Form des Klassenkampfs anstimmte. Seine Redebeiträge erinnerten an jene seelenlosen Kommunisten-Reels, die auf Instagram geschickter Langzeitstudenten und postkoloniale Analphabeten inspirieren. Die Union, so der Juso-Boss, mache Klassenkampf von oben, dabei gebe es bei 173 Milliarden genug zu holen – das seien „173 zu viel“. Reiche seien Schmarotzer, die mit Erbschaftssteuern bis zu 90 Prozent abgeschöpft werden müssten.

Es war ein Lehrstück neulinker politischer Rhetorik, die nicht mehr an andere Bürger:innen appelliert, sondern an die verbitterten, neidischen Günstlinge des üppigen Sozialstaates. Es ist eine Umverteilungspolitik ohne jede Vorstellung für Unternehmertum und Wachstum, eine Untergangsrhetorik für angehende leitende Beamte eines autoritären Enteignungsstaates. Die SPD ist unter Saskia Esken und leider auch Lars Klingbeil nicht mehr wiederzuerkennen. „Ohne Wirtschaftskompetenz“, sagte Gerhard Schröder 1995, „haben wir keine Chance“, man solle „ganz unbefangen sagen, dass jedes Land Eliten braucht“. Und: „Wer arbeiten kann, aber nicht will, der kann nicht mehr in die Zeit. AfD und Linke bedienen das besser und glaubwürdiger. Der Auftritt des Juso-Chefs war leider blamabel.“

ulf.poschardt@welt.de

## KOMMENTAR

## Kapital und Fankurve

LUTZ WÖCKENER



**S**chon vor einer Woche hatte sich Bewerber Blackstone zurückgezogen, nun warf die Deutsche Fußball Liga (DFL) in den Verhandlungen um den milliardenschweren Investoren-Deal mit dem deutschen Profifußball das Handtuch. Eine erfolgreiche Fortführung des Prozesses sei nicht mehr möglich, so der DFL-Aufsichtsratschef Hans-Joachim Watzke. Der entscheidende Satz, so er denn stimmt, lautete: „Auch wenn es eine große Mehrheit für die unternehmerische Notwendigkeit der strategischen Partnerschaft gibt.“ Dass es trotz Mehrheit und Sinnhaftigkeit nicht gelang, das Geschäft abzuwickeln, muss als Armutszeugnis für Watzke und seine Mitstreiter gewertet werden. Das Scheitern ist Resultat einer stümperhaften Vorbereitung, in der Selbstüberschätzung und Überheblichkeit dafür sorgten, dass es während des Prozesses konsequent am wichtigsten Element fehlte: Überzeugung. Die DFL-Spitze verzichtete auf Dialog, es fehlte an Fingerspitzengefühl.

Es geht aber nicht um einen ideologischen Klassenkampf zwischen Kapital und Kurve. Vielen Protestlern

dürfte es bei den Aktionen weniger um das Thema an sich gegangen sein, als vielmehr um die Art und Weise, mit der die DFL zum Ziel kommen wollte. Wer den vermeintlichen Machtkampf zwischen DFL-Spitze und aktiver Fanszene auf die inhaltliche Komponente reduziert, verkennt die Chronologie der Ereignisse.

Im Mai 2023 hatten die 36 Klubs ein klares Votum abgegeben. Bei 20 Ja-Stimmen, elf Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen wurde die nötige Zweidrittel-Mehrheit deutlich verfehlt. „Manchmal ist das Leben auch einfach. Das ist Demokratie. Es gab eine klare Mehrheit, aber nicht die, die wir haben wollten. Von daher ist ab heute das Thema beendet“, sagte Watzke damals. Stattdessen aber wurde an einer neuen Abstimmung gearbeitet – entgegen dem eigentlichen Votum. Statt Klubvertreter und Öffentlichkeit von der Notwendigkeit und Dringlichkeit des Themas zu überzeugen, kam es zu Deals im Hinterzimmer.

Insofern ist das Einlenken der DFL vor allem ein Sieg für die Transparenz, ein Triumph der Demokratie. Sollten die Fußball-Bosse eine Lehre aus dem Dilemma ziehen, dann hoffentlich diese: Ideen, Pläne und notwendige Beschlüsse müssen erklärt und unter Einhaltung bestehender Regeln gut vorbereitet werden. Gern im gemeinsamen Dialog. Gefragt sind Argumente, keine Hütchenspieler-Tricks.

lutz.woeckener@welt.de

## KOMMENTAR

## Warum wir Tiefsee-Bergbau brauchen

**D**as norwegische Parlament hat im Januar als erstes europäisches Land dem Abbau von Rohstoffen im Meer zugestimmt. Auf einer Fläche so groß wie Italien könnte Norwegen vor seiner Küste Metalle fördern. Nun protestierten Politiker der Europäischen Union und aus Deutschland. Das Europäische Parlament verabschiedete ein Protestpapier, in dem es vor marinem Bergbau warnte: Treibhausgase könnten freigesetzt werden, Lebewesen und Landschaften irreversibel geschädigt werden. „Tiefseebergbau ist mit erheblichen Risiken für die weitgehend unbekannt und hochsensiblen Ökosysteme der Tiefsee verbunden“, teilte Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) mit. „Hier sollten keine vorschnellen Entscheidungen auf Kosten der Meeresumwelt getroffen werden.“ Die Linken-Politikerin Claudia Ernst sagte dem Redaktionsnetzwerk Deutschland: „Die Tiefsee umzugraben, ist wahnsinnig.“

Ein erster Überblick scheint ihnen Recht zu geben: Rätselhafte Lebewesen bevölkern die Metall-Lagerstätten am Meeresgrund, die Kreaturen haben sich an Kälte, Dunkelheit und immensen Wasserdruck angepasst. Es handle sich um die letzten von Menschen unberührten Landschaften der Erde, mahnen Umweltschützer. Eingriffe drohten unberührte Lebenswelten zu zerstören, die bisher nicht einmal bekannt wären. Tatsächlich entdecken Forschungsexpeditionen ständig neue Kreaturen in der Tiefe. Das Seevölkerrecht verlangt wissenschaftliche Gutachten über mögliche Auswirkungen, bevor dort Bergbau betrieben werden kann. Doch die Tiefsee ist wenig erforscht, Auswirkungen menschlicher Eingriffe wären schwer abzuschätzen.

Das Bergbau-Begehren betrifft vor allem kartoffelartige Knollen, die wertvolle Metalle enthalten. Sie liegen zu Abermillionen auf dem Tiefseeboden verstreut und ließen sich „ernten“, indem sie von Robotern aufgesaugt und über einen Tausende Meter langen Schlauch in ein Schiff an der Meeresoberfläche gepumpt würden. Die Erntemaschinen würden allerdings den Meeresboden bis rund zehn Zentimeter unter der Oberfläche des Meeresbodens umwälzen und viele dort lebende Tiere töten, weshalb es Widerstand gibt. So weit, so plausibel. Doch das ist nicht alles: Die anstehende Industrierevolution, die CO<sub>2</sub>-freie

AXEL BOJANOWSKI



Energieformen bereitstellen will, ist gerade auf jene Metalle angewiesen, die in den sogenannten Manganknollen vorkommen, vor allem für die Herstellung von Batterien: Kobalt, Nickel, Kupfer und Mangan. Der Bedarf an den Metallen wird Schätzungen zufolge um mehrere hundert Prozent steigen. Neue Minen müssten geöffnet werden. Doch der Bergbau an Land verursacht erhebliche Belastungen für Umwelt und Menschen. In afrikanischen Minen schuften sogar Kinder, die dabei giftige Substanzen einatmen und erkranken.

Viele Millionen Menschen arbeiten im Bergbau unter katastrophalen Bedingungen, ohne Helme und Sicherungen in engen Schächten atmen sie toxische Chemikalien ein. Ständig müssen Bewohner ihre Siedlungen verlassen, die wegen des Bergbaus zerstört werden, wobei es immer wieder zu Auseinandersetzungen kommt. Der Rohstoffabbau benötigt große Mengen Wasser. Grundwasserspiegel sinken, Flüsse trocknen aus, manche Regionen leiden unter Dürre. Metallabbau verschmutzt das Grundwasser mit Schadstoffen wie Schwermetallen. Kontaminiertes Wasser oder giftiger Schlamm sammeln sich in Absetzbecken. Leckt Grubenwasser aus einer Mine, verunreinigt es Böden und Grundwasser. Katastrophen – zum Beispiel Dammbürche – kommen immer wieder vor, bei denen sich aufgestautes Bergbaumaterial in die Umwelt ergießt und Siedlungen zerstört. Auch Emissionen des Bergbaus sind schädlich, sie entstehen bei Rodung, Aushub, Transport sowie Sprengarbeiten und verursachen Atemwegsprobleme und Lungenerkrankungen.

Es ist ein Grundkonflikt der Menschheit: Ohne Eingriffe in die Natur gibt es keine Zivilisation, kein Wohlergehen. Bergbau bildet auch die Basis für moderne Technologie, die geholfen hat, die Lebenserwartung auf Rekordhöhe zu heben. Könnte Tiefseebergbau die Auswirkungen des Menschen auf die Natur womöglich lindern? Bergbau konzentriert sich bisher auf das von Land bedeck-

te Drittel der Erdoberfläche. Tiefseebergbau würde Eingriffe an Land auslagern in jene 60 Prozent, die Tiefseeböden sind. Die Gewinnung von Metallen aus den unbewohnbaren Orten auf See könnten dabei helfen, Risiken für menschliche Gemeinschaften und soziopolitische Konflikte zu vermeiden. Und aufgrund der extremen Umweltbedingungen gibt es in der Tiefsee weitaus weniger betroffene Lebewesen pro Fläche. Während die begehrten Manganknollen zugleich Kobalt, Nickel, Kupfer und Mangan in hochkonzentrierter Form enthalten, muss an Land für jedes der Metalle üblicherweise eine eigene Mine geöffnet werden, wobei der anfallende Abraum jeweils weitaus größer ist als im Ozean.

Die Störung der Tiefseelandschaft beschränkt sich im Wesentlichen auf den Einsatz der Sammelroboter. Aufgeworfene Sedimentwolken sinken Studien zufolge schnell zu Boden – und treiben nicht wie befürchtet in weitere Entfernung. Im Gegensatz zum Bergbau an Land, wo Minen vorbereitet werden müssen, könnte in der Tiefsee adaptiv gearbeitet werden: Ein Ende des Abbaus an Land bedeutet gleichzeitig das Ende der Zerstörungen. Tiefsee-Bergbau böte einen weiteren Vorteil: Dem Seereicht der Vereinten Nationen zufolge soll die Menschheit Bodenschätze jenseits der marinen Landesgrenzen gemeinsam nutzen. Lizenzgebühren für den Bergbau könnten Entwicklungsländern helfen. Und Unternehmen wohlhabender Staaten könnten mit Sponsoren-Staaten zusammenzuarbeiten, denen anspruchsvolle Hochtechnologie-Bergbau nicht möglich wäre.

Dennoch machen Aktivisten gegen Tiefsee-Bergbau mobil. Greenpeace etwa fordert das Verbot von Explorationen, bis sich das wissenschaftliche Verständnis verbessert habe – und behindert mit seinen Protesten genau jene Expeditionen, die das wissenschaftliche Verständnis verbessern sollen. Die Attacken schaden der wichtigen Debatte um den Tiefseebergbau. Die Argumente gegen die Knollen-Ernte sind scheinheilig, weil sie nur die Nachteile für den Ozean benennen. Doch die Menschheit konzentriert ihre Aktivitäten auf die Landoberfläche der Erde, sodass die Suche nach einem Ausgleich sinnvoll erscheint. Die Frage wäre also nicht, ob die Menschheit Tiefseemetalle fördern könnte, sondern eher wie sie es machen sollte.

axel.bojanowski@welt.de

## LESERBRIEFE

## Silver Ager

**Zu: „Habecks Moment der Wahrheit“ vom 22. Februar**

Die Analyse von Dorothea Siems führt noch nicht weit genug. Schließlich gibt es nicht nur in der Politik, sondern ebenfalls in der Wirtschaft einen nicht unerheblichen Modernisierungstau, indem viele Firmen trotz akuten Fachkräftemangels die Bewerbungen von älteren Arbeitnehmern auf ihre Stellenanzeigen von vorn herein aussortieren, obwohl die sogenannten Silver Ager aufgrund ihrer langjährigen Berufserfahrung oft besonders krisenresilient sind. Deshalb bleibt es am Ende viel zu einfach, die Schuld für die gegenwärtige Strukturkrise nur auf die Ampelkoalition zu schieben.

RASMUS PH. HELT, HAMBURG

## Kompatibel?

**Zu: „Katholischer Gesinnungstest“ vom 21. Februar**

Herr Bätzing, Chef der Bischofskonferenz, bezeichnet die AfD als „nicht kompatibel“ mit der katholischen Kirche. Da fragt man sich: Sind etwa die Regierungsparteien SPD, Grüne und FDP mit ihrer Einstellung zu Abtreibung und Ehe mit der katholischen Kirche kompatibel? Oder die CDU/CSU, der die Kompatibilität seinerzeit vom Kölner Erzbischof Kardinal Meisner bestritten wurde – mit der Empfehlung, auf das C zu verzichten. Nach Verschwinden der klerikalen Zentrumspartei dürfte sich Herr Bätzing schwertun, etwas Kompatibles in der deutschen Parteienlandschaft zu finden.

DR. WOLF-DIETMAR LUBOS, FRECHEN

Ihre Post an: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, E-Mail: forum@welt.de

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.

LIEBESDIENSTE

Der Partner als Spiegel schlechter Eigenschaften

Eine Freundin rief mich nach einem Krisengespräch mit einem befreundeten Paar an. Die beiden lieben, leben seit fünf Jahren zusammen, haben sich vor zwei Jahren verlobt und planen seitdem eine Verlobungsfeier – die immer wieder in letzter Minute abgesagt wird, weil sie sich streiten. Ich kenne die beiden. Sie passen gut zusammen, haben das gleiche Tempo, kommen grundsätzlich immer zu spät und sind eigentlich beide sehr entspannte Menschen. Das gemeinsame Leben funktioniert auch ganz gut. Bis der Frau das irgendwann nicht mehr passt.

ELKE NATERS



derung schreit, offenbart sich im anderen. Die Konflikte im Außen sind ein Spiegel für das eigene Innere.

„So kommen die doch nie weiter“, beschwerte sich meine Freundin bei mir. „Ist es nicht das Beste und Wichtigste, was man für seine Beziehung tun kann, seine eigenen Unzulänglichkeiten zu kennen und Frieden mit dem zu schließen, was sich nicht ändern lässt?“ Sie wisse inzwischen genau, was sie tolerieren könne und was nicht. „Mich nervt auch manches an meinem Mann, aber ich kann darüber hinwegsehen, weil ich ja auch nicht perfekt bin. Wäre mein Mann ein totaler Chaot, dann könnte ich nicht mit ihm zusammen sein. Ich könnte es auch nicht akzeptieren, wenn er sein Leben nicht auf die Reihe bekommt.“

Ich glaube eher, unsere gemeinsame Freundin kann es nicht ertragen, dass er so zufrieden mit sich selbst und seinem Leben ist und ihn eigentlich nichts aus der Ruhe bringt. Ein Zustand, den sie für sich selbst nicht finden kann. Sie beneidet ihn und gibt ihm die Schuld dafür. Das kann sie nicht sehen.

Wir alle tragen unterschiedliche Anteile in uns, die manchmal widersprüchlich sind. Da ist die freie Künstlerseele in ihr und die strenge Ordnungsfrau, die miteinander um die Kontrolle kämpfen. Dieser innere Konflikt wird ihr im Außen durch ihren Partner gespiegelt und ist dort nicht zu lösen. Sie sehnt sich nach der sorglosen Freiheit, mit der ihr Freund seine Kunst ausübt und verurteilt sie gleichzeitig. Beide Anteile haben ihre Berechtigung und auch ihre Vorteile. Der eine kann nicht den anderen dominieren, der wird immer wieder aufbegehren und Chaos veranstalten. Sie können sich aber absprechen und für eine Weile zurücktreten, um dem anderen den Vortritt zu lassen. Je nach Situation. Dazu muss man sich aber dieser widerstreitenden Kräfte in sich bewusst sein, damit sie nicht zerstörerisch wirken.

Die schwarz-weiße Perspektive, das Entweder-oder ist selten die Lösung, sondern ein verengtes Denken unseres Angsthirns, das in Zeiten der gefühlten Gefahr in den Fight-, Flight- oder Freeze-Modus geht. Angst macht regelrecht dumm, und wenn sich einer dieser inneren Teile bedroht fühlt, dann löst das Angst aus. Alle inneren Anteile haben eine Aufgabe und wenn wir sie ignorieren, bekämpfen oder unterdrücken, bekämpfen wir uns nur selbst. Wenn wir sie in uns selbst ignorieren, machen sie sich im Außen bemerkbar. „No Bad Parts“ heißt ein Buch von Richard C. Schwartz, dem Erfinder des inneren Familiensystems. Er schreibt, es gebe keine schlechten Teile in uns. Jeder Teil habe seine Berechtigung und Funktion. Diese gelte es zu erkennen, aus Schuld und Scham zu erlösen und in das innere System zu integrieren. Wenn wir unsere eigene Komplexität erkennen, fällt es uns auch leichter, die Komplexität unserer Partner zu sehen, sie nicht auf eine nervige Eigenschaft zu reduzieren und zu verstehen, wie deren inneren Anteile mit unseren interagieren.

Elke Naters hat mit ihrem Mann Sven Lager Bücher geschrieben und Paare in ihrer School of Love Berlin beraten. Nach seinem Tod im April 2021 führt sie die Kolumne und Beratungen allein weiter.

DAS GROSSE MISSVERSTÄNDNIS

Objektiv ist alles gut: gesunde Familie, stabiler Kontostand, ein schönes Haus. Doch um unseren Autor ist Nacht, deshalb stürzt er ab und zu in einen absurden Rausch. Psychische Krankheiten sind mit konventioneller Logik nicht zu erklären. Ein Versuch



Es geht hier nicht um die kürzlich als vermisst gemeldete Chefredakteurin, die verdächtigt wird, in Artikeln und in ihrer Dissertation abgeschrieben zu haben. Erst wurde ein Abschiedsbrief von ihr entdeckt, und dann, Gott sei Dank, wurde die Frau lebend gefunden. Aber Vorgänge wie dieser sind der Anlass. Weil Menschen, auch die sogenannten Aufgeklärten, offenbar komische Vorstellungen von psychischen Krankheiten haben.

VON FRÉDÉRIC SCHWILDEN

Eine etablierte Journalistin schrieb zu dem oben genannten Fall mit den Plagiatsanschuldigungen: „Man bringt sich nicht selbst um, wenn man eine weiße Weste hat und erfolgreich diese Leute vor Gericht besiegen könnte.“ Dem muss ich widersprechen. Gerade jetzt. Gerade wegen des oben genannten Falls, gerade weil der Januar der schlimmste Monat des Jahres ist. Die meisten Krankschreibungen wegen Depressionen gibt es laut einer DAK-Studie im Januar.

Ich bin weder Psychologe noch Psychiater. Aber ich bin depressiv. Seit einigen Jahren nehme ich Anti-Depressiva. Ich habe darüber auch schon geschrieben vor einiger Zeit. Über meine Depression. Darüber, was sie für mich, aber auch für meine Familie bedeutet. Wie irrational das alles ist.

Das Problem vieler Menschen im Verständnis von psychischen Erkrankungen ist, dass sie Rationalität und Kausalitäten anwenden, um daraus das Verhalten psychisch Kranker zu bewerten. Sie wenden sie wie Gesetzmäßigkeiten an, die man aus der klassischen Physik kennt.

Ein Gegenstand, der von soundsovielen Metern fallen gelassen wird, erreicht bei einer Erdbeschleunigung von 9,81 Metern pro Sekundenquadrat Geschwindigkeit x. Das ist absolut trivial.

Aber psychische Vorgänge verhalten sich nicht nach den Regeln klassischer Physik, sondern eher nach denen der Quantenphysik. Unsere Vorstellung von Zeit, Kausalität, Masse, Geschwindigkeit und allem, was uns so logisch erscheint, gilt dort nicht mehr.

In der Nähe eines Schwarzen Lochs ist nach unserem heutigen quantenmechanischen Verständnis die Raumzeit gekrümmt. Das bedeutet, Zeit verläuft dort viel langsamer als auf unserer Erde, die nicht nahe einem Schwarzen Loch ist. Im Film „Interstellar“ von Christopher Nolan wird das ganz gut erklärt. Da reist ein Astronaut und Vater eines Mädchens zu einem solchen Schwarzen Loch. Als er – in seinem eigenen Erleben – wenig später wieder auf die Erde kommt, trifft er eine alte

als bei den Gesunden auf der Erde. Zeit verhält sich komplett anders.

Diese Kausalität, die die etablierte Journalistin im Falle der Chefredakteurin aufmacht, funktioniert nicht mehr. Die Aussage: „Eine Person, die unschuldig ist, bringt sich nicht um“, verknüpft zwei Tatsachen logisch miteinander. Aber nochmal, wir sind in der Nähe eines Schwarzen Lochs. Da gilt diese Logik nicht.

Bittet man einen Magersüchtigen, sich selbst zu zeichnen, wird er meistens eine Person zeichnen, die dick ist. Die objektive Realität des dünnen Körpers wird von dieser Person subjektiv nicht mehr wahrgenommen. Das nennt man Körperschemastörung.

Bei der Depression ist das ähnlich. Objektiv gesehen sieht mein Leben derzeit so aus: stabiler Kontostand, gesunde Familie, schönes Haus, toller Beruf. Ich habe im vergangenen Jahr einen erfolgreichen Debütroman veröffentlicht. Der zweite erscheint im nächsten Frühjahr. Ich habe mit einem tollen Regisseur an einer Serie gearbeitet. Für WELT darf ich über alles schreiben, was mich interessiert, so wie ich es möchte, die Leute treffen, die mich interessieren. Ich bekomme dafür Aufmerksamkeit, Ansehen und Geld. Ich habe überdurchschnittliche Freiheiten.

Ich bin weder übermäßig hässlich noch übermäßig dick. Und ich habe die schönsten Anzüge (gerade einen aus Samt mit Blumenmuster gekauft). Aber seit etwa zwei Wochen bin auch ich mal wieder in der Nähe eines Schwarzen Lochs.

Die vergangenen Tage sahen so aus: Um 6.30 Uhr aufwachen. Müde sein. Um 8.45 Uhr wieder einschlafen. Um 12 Uhr aufwachen. Und auf einmal ist wieder Nacht. Mein Körper wiegt mehrere Tonnen. Ich kann nicht aufstehen. Ich tue es. Jeder Schritt ist schwer. Für ein Interview schaffe ich es irgendwie das Haus zu verlassen. Aber zu Hause kann ich wieder nur schlafen. Meine Kinder

sind zauberhaft. Ich bin genervt von ihnen. Meine Frau ist fabelhaft. Ich will alleine sein.

In der Nähe meines eigenen Schwarzen Lochs ist also die objektive Realität der Gesunden nicht deckungsgleich mit meiner. So wie es sich in „Interstellar“ mit den Menschen auf der Erde und dem Astronauten beim Schwarzen Loch im All verhält.

Psychisch Kranke können unfreundlich, wütend, euphorisch, sexualisiert, suizidal oder was auch immer sein, und das in Momenten, in denen es absolut unpassend scheint. Es gibt Borderliner, denen es furchtbar geht, die aber während einer manischen Episode aufs Koks in einen Club gehen und in einer Nacht mit zehn Menschen Sex haben.

Ich habe gerade wieder „Homeland“ gesehen, die Serie um die bipolare Carrie Mathison, die als CIA-Geheimagentin arbeitet. Da wird ähnliches Verhalten sehr gut gezeigt. Bei mir ist es zum Beispiel so: Je schlechter es mir geht, desto mehr kommentiere und schreibe ich in sozialen Netzwerken. Es ist wie ein absurder Rausch. Für Außenstehende ist das nicht verständlich. Weil es nicht zum Bild leidender Menschen passt, Nächte durchzumachen oder permanent Dinge ins Internet zu stellen. Es ist aber real.

Psychische Krankheiten sind nicht logisch. Zur Realität gehören sie. Die Bundesregierung könnte dazu ja mal eine Kampagne machen. Ergibt nüchtern betrachtet mehr Sinn, als eine fürs Kiffen.

Sollten Sie selbst das Gefühl haben, dass Sie Hilfe benötigen, kontaktieren Sie bitte umgehend die Telefonseelsorge. Unter der kostenlosen Rufnummer 0800-1110111 oder 0800-1110222 erhalten Sie Hilfe von Beratern, die Ihnen Auswege aus schwierigen Situationen aufzeigen können. Weitere Hilfsangebote gibt es bei der Deutschen Gesellschaft für Suizidprävention.

Schüler applaudieren für Holocaust

Ermittlungen gegen Gruppe nach Filmvorführung wegen antisemitischen Vorfalles

Eine Gruppe Berufsschüler klatscht Beifall, während in einem Wiesbadener Kino ein Film endet. Sie sehen die letzten Sekunden des Dramas „Die Wannseekonferenz“ – und applaudieren ausgerechnet in dem Moment, als der Satz eingeblendet wird: „Sechs Millionen Juden wurden unter der Herrschaft der Nationalsozialisten ermordet“.

Der „Wiesbadener Kurier“ hatte zuerst über den mutmaßlich antisemitischen Vorfalle berichtet, der sich schon am 30. Januar ereignet hatte. Auf WELT-Anfrage bestätigte die Wiesbadener Staatsanwaltschaft Ermittlungen, der Anfangsverdacht auf Volksverhetzung nach Paragraph 130 StGB sei gegeben. Ein Pressesprecher teilte mit, dass die Personendaten der tatverdächtigen Schüler „bislang noch nicht bekannt“

sein. Die Namen würden aber übermittelt. Die Vorwürfe richten sich demnach gegen sechs Jugendliche, die gemeinsam mit rund 55 Mitschülern sowie drei Lehrern die Vorführung besucht hatten. Dass der Beifall dem gesamten Film galt und es sich nur um ein Missverständnis handelt, ist also unwahrscheinlich. Ein Pressesprecher des hessischen Kultusministeriums teilte mit, der Applaus habe zeitgleich zum Hinweis begonnen. Nach WELT-Informationen haben fünf der sechs Verdächtigen einen Migrationshintergrund.

Kultusminister Armin Schwarz reagierte bestürzt: „Der Vorfalle ist unerträglich und hat uns entsetzt“, ließ er mitteilen. Der Schulleiter habe „eine intensive Aufarbeitung des Vorgangs in die Wege geleitet“, sämtliche schulischen Gremien seien involviert worden.

Die betroffenen Schüler seien für zwei Wochen vom Schulbesuch ausgeschlossen worden. Weiter hieß es: „Die Eltern wurden informiert.“ Die Schüler hätten angeboten, „während eines offiziellen Besuchs in der Jüdischen Gemeinde um Entschuldigung bitten zu dürfen“. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft kommt bei den Beteiligten vermutlich das Jugendstrafrecht in Betracht.

„Die Wannseekonferenz“ ist eine deutsche Produktion aus dem Jahr 2022. Das Drama entstand zum 80. Jahrestags der gleichnamigen Konferenz vom 20. Januar 1942, bei der führende Nationalsozialisten die industrielle Ermordung von Millionen europäischer Juden organisierten und Zuständigkeiten festlegten. Die Handlung des Films basiert auf der Protokollabschrift der Besprechung. CONSTANTIN WEEG

Messerangriff in Wuppertal

Festnahme nach Attacke an Gymnasium – Verdächtiger soll 17 Jahre alt sein

Bei einer Gewalttat an einem Gymnasium in Wuppertal hat mutmaßlich ein 17 Jahre alter Angreifer mehrere Mitschüler verletzt. Der Tatverdächtige – nach Angaben aus dem nordrhein-westfälischen Innenministerium offenbar ein Schüler der Einrichtung – wurde festgenommen, wie die Polizei mitteilte. Auch er selbst sei verletzt. Die Tat geschah mitten im laufenden Schulbetrieb am Donnerstag.

Es sei Amokalarm ausgelöst worden, teilte die Staatsanwaltschaft Wuppertal mit. Den Angaben zufolge wurden mehrere Schüler bei dem Angriff verletzt, zwei davon schwer. Der Verdächtige soll „mehrere Stichwaffen“ benutzt haben.

Der Angriff ereignete sich mitten in Wuppertal am Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasium im Stadtteil Elberfeld. Die Polizei und auch die Feuerwehr waren mit

vielen Kräften vor Ort. Das Gebäude wurde geräumt und durchsucht. Um kurz nach 12 Uhr teilten die Beamten mit, dass die Schülerinnen und Schüler in Sicherheit seien. Die Evakuierung sei



Amokalarm: Spezialkräfte der Polizei im Einsatz an der Schule

geordnet abgelaufen. Der Einsatz hatte um kurz vor 10 Uhr begonnen.

Die Polizei sei über einen Notruf aus dem Schulsekretariat informiert worden, so NRW-Innenminister Reul. Über ein Motiv des Täters wisse man noch nichts. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft war der Tatverdächtige lebensgefährlich verletzt, mutmaßlich habe er sich diese Verletzungen selbst zugefügt. Die Behörden gingen von einem Einzeltäter aus.

Laut „Bild“ soll die Polizei ein Bekennerschreiben gefunden haben, in dem von einem inneren Zwang die Rede sei, der dem Jugendlichen befohlen habe, die Bluttat zu begehen. Viele Schüler erlebten dramatische Minuten und waren mitgenommen von dem Geschehen. Sie wurden von ihren Eltern abgeholt, auch Seelsorger waren vor Ort. dpa

## BÖRSEN-WELT:



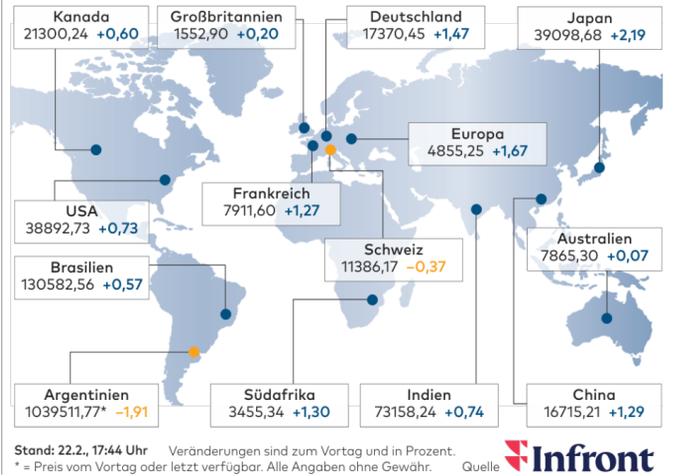
### DAX

Kurs in €	Veränderung Vortag in %	Tief	12 Monate Vergleich	Markt. Mrd. €	Div. in €	Div. Rend.	KGW 2023
Adidas NA	+3,5	135,3	198,8	33,81	0,70	0,37	-
Airbus	+1,1	114,1	152,8	116,56	1,80	1,22	25,45
Allianz vNA	+1,8	192,5	256,1	99,93	11,40	4,47	10,72
BASF NA	+0,9	40,25	50,95	41,81	3,40	7,26	11,43
Bayer NA	-0,1	27,40	61,91	28,40	2,40	8,30	5,67
Beiersdorf	+0,8	10,91	143,9	35,43	0,70	0,50	36,52
BMW St.	+0,7	86,80	113,5	60,92	8,50	8,09	7,61
Brenntag NA	+1,9	65,02	84,18	12,24	2,00	2,41	15,52
Commerzbank	+1,2	8,31	12,01	13,27	0,20	1,87	7,38
Continental	+0,2	58,20	79,24	14,82	1,50	2,02	10,36
Covestro	+4,8	35,11	54,70	9,42	-	-	55,37
Daimler Truck	0,0	27,57	37,00	29,81	1,30	3,59	9,66
Dt. Bank NA	+2,2	7,95	12,92	25,00	0,30	2,45	6,28
Dt. Börse NA	+0,8	152,6	190,7	35,72	3,60	1,91	20,55
Dt. Post NA	+0,9	36,04	47,05	53,91	1,85	4,25	12,99
Dt. Telekom	+0,6	18,50	23,40	111,42	0,70	3,13	14,42
E.ON NA	-1,5	9,96	12,80	31,18	0,51	4,32	13,12
Fresenius	-1,6	23,29	31,22	11,80	0,92	3,57	9,37
Hann. Rück NA	+1,3	158,6	234,9	28,24	6,00	2,56	15,72
Heidelb. Mat.	-3,3	58,48	90,66	15,96	2,60	3,03	10,92



Kurs in €	Veränderung Vortag in %	Tief	12 Monate Vergleich	Markt. Mrd. €	Div. in €	Div. Rend.	KGW 2023
Henkel Vz.	-0,3	65,02	71,04	-	-	-	-
Infineon NA	+2,2	27,07	33,61	-	-	-	-
Mercedes-Benz	+4,7	55,08	71,27	-	-	-	-
Merck	+2,3	134,3	157,10	-	-	-	-
MTU Aero	-3,1	158,2	216,10	-	-	-	-
Münch. R. vNA	+1,5	292,4	419,30	-	-	-	-
Porsche AG Vz.	+0,4	72,12	81,16	-	-	-	-
Porsche Vz.	+5,3	41,65	48,02	-	-	-	-
Qiagen	+1,4	33,75	39,92	-	-	-	-
Rheinmetall	+0,4	226,5	401,70	-	-	-	-
RWE St.	-0,2	30,75	31,11	-	-	-	-
SAP	+3,0	105,4	167,22	-	-	-	-
Sartorius Vz.	+2,8	215,3	341,20	-	-	-	-
Siem. Energy	+0,1	6,40	13,90	-	-	-	-
Siem. Health.	+2,1	44,39	54,42	-	-	-	-
Siemens NA	+1,6	119,5	172,10	-	-	-	-
Symrise	+0,1	87,38	97,10	-	-	-	-
Vonovia NA	+0,4	15,27	26,50	-	-	-	-
VW Vz.	+2,4	97,83	122,40	-	-	-	-
Zalando	-1,4	15,95	19,23	-	-	-	-

## INDIZES



## Nestlé-Absatz sinkt schon das zweite Jahr

### Verbraucher kämpfen mit den Preiserhöhungen

Kräfte Preiserhöhungen haben den Verbrauchern 2023 den Appetit auf Produkte des Nahrungsmittelriesen Nestlé verdorben. Der Umsatz des Herstellers von Nespresso, Maggi, KitKat oder Perrier sank im vergangenen Jahr um 1,5 Prozent auf 93 Milliarden Franken, wie der Schweizer Nahrungsmittelriese mitteilte. Die Preiserhöhungen wurden von ungünstigen Wechselkursen praktisch aufgefangen. Das zweite Jahr in Folge verkaufte Nestlé weniger Produkte, der von den Anlegern stark beachtete Absatzenchwund beschleunigte sich auf 2,5 Prozent von 1,7 Prozent im Jahr davor. „Die beispiellose Inflationswelle der vergangenen zwei Jahre belastete viele Konsumentinnen und Konsumenten und dämpfte die Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Getränken“, erklärte Konzernchef Mark Schneider.

Der Gewinn kletterte dagegen 2023 um 20,9 Prozent auf 11,2 Milliarden Franken. Der Anstieg war unter anderem auf die geringeren Wertbeeinträchtigungen von Sachanlagen und niedrigere Steuern zurückzuführen. Analysten hatten einer vom Konzern selbst erhobenen Umfrage zufolge für 2023 durchschnittlich mit einem Gewinn von 12,1 Milliarden Franken und einem Umsatz von 93,7 Milliarden Franken gerechnet. Nestlé will die Dividende auf 3,0 (Vorjahr 2,95) Franken je Aktie anheben. An der Börse sackten die Aktien von Nestlé im frühen Handel um 3,2 Prozent ab und waren damit Schlusslichter unter den Schweizer Standardwerten. „Ein Jahr zum Vergessen für Nestlé“, erklärte Vontobel-Analyst Jean-Philippe Bertschy. Das relativ schwache Volumenwachstum sowie das selbst verschuldete Problem im Bereich Nestlé Health Science hinterließen einen bitteren Beigeschmack. Für das laufende Jahr erwartet Nestlé ein organisches Umsatzwachstum von vier Prozent. In dieser Kennzahl enthalten ist die Entwicklung der Absatzvolumen, des Produktmixes sowie der Preisanpassungen. Nach Erhöhungen von 7,5 Prozent im vergangenen Jahr will Nestlé die Preise 2024 deutlich verhaltener anheben. „Die Preiserhöhungen werden in diesem Jahr viel niedriger ausfallen als im letzten Jahr“, sagte Nestlé-Konzernchef Schneider. Er geht davon aus, dass es sich um eine „ziemlich universelle“ Entwicklung handeln dürfte.

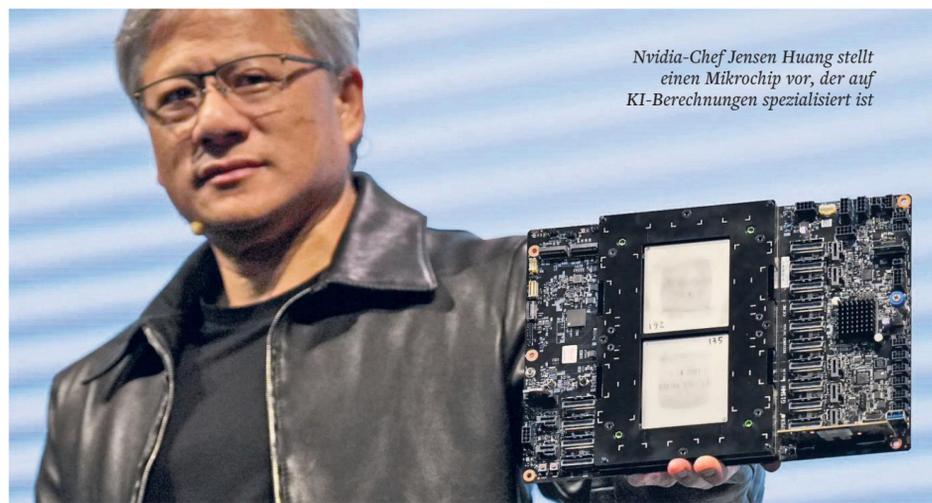
Daher muss das „Wachstum in diesem Jahr viel mehr auf Volumen und Mix basieren“, erklärte Schneider. Die bereinigte Ergebnismarge dürfte gemessen an den 17,3 Prozent in 2023 leicht zulegen. Bis 2025 peilt der Konzern weiterhin eine Rückkehr zu einer bereinigten Marge von 17,5 bis 18,5 Prozent an. Neben Nestlé kündigte auch der zweite große Konsumgüterhersteller Danone Preissenkungen für das laufende Jahr an. Danone-CEO Antoine de Saint-Affrique erläuterte das: „Wir befinden uns in einer Welt, in der sich die Inflation verlangsamt.“

U m ihre große Bedeutung für die Finanzmärkte zu beschreiben, hat Goldman-Analyst Scott Rubner nur einen einzigen Satz benötigt. Die Aktie von Nvidia sei derzeit „die wichtigste Aktie auf dem Planeten“, sagte er kürzlich. Allein seit Jahresbeginn hat der Börsenkurs des US-Chipherstellers um fast 50 Prozent zugelegt, innerhalb kürzester Zeit ist der Konzern zum wertvollsten Unternehmen der Welt aufgestiegen. Mit seiner Einschätzung dürfte sich Analyst Rubner jetzt bestätigt sehen. Denn im abgelaufenen Quartal hat Nvidia wieder einmal mit spektakulären Ergebnissen überrascht. Der Umsatz hat sich auf 22,1 Milliarden Dollar im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mehr als verdreifacht, wie das Unternehmen mitteilte.

VON LAURIN MEYER, NANDO SOMMERFELDT UND HOLGER ZSCHÄPITZ

Der Gewinn je Aktie stieg auf 5,16 Dollar, was einer Verneufachung entspricht. Manche Experten sehen längst noch kein Ende. Doch je größer der Erfolg wird, desto lauter scheinen auch die Zweifler zu werden. Vor allem eine erschreckende Parallele aus der Vergangenheit bereitet Anlegern jetzt Sorgen. Sollte Nvidia-Chef Jensen Huang mit seiner Prognose richtig liegen, könnte der Chiphersteller bald zur wertvollsten Firma der Welt aufsteigen. Denn Huang sagt nichts anderes voraus, als die Neuerschaffung des Internets. Nur so können die Rechenprozesse für die künstliche Intelligenz im World Wide Web mit der nötigen Geschwindigkeit abgebildet werden. Analysten haben ihre Kursziele kräftig nach oben genommen. Optimisten wollen eine weitere Verdoppelung des Aktienkurses nicht ausschließen.

Dass Nvidia nun zum fünften Mal in Folge mit seinen Ergebnissen über den Erwartungen liegt, ist alles andere als selbstverständlich. Analysten hatten zuvor mit einem Umsatz von lediglich 20,6 Milliarden Dollar gerechnet. Vor allem das Geschäft mit Prozessoren für Rechenzentren sorgte für das überraschend gute Ergebnis – es wuchs um das Fünffache, nachdem es sich im vorangegangenen Quartal schon fast verdreifacht hatte. Doch auch der Ausblick stimmt weiterhin: Für das aktuelle Vierteljahr stellt das Unternehmen einen



Nvidia-Chef Jensen Huang stellt einen Mikrochip vor, der auf KI-Berechnungen spezialisiert ist

## „Die wichtigste Aktie auf dem PLANETEN“

Nvidia überrascht erneut mit spektakulären Ergebnissen. Die Prognosen der Analysten lesen sich beinahe sagenhaft



Konzernumsatz von etwa 24 Milliarden Dollar in Aussicht. Auch das liegt deutlich über den bisherigen Schätzungen von 22 Milliarden Dollar.

Grund für den Erfolg ist die unersättliche Nachfrage nach Hightech-Chips für künstliche Intelligenz. Konzernchef Jensen Huang sprach am Mittwoch davon, dass die Technologie einen kritischen Punkt überschritten habe. „Die Nachfrage steigt weltweit in Unternehmen, Branchen und Nationen.“ Manche Analysten sehen deshalb längst noch kein Ende des Aufschwungs bei Nvidia. „Die Erwartungen sind hoch“, sagt Chris Caso, Analyst bei Wolfe Research. Aber die Prognosen seien stark genug gewesen, um „eine anhaltende Dynamik zu signalisieren und gleichzeitig Spielraum für eine weitere Aufwärtsentwicklung in der zweiten Jahreshälfte zu schaffen“. Tatsächlich kommt Nvidia gar nicht hinterher, die Bestellungen ab zuarbeiten. Dieser Engpass werde wohl auch 2025 anhalten, so Huang. Die epochale Umstellung von Rechenzentren

mit Chips, die für das Training leistungsfähiger KI-Modelle benötigt werden, befindet sich noch in der Anfangsphase. Er prognostiziert, dass etwa zwei Billionen Dollar nötig sein werden, um alle Gebäude und Computer für die Verwendung von Chips wie denen von Nvidia auszurüsten. „Das Unternehmen drückt derzeit Geld. Und die Aussichten auf weiteres Wachstum scheinen immer noch solide“, schreibt Bernstein-Analyst Stacy A. Rasgon. Bereits in diesem Jahr würden neue noch leistungsfähigere Chips wie der B100 auf den Markt kommen. Das könne noch mal für höhere Preise und ein beschleunigtes Wachstum sorgen. „Die Geschichte scheint wirklich Substanz zu haben“, so Rasgon, der seine Schätzungen deutlich angehoben und in der Folge das Kursziel von 700 auf 1000 Dollar geschraubt hat.

Der Bernstein-Analyst ist nicht der Einzige, der an die Fortsetzung des Nvidia-Märchens glaubt. Auch Goldman-Analyst Toshiya Hari hat sein

Kursziel von 800 auf 875 Dollar nach oben genommen. „Mit Blick auf die Zukunft gehen wir trotz der kräftigen Dynamik bei den Datenzentren-Umsätzen im Gesamtjahr 2024 von einer weiteren Beschleunigung 2025 aus, da wir nicht nur ein anhaltendes Wachstum der Infrastrukturausgaben für künstliche Intelligenz durch die großen Cloudanbieter erwarten, sondern auch eine verstärkte Entwicklung und Einführung von künstlicher Intelligenz bei Unternehmenskunden und zunehmend auch souveränen Staaten sehen“, schreibt Goldman-Analyst Hari. Er erwartet für 2025 Umsätze von knapp 17 Milliarden Dollar, für 2026 von 135 Milliarden Dollar und für 2027 von 147 Milliarden Dollar. Bei operativen Margen jenseits von 60 Prozent werde Nvidia Milliarden verdienen.

In den vergangenen Tagen zeigten sich Anleger hingegen nervös, schließlich sind die Märkte massiv von den Erfolgen der sogenannten „Magnificent 7“ abhängig, den sieben größten Tech-Konzernen der Welt. Allein Nvidia war in diesem Jahr für ein Drittel der Gewinne des Tech-Index Nasdaq 100 verantwortlich. Am Dienstag schloss die Aktie noch bei einem Minus von etwas mehr als vier Prozent. Nach den Ergebnissen legten Nvidia nachbörslich mehr als acht Prozent zu. Kurz nach Handelsstart am Donnerstag weitete sich das Plus auf 15 Prozent aus.

Auch ein kleines Aufbäumen der Konkurrenz nur wenige Stunden zuvor konnte dem Konzern nichts anhaben: Chiphersteller Intel hat ebenfalls am Mittwoch eine große Konferenz abgehalten und prominente Gäste um sich herum versammelt. OpenAI-Mitbegründer Sam Altman und die US-Handelsministerin Gina Raimondo hielten kurze Vorträge, ebenso Microsoft-Chef Satya Nadella. Den Tech-Giganten hat Intel daneben als Kunden für sein Auftragsfertigungs-Geschäft gewonnen.

Manche Anleger sorgen sich wegen eines Vergleichs: Die Kursentwicklung von Nvidia seit dem 1. Januar 2020 ähnelt beängstigend stark jener Veränderung, die die Aktie von Tech-Konzern Cisco zwischen 1996 und Anfang der 2000er-Jahre hinlegte. Der Wert beider Papiere konnte sich in dieser Zeit mehr als verzehnfachen. Doch was bei Cisco folgte, war das Platzen der Dotcom-Blase. Die Cisco-Aktie verlor innerhalb weniger Monate fast vier Fünftel an Wert.

## Europas Wirtschaft auf Erholungskurs – bis auf Deutschland

Schlechte Prognose führt zu Empörung der heimischen Wirtschaft über die Blockade des Wachstumschancengesetzes durch die Union

Europas Wirtschaft sieht gerade einen Lichtblick, kommt aus der Rezession und schreitet Richtung Wachstum, wie aktuelle Konjunkturdaten zeigen. Nur in Deutschland geht die Entwicklung den entgegengesetzten Weg, so die Daten. Hier verschärft sich die Rezession sogar noch.

VON FRANK STOCKER

Bei den Daten handelt es sich um die so genannten Einkaufsmangerindizes, die von der Ratingagentur S&P und der Hamburg Commercial Bank (HCOB) regelmäßig erhoben werden. Sie gelten als extrem gut und verlässlich, wenn es darum geht, die künftige Entwicklung der Wirtschaft abzuschätzen. Denn befragt werden dafür die Einkaufsmanager der großen Unternehmen – ihre Abteilungen sind es, die stets als erste spüren, wenn sich eine Trendwende ergibt. Und diese zeichnet sich für die Euro-

Zone ab. Der entsprechende Index, der am Donnerstag veröffentlicht wurde, ist erneut gestiegen, zum vierten Mal in Folge, diesmal von 47,9 auf 48,9 Punkte. Üblicherweise gelten Werte unter 50 als ein Zeichen dafür, dass die Wirtschaft sich in der Rezession befindet, Zahlen über 50 deuten auf Wachstum hin.

Spricht: Die europäische Wirtschaft wächst zwar noch nicht, aber sie ist auf gutem Wege dahin. „Die Euro-Zone wandert allmählich aus der Rezession“, sagt daher Norman Liebke, Ökonom bei der HCOB. „Ein zartes Konjunkturpflänzchen wächst heran“, sagt auch Thomas Gitzel, Chefvolkswirt der VP Bank. Doch im deutschen Beet des europäischen Gartens herrscht weiter Dauerfrost. „Deutschland ist der Wachstumsdämpfer der Euro-Zone“, sagt Liebke.

Denn hierzulande ist die Entwicklung ganz anders. Der deutsche Einkaufsmangerindex ist das dritte Mal in Folge

gesunken, und zwar von 47 auf 46,1 Punkte. Deutschland rauscht immer tiefer in die Rezession, während der Rest Europas Richtung Wachstum strebt.

Der Unterschied wird sogar noch deutlicher, wenn man berücksichtigt, dass in den Zahlen der Euro-Zone auch die schlechten deutschen enthalten sind. Die Euro-Zone ohne Deutschland dürfte also sogar schon fast im grünen Bereich bei einem Wert über 50 Punkten sein. Vor allem der Wert für die Industrie ist in Deutschland nun wieder drastisch eingebrochen, nachdem es in den Monaten davor erste Hoffnungsschimmer gegeben hatte. Doch nun fiel der entsprechende Index wieder von 45,5 auf 42,3 Punkte – das ist geradezu unterirdisch, und dieser Absturz wirkt sich auch auf den entsprechenden europäischen Industrie-Index aus. Auch dieser geht leicht zurück, hauptsächlich verursacht durch die deutsche Industrie, die hierin mit Abstand das größte

Gewicht hat. Hoffnung kann in Deutschland allenfalls der Dienstleistungssektor machen. Denn dieser Teil-Index stieg immerhin leicht von 47,7 auf 48,2 Punkte – das ist zwar immer noch im rezessiven Bereich, aber Wachstum scheint in Sicht. „Das Licht am Ende des Tunnels ist sichtbar, wird aber wohl erst im zweiten Quartal erreicht werden“, sagt Norman Liebke. In der Euro-Zone dagegen ist das jetzt schon geschafft, hier hat der Indexwert für den Dienstleistungssektor bereits die Wachstumsschwelle von 50 Punkten erreicht.

Umso größer ist der Ärger in der deutschen Wirtschaft, dass selbst die wenigen Maßnahmen, die die Bundesregierung mit dem Wachstumschancengesetz umsetzen möchte, um die Situation etwas zu verbessern, derzeit von den Unionsparteien im Bundesrat blockiert werden. Der Vermittlungsausschuss hatte am Mittwochabend zwar mit 17 zu

13 Stimmen bei zwei Enthaltungen einen Kompromissvorschlag dazu beschlossen, der aber von der Union nicht mitgetragen wird. Für das Wachstumschancengesetz ist damit die erforderliche Zustimmung im Bundesrat nicht erkennbar. Die Union fordert die Rücknahme von Kürzungen beim Agrar-Diesel. „Das Ergebnis des Vermittlungsausschusses zum Wachstumschancengesetz ist ein katastrophales Signal für die deutsche Wirtschaft“, sagte der Präsident des Industrieverbandes BDI, Siegfried Russwurm.

Auch laut Dirk Jandura, Präsident des Großhandelsverbands BGA, nimmt der Wirtschaftsstandort Deutschland Schaden. „Die Union nimmt für die Entlastung der Landwirtschaft die Gesamtwirtschaft in Geiselnhaft.“ Und der Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), Peter Adrian, verwies auf einen zunehmenden Frust in vielen Unternehmen.

Qualitätstest für Druckereien

## Mercedes setzt künftig wieder mehr auf Verbrenner

Eigentlich sollten 2030 nur noch E-Autos vom Band rollen. Jetzt läutet der Autobauer die Kehrtwende ein

**P**lötzlich stehen bei Mercedes-Benz die Verbrenner-Modelle wieder in der ersten Reihe. Nachdem Vorstandschef Ola Källenius jahrelang einen schnellen und radikalen Umstieg seines Unternehmens auf Elektroautos angekündigt hat, soll es doch wieder langsamer gehen.

VON DANIEL ZWICK

Entsprechend viel Raum nehmen nun die Wagen mit Benzinantrieb auf der Jahrespressekonferenz in Stuttgart ein. Davon kommen einige neue Modelle in den nächsten Monaten auf den Markt. Sein „persönlicher Favorit“ unter den künftigen Produkten sei der AMG GT, sagt Källenius. Die neuen Autos der PS-starken Baureihe kämen auf eine „verrückte Performance“, schwärmt der Manager.

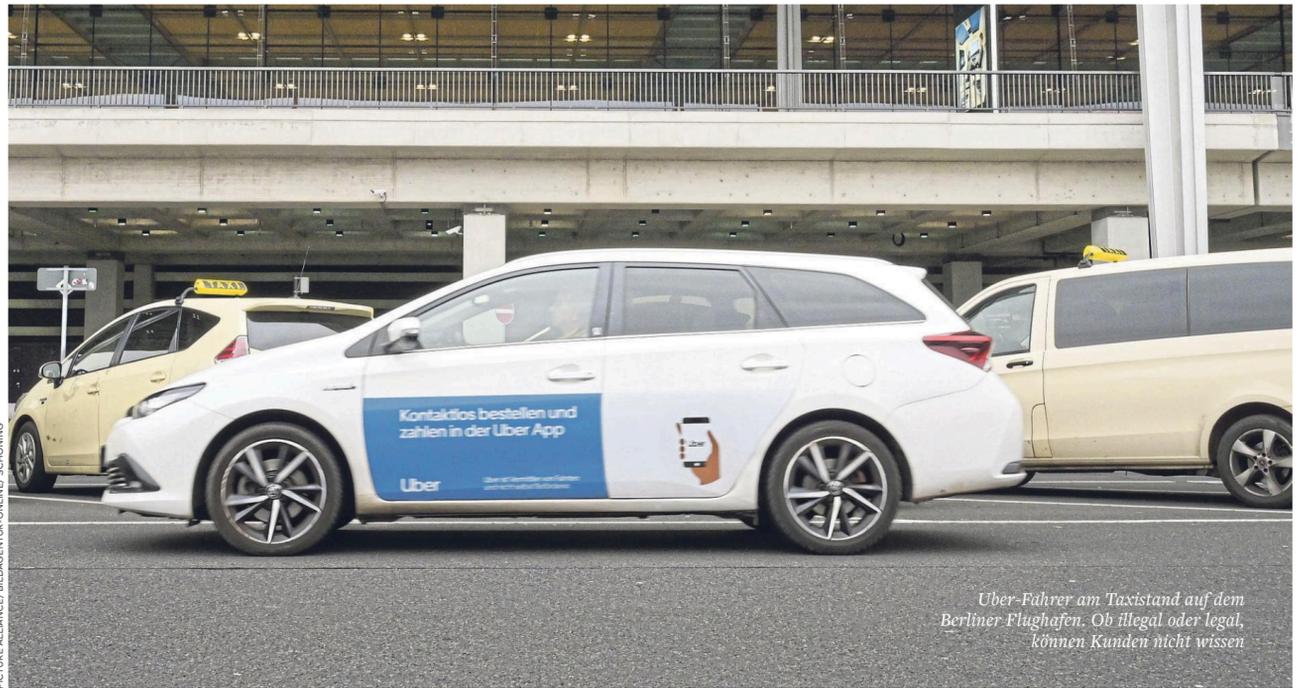
In den großen Hype um die Elektromobilität ist Ernüchterung eingetreten, das sieht man auch bei Mercedes-Benz. Noch vor einem Jahr hat Källenius das Ziel bekräftigt, Mercedes werde im Jahr 2030 eine rein elektrische Automarke sein – „wo es die Marktbedingungen erlauben“. Inzwischen haben sich diese Bedingungen aus Sicht des Unternehmens derart verändert, dass man „in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts“ nur noch mit 50 Prozent E-Anteil rechnet, Plug-in-Hybride mit Elektro- und Verbrennungsmotor eingeschlossen. Das neue Mantra des Mercedes-Chefs lautet: „strategische Klarheit und taktische Flexibilität“. Am Ziel, weitgehend auf E-Autos umzusteigen, hält er fest. Nur auf dem Weg wird der

Durch die Bestandsaufnahme solle sichergestellt werden, dass es Offenheit für Technologien und Wahlmöglichkeiten für Verbraucher gebe. Der Chef der EVP-Fraktion im Europaparlament, Manfred Weber (CSU), zieht mit dem Versprechen in den Europa-Wahlkampf, das Verbrenner-Aus wieder rückgängig zu machen.

Für Mercedes wäre das – gemessen an den aktuellen Zahlen – ein Vorteil. Denn die Gewinne, die das Unternehmen mit Verbrennerfahrzeugen einfährt, sind viel höher als mit den E-Autos. Die elektrischen Deckungsbeiträge seien positiv, aber viel geringer, sagt Finanzvorstand Harald Wilhelm. „Wenn der Anteil von Elektroautos in der nächsten Zeit etwas niedriger sein wird, können wir einen höheren Anteil an Verbrennern fahren. Dadurch sind wir bei der Gesamtprofitabilität gut auf der Spur.“ Das habe den Konzern dazu veranlasst, noch mehr eigene Aktien zurückzukaufen.

An Geld mangelt es Mercedes nicht. Trotz der hohen Entwicklungskosten für die Elektromobilität und der Investitionen in Batteriefabriken kauft der Konzern gerade Aktien im Wert von vier Milliarden Euro – was den Wert der verbliebenen Papiere an der Börse steigert. Nach diesem Programm sollen nochmals drei Milliarden Euro für Rückkäufe bis 2025 ausgegeben werden. Außerdem steigt die Dividende in diesem Jahr von 5,20 auf 5,30 Euro pro Aktie – obwohl der Vorsteuergewinn um vier Prozent gesunken ist (19,7 Milliarden Euro). Die Umsatzrendite der Pkw-Sparte von Mercedes sank 2023 auf 12,6 Prozent, von 14,6 Prozent im Vorjahr. Für das laufende Jahr versprechen Källenius und Wilhelm keine großen Zuwächse, sondern rückläufige Zahlen gegenüber 2023. Die Börse schockiert das nicht, am Nachmittag liegt der Kurs der Mercedes-Aktie über vier Prozent im Plus.

Das liegt vor allem an dem Ausschüttungsplan. „Die Ausschüttung kontinuierlich höherer Cashflows ist das, was Investoren und wir gefordert haben“, schreiben die Analysten der Investmentbank Bernstein dazu. „Ironischerweise signalisiert dies aber auch, dass Mercedes derzeit keine zusätzlichen Investitionsmöglichkeiten in seinem eigenen Geschäft sieht.“ Ob es wieder neue Wachstumsbereiche geben werde, sei wahrscheinlich eine Frage für später im Jahrzehnt. Sicher gefällt den Aktionären auch der Hinweis von Wilhelm, dass Mercedes sein Aktienpaket an der abgespaltenen Lkw-Sparte Daimler Truck noch verkaufen könnte. Dadurch käme noch mehr Geld in die ohnehin schon prall gefüllte Kasse des Konzerns. Interesse an Zukäufen habe man eher nicht, lässt Wilhelm durchblicken. Vorerst folgt Mercedes der Strategie „Wert vor Menge“. Die Autos sollen möglichst teuer verkauft werden; ob die Stückzahlen wachsen, ist weniger wichtig.



Uber-Fahrer am Taxistand auf dem Berliner Flughafen. Ob illegal oder legal, können Kunden nicht wissen

## Die TRICKS der illegalen Fahrdienste

**D**er Skandal in Berlin kommt für Uber zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Gerade tritt der Fahrdienst-Vermittler beim Filmfestival Berlinale als Sponsor auf, die Stars fahren in Uber-Autos am roten Teppich vor. In Kürze soll außerdem die Mercedes-Benz-Arena genannte Veranstaltungshalle in Uber-Arena umbenannt werden. Das US-Unternehmen nimmt viel Geld für mehr öffentliche Wahrnehmung in die Hand. Doch zugleich diskutiert man in der Stadt darüber, dass für Uber und die beiden Konkurrenten Bolt und FreeNow in Berlin Hunderte illegale Fahrzeuge unterwegs sind. Von organisierter Kriminalität ist die Rede und von „Schattenwirtschaft“. Politik und Behörden sind alarmiert.

VON DANIEL ZWICK

Die Betrüger haben gezielt Überwachungslücken bei Uber und den Behörden in Berlin ausgenutzt. Nach Schätzung des zuständigen Landesamtes für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (Labo) sind für die Fahrdienste rund 1000 Autos ohne entsprechende Lizenz unterwegs, berichtete der RBB am Dienstag. „Wir gehen davon aus, dass es eine Form der organisierten Kriminalität ist“, zitierte der Sender den zuständigen Labo-Beamten. Am Mittwoch musste Uber-Deutschlandchef Christoph Weigler neben anderen Vertretern der Branche im Abgeordnetenhaus kritische Fragen von Mitgliedern des Verkehrsausschusses beantworten.

Anders als Taxis sind die Autos von Uber und Co rechtlich Mietwagen mit Fahrer. Für sie gelten andere Gesetze als für die streng regulierte Taxibrän-

In Berlin bieten Betrüger massenhaft Fahrten auf den Apps von Uber, Bolt und FreeNow an. Beamte vermuten dahinter organisierte Kriminalität

kleinkriminellen zu tun, sondern wir haben es mit organisierter Kriminalität, mafiosen Strukturen zu tun, die weit in das Bundesgebiet hineinragen“, sagte Schopf im Ausschuss. „Umsatz und Profit stehen über allem – auf Kosten der Sicherheit von Fahrgästen und erwirtschaftet auf dem Rücken von Fahrern, die im Mietwagenbereich prekär beschäftigt sind.“

Die Plattformen bestreiten nicht, dass es unter den Mietwagenfirmen Betrüger gibt. Alexander Mönch, Chef des Vermittlers FreeNow, schätzt die Zahl der nicht lizenzierten Wagen in der Stadt sogar auf 2000. Gefälschte Konzessionen und Steuerhinterziehung spiegeln dabei nur einen Teil der Verstöße wider. „Die Folge ist ein dysfunktionales Taxigewerbe neben einem dysfunktionalen Mietwagengewerbe“, sagte Mönch im Abgeordnetenhaus. Das Geschäft müsse zum Wohle aller „fair reguliert und rigoros kontrolliert werden“. Daran hapert es in Berlin offensichtlich. So kann beispielsweise die Polizei bei Verkehrskontrollen nicht überprüfen, ob ein Mietwagen eine echte Lizenz hat, oder den Beamten ein gefälschtes Dokument unter die Nase gehalten wird. Auf die Datenbank des Labo hat sie keinen Zugriff. Das haben auch Uber und Co nicht.

Im vergangenen Jahr verständigten sich die Plattformen mit der Behörde darauf, dass sie bei neu gemeldeten Autos die entsprechenden Dokumente zur Prüfung einreichen und binnen fünf Arbeitstagen eine Nachricht bekommen, ob der Wagen wirklich lizenziert ist. Das führte bei den Mietwagenfahrern zu einem Trick, den Mönch „Kettenanmeldungen“ nennt: Die Autos fuhren fünf Tage illegal, bis sie aufflogen und

aus der App entfernt wurden. Tags darauf meldeten sie sich mit neuen, wieder gefälschten Papieren an – für die nächsten fünf Tage. Dieses Schlupfloch ist seit Montag geschlossen, denn nun nehmen Uber und Co die Autos erst nach der Labo-Prüfung in ihre Apps auf. Andere Betrügereien könnten aber durchaus noch möglich sein.

Beispielsweise bei der Steuer. Die Betrüger sind nämlich zunächst vom Finanzamt entdeckt worden. „Die ersten Unregelmäßigkeiten sind bei einer großen Umsatzsteuerprüfung aufgefliegen, die im letzten Jahr zu Ende gegangen ist. Dabei fiel auf, dass einige Mietwagenunternehmer mit Umsatzsteuernummern gemeldet waren, die zu völlig anderen Unternehmen gehörten“, sagt Thomas Mohnke, der als Generalunternehmer die Uber-Mietwagenflotte in Deutschland koordiniert, im Gespräch mit WELT. Solche Nummern kann man im Internet leicht überprüfen – allerdings sieht man als Ergebnis nur, ob es eine echte Nummer ist und nicht, zu wem sie gehört. Die Umsatzsteuernummer kann also auch von einem Kassenschein aus dem Supermarkt stammen. In den Berliner Fällen war die von Fahrgästen kassierte Umsatzsteuer statt beim Finanzamt in den Kassen der Schwarzfahrer gelandet. „In der Folge hat auch die Verkehrsbehörde in Stichproben illegale Fahrzeuge entdeckt“, so Mohnke.

Nun soll der Bestand von 4500 Mietwagen in Berlin gemeinsam mit dem Labo durchforstet werden. Bis im Sommer hoffen die Beteiligten, alle illegalen Autos aus den Apps zu drängen. Mohnke verspricht: „Ich bin froh, dass die Betrüger durch die Prüfung aufgefliegen sind. Das ist sehr unschön, aber wir räumen jetzt auf.“

TRANSFORMATION IST KEINE GERADE LINIE  
OLA KÄLLENIUS, Vorstandschef

Verbrenner wohl eine deutlich größere Rolle spielen als bisher gedacht. Auch „bis in die 30er-Jahre hinein“ soll es nun Benzinmodelle von Mercedes geben. Für das „Einstiegssegment“ entwickle man gerade zusammen mit Geely einen neuen Motor. „Seit etwa zehn Jahren erleben wir eine Achterbahn von Vorhersagen“, sagt Källenius. „Die Transformation ist keine gerade Linie.“

Sie könnte noch weitere Kurven bekommen, falls sich die EU vom bisher für 2035 beschlossenen Verbrenner-Ausstieg verabschiedet. Für das Jahr 2026 ist laut Gesetz eine Überprüfung dieses Plans vorgesehen, die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) am Mittwoch in Brüssel als „sehr wichtig“ bezeichnet hat.

ANZEIGE

Carsten Hädler  
WELT-Moderator

# WIR SIND LIVE IM TV

14 Stunden. Das ist unser Tag.

**welt** DEIN NACHRICHTENSENDER

DIE WELT  
AM MORGEN

6.00 – 9.00 Uhr

---

WELT  
NEWSROOM

9.00 – 12.00 Uhr

---

DIE WELT  
AM MITTAG

12.00 – 14.00 Uhr

---

WELT  
NEWSROOM

14.00 – 18.00 Uhr

---

DIE WELT  
AM ABEND

18.00 – 20.05 Uhr

Nirgendwo könnte es holländischer zugehen als hier, am Alten Hafen in Enkhuizen direkt am IJsselmeer. In der schmalen Hafenausfahrt schaukeln ein paar Segelboote, eine Zugbrücke und ein mittelalterlicher Festungsturm vervollständigen die Bilderbuchkulisse. Hier, in einem Backsteinhaus mit der Adresse Dijk 12, liegt die Wiege des dynamischsten und aggressivsten Discount-Händlers Europas.

VON MICHAEL GASSMANN

Vor gut drei Jahrzehnten eröffneten zwei Niederländer in dem bescheidenen Gemäuer am Alten Hafen ihren ersten Laden, aus dem ein Gigant mit europaweit an die 2600 Filialen, 80.000 Beschäftigten und über elf Milliarden Euro Umsatz erwachsen ist. Auch in Deutschland taucht das blaue Action-Logo mit den drei hellblauen Streifen immer häufiger auf. Über 520 Filialen gibt es hierzulande schon, Lidl zum Vergleich hat hier mehr als 3200. Doch die Wachstumsraten der Niederländer sind zweistellig. In den Strategieabteilungen der angestammten deutschen Discounterketten sucht man nach Mitteln, den neuen Non-Food-Rivalen aus dem Nachbarland auszubremsen – bisher eher vergeblich. Allein im vergangenen Jahr erweiterte die Kette ihr Netz in Deutschland um 46 Standorte. „Wir werden weiterhin Geschäfte eröffnen, da wir eine wachsende Nachfrage unserer Kundinnen und Kunden sehen“, sagte Heiko Grossner, General Manager von Action in Deutschland, gegenüber WELT. Für das laufende Jahr wurden rund 60 Neueröffnungen angekündigt.

Ein Treibsatz für die Expansion ist die Inflation. Auch Wettbewerber wie Woolworth, Kaldi, Tedi oder Kik profitieren derzeit vom wiedererwachten Preisbewusstsein der deutschen Verbraucher. Discounter, so stellte das Kölner Handelsforschungsinstitut EHI kürzlich in einer Studie fest, zählen zu den „Profiteuren der Krise“. Mit einem Umsatzplus von 27,8 Prozent im vergangenen Jahr gilt Action dabei als das am schnellsten wachsende Unternehmen seiner Art. Die Firmenchefin Hajir Hajji ist so etwas wie die Personifizierung des amerikanischen Traums in niederländischer Variante. Die Holländerin mit marokkanischen Wurzeln startete 1997 mit 17 Jahren als einfache Warenverräumerin als eine der ersten Beschäftigten von Action, Personalnummer 120. Von dort arbeitete sie sich im aufstrebenden Unternehmen Schritt für Schritt hoch. Mit 19 Jahren Regionalmanagerin, wenig später Verkaufsleiterin, rückte sie bald darauf als Einkaufschefin in eine Schlüsselposition vor.

Heute ist Hajji an der Spitze angelangt und mit den Herausforderungen eines aggressiven Wachstumskurses konfrontiert. Eine davon ist die Personalsuche. Allein letztes Jahr stellte Action knapp 9000 Mitarbeiter neu ein – nicht alle scheinen zufrieden. Auf dem

Job-Bewertungsportal Kununu erreicht die Firma nur die Note 3,1 – unterdurchschnittlich gemessen an der Branche. Auf Trustpilot hagelt es zugleich Beschwerden von unzufriedenen Kunden wegen unwilligen oder wenig kompetenten Verkaufspersonals. Dem Geschäft tut das bislang kaum Abbruch, wie die Unternehmenszahlen zeigen, die Kunden schauen vor allem aufs Geld. „Angesichts der aktuellen Inflation wird das Preis-Leistungs-Verhältnis beim Einkauf immer wichtiger“, sagt Grossner. Billigartikel für Haus und Garten bilden für Action seit jeher die Basis des Geschäftsmodells. Zehn Liter Blumenerde für 99 Cent, Radieschen-Samen für 29 Cent oder ein fünfteiliges Tapezier-Set samt Rolle, Quast und Schere für 3,79 Euro lagen dieser Tage beispielsweise in den Regalen.

Das sarkastische Branchen-Bonmot, wonach Arme auf niedrige Preise angewiesen sind und Reiche sie einfach mögen, setzt kaum einer so stringent in bare Münze um wie die Kette aus Enkhuizen. „Es kann sein, dass die niedrigeren Einkommensschichten etwas stärker vertreten sind“, sagte der frühere Vorstandschef Sander van der Laan (heute Douglas) einmal zu WELT. „Aber man sieht auch BMW und Mercedes vor unseren Ladentüren.“ Das Geheimnis der Niederländer ist ein wohlkalkulierter Überraschungseffekt, der die Kundschaft immer wieder in die Läden lockt. Zwei Drittel des rund 6000 Artikel umfassenden Sortiments werden regelmäßig ausgetauscht. Jede Woche wechselt man 150 bis 200 Artikel aus. Eine Taktik, die immer wieder Spontankäufe trigert. Kunden, die eigentlich nur ein Ladekabel kaufen wollten, stehen nach dem Streifzug durch die Regale mit Kerzen und Tiefkühl Dosen, Unterhosen, Erdnüssen und LED-Leuchten im Einkaufswagen an der Kasse. Das permanente Anstacheln der Entdeckerfreude wirkt. Das Geschäft wächst momentan selbst dann noch zweistellig, wenn man die Erweiterung des Filialnetzes herausrechnet. 2023 wuchsen die Action-Erlöse, bereinigt um Veränderungen der Verkaufsfläche, nach eigenen Angaben um 16,7 Prozent. Fachleute messen dieser Kennziffer größere Bedeutung zu als dem schieren Umsatzplus.

Im Stammmarkt Niederlande ist Action mit seiner Sortimentsmischung zu einer Institution geworden. Drei Viertel der Einwohner haben nach Umfragen bereits mindestens einmal bei der Kette eingekauft, für viele gehört der Besuch zur wöchentlichen Routine. Denselben Effekt strebt Hajji in allen elf Ländern an, in denen die Kette tätig ist. Portugal kommt dieser Tage als Nummer zwölf hinzu. Den deutschen Discount-Riesen bietet Action inzwischen ernsthaft Paroli. Mit einem Gesamtumsatz von 11,3 Milliarden Euro hat man 2023 die Non-Food-Sparte von Lidl (zehn Milliarden) erstmals überholt, rechnete das Fachblatt „Lebensmittel-Zeitung“ vor. Experten sind gespannt, wie der zur Schwarz-Gruppe zählende Discounter darauf antwortet. Konkurrent Aldi habe



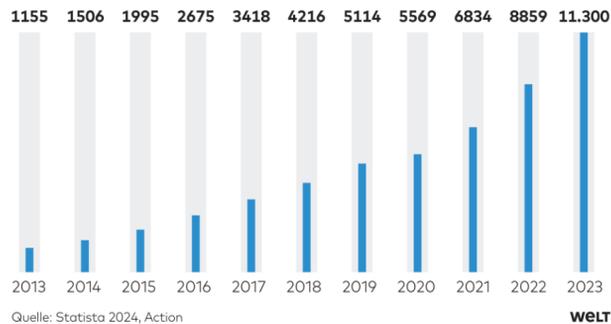
PICTURE ALLIANCE/ DPA/ACTION

## Zehn Liter Blumenerde für 99 Cent

Die niederländische Action-Kette attackiert die deutschen Discounter mit Billigstangeboten

### Verzehnfachte Umsätze

Umsatz des Hartwaren-Discounters Action in den Jahren von 2013 bis 2023, in Millionen



bereits reagiert und bietet vermehrt Rabatte an, sagen Beobachter.

Die Materialmengen, um die es im Non-Food-Geschäft der Discounter geht, sind gewaltig. Allein für Action arbeiten laut dem firmeneigenen Nachhaltigkeitsbericht weltweit etwa 1500 Fabriken. Zwei Drittel der Artikel stammen aus Asien. Nicht nur umweltbewegte Kritiker sehen den von den Billigketten ausgelösten Rohstoffverbrauch mit

wachsendem Unbehagen. Die EU beschloss im Dezember letzten Jahres, die Vernichtung von neuer Kleidung per Verbot zu stoppen. Die entsprechende Ökodesign-Richtlinie soll sicherstellen, dass Produkte generell leichter zu reparieren und länger zu nutzen sind. Die damit verbundenen Komplikationen im Vertrieb treffen gerade Ketten wie Action, die auch technische Produkte wie Lautsprecher, Akku-Kreissägen oder Mi-

krowellenherde zu Spottpreisen auf den Markt werfen. Action baut zwar vor gegen Kritik und veröffentlicht regelmäßig einen umfangreichen Katalog über Fortschritte bei der Einhaltung von Öko- und Nachhaltigkeitszielen. Ob das reicht, um Gegner des Grundprinzips zu beruhigen, ist nicht sicher.

Aus rein wirtschaftlicher Sicht funktioniert das Geschäftsmodell weiter hervorragend. Action-Mehrheitseigner 3i, ein britischer Investmentfonds, beziffert den aktuellen Unternehmenswert der Kette auf 29,4 Milliarden Euro. Das wäre deutlich mehr als traditionelle Dax-Werte wie Bayer, RWE oder die Deutsche Bank zu bieten haben. Basis der Bewertung ist die Profitabilität im laufenden Geschäft. So schnallte das Betriebsergebnis (Ebitda) von Action im vergangenen Jahr um 28 Prozent auf 1,6 Milliarden Euro hoch. Dem stehen wie bei allen schnell wachsenden Unternehmen hohe Investitionen in die Ausweitung von Filialnetz und Lieferdiensten gegenüber. Das Action-Management versucht deshalb nach Kräften, die Kostenstruktur noch flacher zu halten als die niederländische Topographie.

Wichtigster Hebel ist eine strikte Standardisierung der Filialprozesse und der Produktpalette, beginnend mit der zentralen Einkaufsabteilung am Hauptsitz im holländischen Zwaagdijk. „Die niedrigsten Preise sind Teil unseres Erbguts“, stellte Chef Hajji einmal programmatisch fest. Ihr Vorgänger von der Laan formulierte es unverblümt: „Manche Ketten kaufen einige Hunderttausend Hüllen für iPhones. Wir kaufen einige Millionen.“ Rund 90 Prozent des Sortiments ist in allen Ländern, in denen das Unternehmen tätig ist, identisch. Nur fünf bis zehn Prozent des Angebots würden mit lokalen Marken oder ländertypischen Produkten „an ortsspezifische Besonderheiten angepasst“, umschreibt Deutschland-Chef Grossner seinen engen Spielraum. Kostensenkend wirkt auch die ausgefeilte Logistik. Die Ausstattung der Filialen ist eher spartanisch, die Standorte moderat. Für Werbung gibt das Unternehmen wenig aus. Firmenkennner sprechen von 0,4 Prozent des Umsatzes, während die branchenübliche Vergleichsziffer im einstelligen Prozentbereich liegt.

Eigentlich war es schon immer so, seit die Gründer Gerard Deen und Rob Wagemaker 1993 im idyllischen Haus in Enkhuizen mit dem Verkauf von Überschuss-Ware und Restposten starteten. Weil das Haus mit der Adresse am Dijk 12 so klein ist und Deen die obere Etage zunächst noch selbst bewohnte, musste Vaters Garage zeitweise als Lager herhalten. Anfangs stand Deen selbst an der Kasse. Doch sehr bald hob das Geschäft ab. Bereits im ersten Jahr kamen sieben Filialen dazu, wieder ein Jahr später wurde auch der erste Laden zu klein und zugunsten eines größeren Geschäfts in der Nähe aufgegeben. Im Jahr 2011 gingen die Mehrheitsanteile von Action für 500 Millionen Euro an 3i. Die Gründer vom Alten Hafen verließen ihr Unternehmen als vermögende Leute.

## Nur zwei Sorten Fischstäbchen im Test „gut“

Stiftung Warentest hat 19 Produkte untersucht

Nicht nur bei Kindern sind sie beliebt – doch bei Fischstäbchen ist nach Einschätzung der Stiftung Warentest auch Vorsicht geboten: Die Tester nahmen 19 Produkte unter die Lupe, darunter elf klassische Fischstäbchen, vier Backfischstäbchen und vier vegane Produkte. Das Ergebnis: Bei elf Produkten war die Panade deutlich mit einem kritischen Fettschadstoff belastet. Nur zwei Artikel schnitten mit gut ab.

Wie die Stiftung Warentest am Donnerstag mitteilte, wurden Produkte mit einem Kilopreis zwischen 6,20 Euro und 16 Euro getestet, darunter der Klassiker von Iglo sowie Fischstäbchen von Frosta, von Discountern wie Aldi und Lidl und von Alnatura. Testsieger wurden die Fischstäbchen von Frosta, dahinter landeten die Stäbchen des Bio-Anbieters Alnatura – beide bekamen als einzige das Urteil „gut“.

Bei den klassischen Fisch-Produkten bekamen allein acht Produkte nur ein ausreichendes Urteil, darunter auch die Fischstäbchen und Backfischstäbchen von Iglo. Auch für die veganen Stäbchen, die auf Soja- oder Gemüsebasis hergestellt wurden, vergaben die Tester nur die Noten befriedigend oder ausreichend. Nur zwei davon schmeckten leicht nach Fisch, nämlich die von Kaufland und die von Iglo.

In elf Produkten fanden die Tester Schadstoffe: Dabei geht es vor allem um den Fettschadstoff 3-MCPD, der etwa aus dem Öl stammt, mit dem die Hersteller die Stäbchen frittieren. Besonders die Backfischstäbchen von Iglo und die Fischstäbchen von Rewe waren damit stark belastet. In den veganen Stäbchen von Kaufland befanden sie zu viele Mineralölkohlenwasserstoffe.

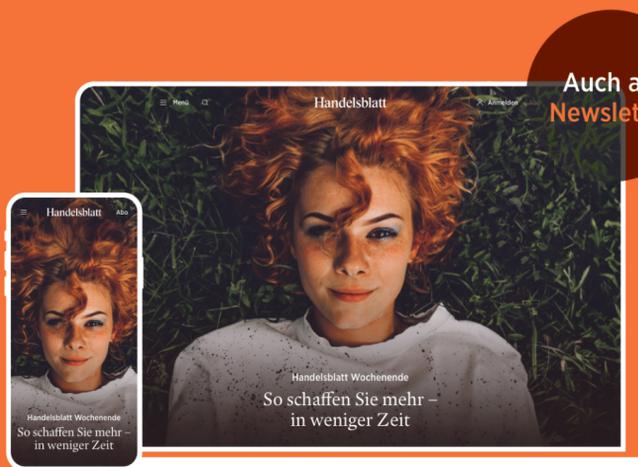


Frosta-Fischstäbchen schneiden „gut“ ab

Grundsätzlich sind Fischstäbchen nicht das gesündeste Essen, wie die Tester auch zu bedenken gaben. Das liege vor allem am hohen Fettgehalt durch die Panade, oft sei auch der Salzgehalt zu hoch. Immerhin punkte der Fisch mit Jod. Kinder im Kita-Alter sollten als Mahlzeit gemeinsam mit anderen Beilagen nur drei Stäbchen essen, für größere Kinder und Erwachsene seien fünf Stäbchen okay, so die Tester.

ANZEIGE

# Neugier kennt kein Wochenende.



Auch als Newsletter

Damit Sie auch nach der Arbeitswoche auf der Höhe der Zeit bleiben: Erleben Sie neue Seiten der Wirtschaft und ungewöhnliche Perspektiven, die Sie wirklich voranbringen. **Im neuen Handelsblatt Wochenende.**

Jetzt entdecken: [handelsblatt.com/wochenende](https://handelsblatt.com/wochenende)



**Handelsblatt**  
Substanz entscheidet.

Britischer Atomraketen-Test scheitert zum zweiten Mal

Start im Atlantik sollte auch der Abschreckung dienen

Nach drei Wochen kam die Panne ans Licht. Ende Januar sollte vom großen britischen Atom-U-Boot HMS Vanguard...

man-Rakete aus einem Silo vor der US-Westküste. Es gab die Sorge, Moskau könnte dies fälschlicherweise als US-Angriff interpretieren...

Immer wieder gibt es bei den Tests Rückschläge und somit Zweifel, ob die Abschreckung mit Langstreckenraketen, sogenannten ICBM...

Die jetzt von den Briten herauskattulierte Trident-Atomwaffenrakete aus US-Produktion gilt eigentlich als zuverlässig...

Für die Behauptung der Briten, dass der jüngste Fehlschlag in einem echten Konfliktszenario nicht entstanden wäre...

Die Raketenstarts werden üblicherweise im Vorfeld angekündigt, um Schiffe und Flugzeuge im Start- und Zielgebiet zu vertreiben...

Das Angebot aus China klingt ein wenig zu gut. Im September verkündete die bulgarische Regierung, sie wolle 20 Elektrozüge kaufen...

VON STEFAN BEUTLSBACHER AUS BRÜSSEL

Warum konnte Sifang den Bulgaren so einen niedrigen Preis nennen? Die EU-Kommission vermutet: weil das Unternehmen großzügige staatliche Hilfen erhält...

Europas Wettbewerbsbehörden sind derzeit umtriebiger. Sie rücken häufiger zu Razzien aus, untersuchen mehr ausländische Investitionen...

Ein Grund dafür, heißt es in der Studie, seien steigende geopolitische Spannungen zwischen dem Westen und Russland sowie China...

Kartellämter in der EU und in Großbritannien vereitelten 2023 der Studie zufolge 45 Fusionen...

Neue Härte der Kartellwächter

Mehr Razzien, mehr Fusionskontrolle: Europas Wettbewerbsbehörden werden strenger



Beamte des Zolls untersuchen Firmenräume in Frankfurt

griffen sie 42 Mal ein, 2021 nur 25 Mal. In den USA gab es den gleichen Trend. Die Zahlen für das vergangene Jahr liegen noch nicht vor...

Auch die Zahl der Razzien stieg deutlich an. 2022 durchsuchten deutsche Wettbewerbsbehörden 76 Unternehmen und Verbände...

China macht es ausländischen Unternehmen schon lange schwer. Doch seit einiger Zeit schirmt auch der Westen seine Wirtschaft stärker ab...

tion and Markets Authority und die amerikanische Federal Trade Commission - setzen diese Politik um...

Die Ermittlung gegen Sifang, den chinesischen Zugerhersteller, ist ein Beispiel für Europas neue Wachsamkeit. Schon seit vielen Jahren prüft die Kommission Beihilfen aus EU-Ländern...

Firmen aus Drittstaaten, die Unternehmen in der EU kaufen oder - wie Sifang - an öffentlichen Vergabeverfahren teilnehmen wollen...

Zuwendungen ab einer bestimmten Höhe nun melden. Sifang habe womöglich versucht, sich einen unfairen Vorteil zu verschaffen...

Chinesen werden am härtesten kontrolliert. Die Freshfields-Experten weisen auf Großbritannien: Dort waren Unternehmen aus der Volksrepublik nur an vier Prozent aller meldepflichtigen ausländischen Direktinvestitionen beteiligt...

Es ist ein Hinweis auf mehr Protektionismus in der Welt: Großbritannien, die EU und die USA drängen ihre Kartellbehörden zu Wachsamkeit und wollen ausländische subventionierte Unternehmen von ihren Märkten fernhalten...

Die EU lockerte als Antwort auf den IRA ihre Regeln für Staatshilfen - ein Schritt, der vor nicht allzu langer Zeit kaum denkbar schien...

Viele Regierungen, heißt es in der Freshfields-Untersuchung, hätten zuletzt hohe Subventionen eingeführt, um die Energiewende zu finanzieren...

VON GERHARD HEGMANN

Die Rakete plumpste in der Nähe des U-Boots zurück in das Meer. Der Test diente auch dazu, auf dem U-Boot nach einer Generalüberholung wieder Starts zu probieren...

Die nukleare Ost-West-Abschreckung setzt auch auf den Einsatz von U-Booten, von denen Interkontinentalraketen mit Atombomben abgefeuert werden...

Die Raketenstarts werden üblicherweise im Vorfeld angekündigt, um Schiffe und Flugzeuge im Start- und Zielgebiet zu vertreiben...

Table with 5 columns: Währung, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists various funds like DBA ausgewogen, DBA dynamisch, etc.

Table with 5 columns: Währung, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists various funds like DBA ausgewogen, DBA dynamisch, etc.

Table with 5 columns: Währung, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists various funds like DBA ausgewogen, DBA dynamisch, etc.

Table with 5 columns: Währung, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists various funds like DBA ausgewogen, DBA dynamisch, etc.

Table with 7 columns: Titel, ISIN, Preis, 22.02., 6 M., 1 J., 3 J., 5 J., Lfd.Kosten %. Lists various funds like IM GL PAM Japan Opp.NdLd EUR, etc.

Table with 7 columns: Titel, ISIN, Preis, 22.02., 6 M., 1 J., 3 J., 5 J., Lfd.Kosten %. Lists various funds like RenditeStrat Gl, RenditeStrat Gl, etc.

Table with 7 columns: Titel, ISIN, Preis, 22.02., 6 M., 1 J., 3 J., 5 J., Lfd.Kosten %. Lists various funds like Deka International (Lux), Deka-BoA2Stf off 25, etc.

Table with 7 columns: Titel, ISIN, Preis, 22.02., 6 M., 1 J., 3 J., 5 J., Lfd.Kosten %. Lists various funds like Deka-BoA2Stf off 25, Deka-BoA2Stf off 25, etc.

Table with 7 columns: Titel, ISIN, Preis, 22.02., 6 M., 1 J., 3 J., 5 J., Lfd.Kosten %. Lists various funds like Deka-BoA2Stf off 25, Deka-BoA2Stf off 25, etc.

Table with 5 columns: Währung, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists various funds like DBA ausgewogen, DBA dynamisch, etc.

Table with 5 columns: Währung, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists various funds like DBA ausgewogen, DBA dynamisch, etc.

Table with 5 columns: Währung, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists various funds like DBA ausgewogen, DBA dynamisch, etc.

Table with 5 columns: Währung, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists various funds like DBA ausgewogen, DBA dynamisch, etc.

Table with 5 columns: Währung, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists various funds like DBA ausgewogen, DBA dynamisch, etc.

ANZEIGENSONDERVERÖFFENTLICHUNG

Table with 5 columns: Währung, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists various funds like DBA ausgewogen, DBA dynamisch, etc.

Table with 5 columns: Währung, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists various funds like DBA ausgewogen, DBA dynamisch, etc.

Table with 5 columns: Währung, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists various funds like DBA ausgewogen, DBA dynamisch, etc.

Table with 5 columns: Währung, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists various funds like DBA ausgewogen, DBA dynamisch, etc.

Table with 5 columns: Währung, ISIN, Rückn., 3J. Perf. Lists various funds like DBA ausgewogen, DBA dynamisch, etc.

Advertisement for Union Investment with logo and contact information.

Advertisement for Deka Investments with logo and contact information.

Advertisement for Flossbach von Storch with logo and contact information.

Advertisement for Haluk Alfhöfner Fund Services with logo and contact information.

Advertisement for NOBIS with logo and contact information.

Advertisement for Infront Funds Service with logo and contact information.

# Jeder Tag zählt: bis 26.02. gleich 2 Gutscheine für Sie.

Lesen Sie 3 Monate DIE WELT, WELT AM SONNTAG und WELTplus Premium und sichern Sie sich gleich zwei 50-€-Gutscheine.



Sie erhalten 2 Gutscheine zur Wahl, um sich Ihren ganz persönlichen Wunsch zu erfüllen. Gesamtwert: 100€

Ab 27.02.2024 erhalten Sie noch einen Gutschein zur Wahl.



## Immer und überall aktuell informiert:

**DIE WELT:** Von Montag bis Freitag in moderner, schlanker Form.

**WELT AM SONNTAG:** Jetzt schon am Samstag beste Unterhaltung.

**WELTplus Premium:** Alle digitalen Inhalte von WELT.

**WELT CLUB:** Events, Einblicke und viele weitere Vorteile – exklusiv für Abonnenten.

Gleich bestellen unter **0800/935 85 37** oder **www.welt.de/2gutscheine**



In Ihrem Abo sind die gedruckten Zeitungen und WELTplus Premium enthalten. Weitere Informationen zum Produkt finden Sie unter [welt.de/produkt](http://welt.de/produkt). WELT AM SONNTAG und DIE WELT erscheinen in der Axel Springer Deutschland GmbH, Axel-Springer-Str. 65, 10888 Berlin, vertreten durch die Geschäftsführung, Amtsgericht Charlottenburg, HRB 196159 B.

**Ich spare 35 % zum regulären Abopreis und lese DIE WELT, WELT AM SONNTAG in der Frühausgabe am Samstag und WELTplus Premium 3 Monate im Paket für zzt. nur 122,90€.**

Meine 50-€-Gutscheine, je nach Eingangsdatum

**Bis 26.02.2024:**

2 unterschiedliche Gutscheine zur Wahl  
Aktion: 10173875

**Ab 27.02.2024:**

1 Gutschein zur Wahl  
Aktion: 10173878

- Amazon.de (69351)  Tchibo (70519)  Douglas (65992)  
 Media Markt (70520)  SHELL (65990)

Meine Lieferadresse

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail (bitte angeben)

Ich zahle bequem per SEPA-Lastschriftmandat:

Ihre BLZ Ihre Kto.-Nr.

IBAN

Das SEPA-Lastschriftmandat kann ich jederzeit widerrufen.  
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Ich erwarte Ihre Rechnung.

Lieferbeginn:  schnellstmöglich  ab dem

Ich kann der Nutzung meiner Daten zu Werbezwecken jederzeit beim Verlag widersprechen. DIE WELT, Brieffach 24 40, 10867 Berlin, Fax: 0800/093 58 32. Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter [www.welt.de/datenschutz](http://www.welt.de/datenschutz).

Wenn ich danach weiterlesen möchte, brauche ich nichts zu tun. Ich lese DIE WELT, WELT AM SONNTAG in der Frühform am Samstag und WELTplus Premium dann zum regulären Bezugspreis von monatlich zzt. 62,99€. Das Angebot gilt nur in Deutschland und nur, solange der Vorrat reicht. Der Versand der Prämie erfolgt nach Zahlungseingang.

Ich bin damit einverstanden, dass die Axel Springer Deutschland GmbH mir weitere Medienangebote per Telefon/E-Mail/SMS unterbreitet. Dieses Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen.

Alle Informationen über Ihr gesetzliches Widerrufsrecht und die Widerrufsbelehrung finden Sie unter [www.welt.de/widerruf](http://www.welt.de/widerruf).

Ich ermächtige die Axel Springer Deutschland GmbH, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der Axel Springer Deutschland GmbH auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Datum Unterschrift

Coupon ausfüllen und einsenden an:  
DIE WELT, Brieffach 24 40, 10867 Berlin

## Gosens thematisiert Spielerpsychologie

Unions Flügelspieler sieht großen Handlungsbedarf

Union Berlins Verteidiger Robin Gosens wünscht sich einen offeneren und besseren Umgang mit psychischer Gesundheit im Fußball. „Wenn ein Spieler den Mut aufbringt und sagt: ‚Mir geht es nicht gut, ich fühle mich mental nicht gesund‘, dann sollte er sicher sein können, dass er von allen Beteiligten aufgefangen wird und das sensibel darüber berichtet wird. Soweit sind wir leider noch nicht“, sagte der Nationalspieler im Interview des SWR. Er habe das Gefühl, dass Profifußballer, die etwa über Depressionen oder Burnout-Symptome sprechen, als schwach angesehen werden. „Solange ein betroffener Spieler sich also nicht sicher sein kann, aufgefangen zu werden, wird sich nichts ändern.“

Der 29-Jährige machte per Fernstudium einen Bachelor in Psychologie und möchte noch einen Master nachlegen. „Später möchte ich gern meine eigene Praxis haben, möchte Sportlerinnen und Sportler begleiten, die mit Druck, Ängsten, Depressionen oder Burnout zu kämpfen haben“, sagte er. Gosens erzählte, dass er auch selbst zu einer Psychologin gehe: „Aber nicht nur, wenn es brennt. Es ist auch eine Präventiv-Maßnahme. Die Gespräche helfen mir, die Sachen im Keim zu ersticken.“

Es gebe im Fußball für alle Beteiligten nur Nachteile, wenn sich ein Spieler nicht öffnen könne, sagte Gosens. Er versuche, mit Kollegen ins Gespräch zu kommen, wenn er den Eindruck habe, dass es ihnen nicht gut gehe. Auch die Klubs sieht er in der Pflicht. „Ich wünsche mir, dass alle Vereine eine wichtige Botschaft an betroffene Spieler senden: Bitte nehmt Hilfe in Anspruch.“ Er halte eine doppelte Lösung für sinnvoll: „Es gibt einen freien, vielleicht externen Psychologen, der nur für die Spieler da ist. Auf den könnten die Profis jederzeit zugreifen. Und es gibt einen fixen Psychologen, der präsent ist und das Tagesgeschäft mitbekommt.“ DW

## Funkel gibt Einblicke in seine Mission

„Der Glaube ist da“, sagt Kaiserslauterns Trainer

Friedhelm Funkel wird den Trainerjob beim abstiegsbedrohten Fußball-Zweitligisten 1. FC Kaiserslautern unabhängig vom Erfolg der Rettungsmission am Saisonende wieder beenden. „Es steht fest, dass ich die Aufgabe hier bis zum letzten Spieltag dieser Saison mache, wann immer der auch sein mag“, sagte der 70-Jährige im Interview der „Rheinpfalz“. Der FCK kann in Ruhe nach einem Nachfolger suchen, und für mich ist die Mission dann beendet.“ Er werde danach wieder etwas mehr Ruhe brauchen, weil der Job nervenaufreibend sei. „Ab einem gewissen Alter ist es schwierig, so einen Job über einen ganz langen Zeitraum zu machen, bekannte er. „Wieder mit Spielern auf dem Trainingsplatz zu stehen, mache ihm aber „unheimlich viel Spaß, das ist Wahnsinn.“

Der Klub aus der Pfalz verpflichtete den 70-jährigen Funkel als Nachfolger von Dimitrios Grammozis. Im ersten Pflichtspiel unter seiner Regie hatte der Tabellen-16. am vergangenen Sonntag beim 1. FC Nürnberg ein 1:1 erkämpft. Gegen den Karlsruher SC folgt am Samstag (13.00 Uhr/Sky) seine Heimpremiere. Der frühere Lauterer Profi ist nach einer Woche in Kaiserslautern weiter zuversichtlich, den 1. FCK vor dem Abstieg bewahren zu können. „Der Glaube, dass wir es schaffen, ist da. Sonst hätte ich die Aufgabe nicht übernommen. Aber es kann bis zum letzten Spieltag dauern“, sagte er.

Dass er noch einmal aus dem Trainer-Ruhestand zurückgekehrt ist, sei bei vielen aus seinem persönlichen Umfeld auf Unverständnis gestoßen. „Viele Leute, die mich kennen, können nicht verstehen, warum ich das mache“, sagte Funke. „Allerdings können die Menschen, die mich sehr gut kennen, nachvollziehen, was ich jetzt denke und fühle.“ Fußball sei ein ganz, ganz großer Teil seines Lebens: „Wenn das nicht so wäre, würde ich das nicht mehr machen. Ich habe diesen Nervenzickel am Sonntag in Nürnberg wieder gespürt.“ DW

Knapp drei Jahre ist es her, dass er letztmals das Trikot der deutschen Fußball-Nationalmannschaft getragen hat. Er war nach der EM 2021 zurückgetreten. Doch nun wird Toni Kroos wieder für die deutsche Auswahl auflaufen. Er werde nach einer Anfrage von Bundestrainer Julian Nagelsmann „ab März wieder für Deutschland spielen“, kündigte der 34 Jahre alte Mittelfeldspieler von Real Madrid am Donnerstag auf Instagram an.

VON LARS GARTENSCHLÄGER UND SVEN FLOHR

Im Wortlaut schrieb er: „Leute, kurz und schmerzlos: Ich werde ab März wieder für Deutschland spielen. Warum? Weil ich vom Bundestrainer gefragt wurde, Bock drauf habe und sicher bin, dass mit der Mannschaft bei der EM viel mehr möglich ist, als die meisten gerade glauben!“ Gegenüber WELT bestätigte auch der Deutsche Fußball-Bund (DFB) die Rückkehr des bislang 106-maligen Nationalspielers ins DFB-Team an. Eine offizielle Erklärung werde es dazu aber nicht geben, hieß es.

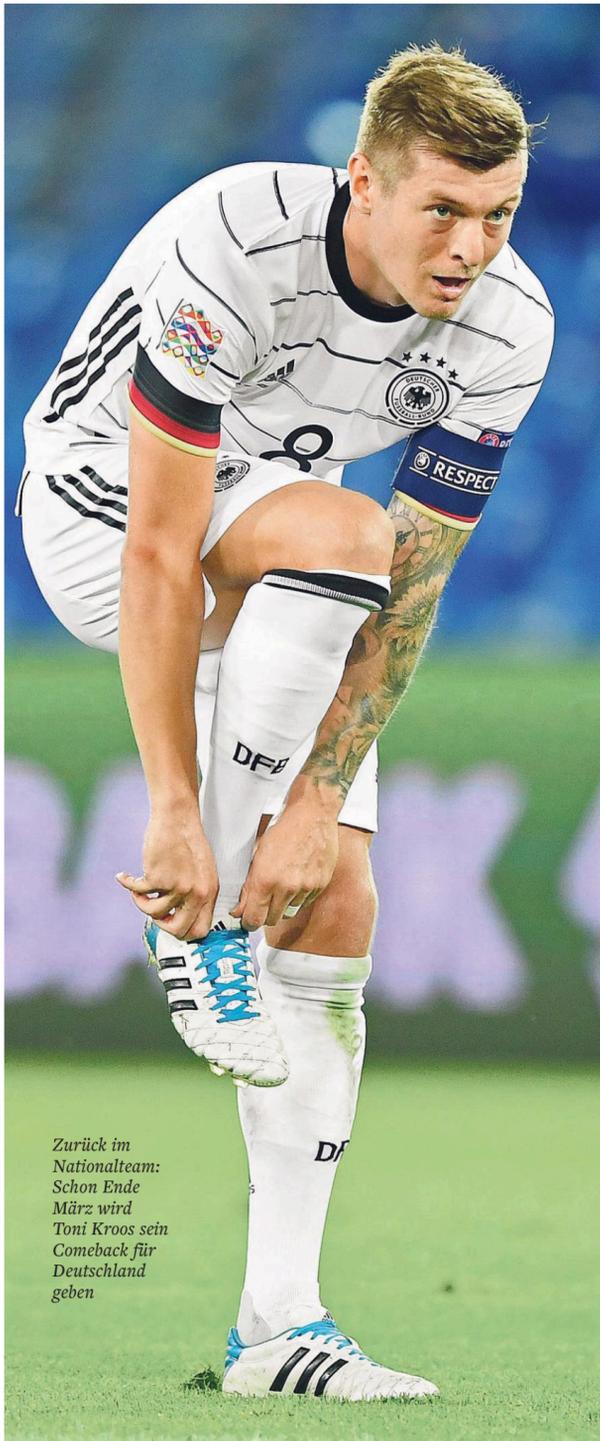
In seiner Sonderfolge seines Podcasts „Einfach mal luppen“ mit Bruder Felix begründete Kroos seine Rückkehr vor allem mit „sehr guten Gesprächen“ mit Bundestrainer Nagelsmann; „Julian hatte mich kontaktiert und mich gefragt, ob ich es mir vorstellen kann, was bis dahin nicht in meinem Kopf war. Das der Bundestrainer anruft und meint, dass ich gebraucht werde für das Turnier im eigenen Land, das ist ein Anreiz.“ So eine Anfrage lasse ihn „nicht kalt“ und sei auch „eine tolle Bestätigung“ für seine aktuellen Leistungen bei Real Madrid. Mit jedem weiteren Gespräch mit dem Bundestrainer sei er mit der Idee „immer schwangerer geworden“, veranschaulichte der 34-Jährige, „mit dem Ergebnis, für dieses Turnier zur Verfügung zu stehen“. Kroos sprach von einer „signifikanten Entscheidung“ für ihn, bei der vor allem er und Nagelsmann auf einen „gemeinsamen Nenner“ kommen mussten: „Daher muss man das Gefühl haben, dass es passt und dass daraus was werden kann. Ansonsten darf man es nicht machen.“

Kroos kehrt in einer heiklen Phase zurück. Die Nationalmannschaft spielte 2023 eines der schlechtesten Jahre ihrer Geschichte, das Bundestrainer Hans-Dieter Flick den Job kostete. Von elf Partien gewann die DFB-Elf gerade mal drei und verlor sechs bei zwei Unentschieden. Das Torverhältnis lag bei 17:22. Die vergangenen beiden Begegnungen gegen die Türkei (2:3) und Österreich (0:2) gingen verloren. Das diese Mannschaft Führung benötigt, ist offensichtlich.

Anfang Dezember des vergangenen Jahres war erstmals über Kroos und ein mögliches Comeback spekuliert, geschrieben und debattiert worden. Antonio Rüdiger, Abwehr-Chef in der DFB-Auswahl und Teamkollege von Real, hatte die Diskussion darüber eröffnet – und in der Krise der Fußball-Nationalmannschaft mit dem überraschenden Personalvorschlag aufhorchen lassen. „Ein Spieler wie er, der sich immer noch auf so einem hohen Level befindet, muss eigentlich dabei sein. Ich frage ihn jeden Tag“, hatte Rüdiger damals in einem Interview bei DAZN am Rande des Champions-League-Spiels von Real bei Union Berlin gesagt. „Wenn Toni spielt, dann mit dem Puls auf 20 und einem

# Nach 26 Monaten: Toni Kroos kehrt ZURÜCK

Weltmeister kündigt Comeback in der Nationalelf an. Schon Ende März will er spielen



Zurück im Nationalteam: Schon Ende März wird Toni Kroos sein Comeback für Deutschland geben

PICTURE ALLIANCE/SVENSKON/WITERS/VALERIA WITERS

Passspiel von einem anderen Stern – alles ist top. Ich würde mir sehr wünschen, dass er für die Nationalmannschaft spielt. Das ist aber seine Entscheidung.“

Als Nagelsmann kurz vor Weihnachten im „Sportstudio“ beim ZDF auf eine Rückkehr von Kroos angesprochen wurde, nannte er es „einen interessanten Gedanken“. Der Bundestrainer beschrieb Kroos als einen „herausragenden Spieler und herausragenden Menschen, der sehr reflektiert ist“. Rudi Völler, Sportdirektor des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), hatte die Tür sogar ein Stückchen weiter geöffnet: „Er ist immer noch ein Weltklassenspieler, der zu Mächtigem fähig ist.“

Mitte Februar war es dann erneut Rüdiger, der sich abermals für Kroos aussprach. „Da habe ich ein großes Fass aufgemacht. Ich stehe zu hundert Prozent zu dem, was ich gesagt habe“, meinte er lachend gegenüber dem „Kicker“ und ergänzte: „Es ist eine Heim-EM, wir wollen die besten Spieler dabei haben, und ich sehe Toni aktuell als einen unserer besten Deutschen, weil er im Moment auch einer der besten Spieler von Real Madrid ist. Und wenn ich so offen und ehrlich sprechen darf: Ich glaube, viele denken genauso wie ich.“

Kroos muss eigentlich niemandem mehr etwas beweisen. Als einziger deutscher Spieler hat er fünfmal die Champions League gewonnen, viermal mit Real, einmal mit dem FC Bayern München. Der Weltmeister von 2014 gilt bei den Königlichen als noch spielende Legende. „Toni ist unersetzlich, auch wenn er nicht spielt“, sagte sein Trainer Carlo Ancelotti gerade erst. Doch an der Debatte um die Notwendigkeit einer Kroos-Rückkehr schied sich zuletzt die Geister. „Das wäre ein ziemliches Titanic-Signal“, sagte Bayern-Patron Uli Hoeneß dazu. Sehr skeptisch zeigte sich auch Rekord-Nationalspieler Lothar Matthäus. „Wo soll er spielen? Holt man Kroos zurück, schwächt man automatisch Ilkay Gündogan, auch als Kapitän“, warnte der Weltmeister-Spielführer von 1990. Einige Nationalspieler sprachen sich dagegen für ein Comeback von Kroos aus. „Ich freue mich immer, mit Toni zu spielen. Wenn er Lust und Zeit hat, sehr gerne“, sagte Bayern-Profi Joshua Kimmich.

Sein bislang letztes Länderspiel bestritt Kroos am 29. Juni 2021 im Achtelfinale der Europameisterschaft. Deutschland schied damals gegen den Gastgeber im Londoner Wembleystadion mit 0:2 aus. Die Partie war auch das letzte Spiel des damaligen Bundestrainers Joachim Löw. Auf ihn folgte Flick, der mittlerweile durch Nagelsmann ersetzt wurde. Der ehemalige Bayern-Trainer hat nur noch eine Länderspielphase, ehe er Ende Mai seinen vorläufigen EM-Kader benennen muss. Die Nationalmannschaft trifft in Testspielen am 23. März in Lyon auf Frankreich, drei Tage später in Frankfurt/M. auf die Niederlande. Die EM beginnt für das DFB-Team am 14. Juni in München gegen Schottland. Mit Kroos, der von seinem Rücktritt zurücktritt. Die weiteren EM-Gegner sind die Schweiz und Ungarn.

Im Juli 2021 hatte er sein Aus in der Nationalelf unter anderem damit begründet, dass er seine volle Konzentration für seine Ziele mit Real Madrid richten und außerdem mehr als Ehemann und Papa für seine Frau und die drei Kinder da sein wolle. Nun hat er offensichtlich imgedacht.

## „Lasst es Sebastian Hoeneß machen“

Tuchels Aus beim FC Bayern werten ehemalige Spieler des Klubs als Führungsschwäche. Sie präsentieren aber auch Lösungsansätze

Die Trennung von Trainer Thomas Tuchel sollte den FC Bayern nach Ansicht von Lothar Matthäus dazu bewegen, künftig wieder verdiente Ex-Spieler in die Vereins Spitze zu holen. Der einstige Münchner Kapitän sieht das Fehlen ebenjener Leute als einen Grund dafür an, dass Bayern in der Saison enttäuscht und in der Bundesliga die Meisterserie nach elf Triumpfen reißen dürfte. Matthäus sagte beim TV-Sender Sky, er würde sich freuen, „wenn wieder Gesichter bei Bayern München integriert sind, die Bayern-München-Geschichte auf dem Platz geschrieben haben“.

Jahrzehntelang prägten Ex-Profis wie Uli Hoeneß, Karl-Heinz Rummenigge und Franz Beckenbauer die Geschichte an der Säbener Straße. Ihnen folgten dann Spieler wie Oliver Kahn und Hasan Salihamidzic nach – doch auch die mussten inzwischen wieder gehen. Matthäus schlug Akteure wie Philipp Lahm, Bastian Schweinsteiger oder in Zukunft Thomas Müller als Entscheider vor. „Diese Spieler sollte man in den Verein einbinden, Positionen dafür gibt es ganz sicher“, sagte der 62-Jährige. „Das

sind Leute, die diese DNA des FC Bayern auf dem Platz miterlebt haben und nicht nur als Fans in der Kurve oder vor dem Fernseher gesessen sind.“

Der einstige Weltfußballer verwies auf Bayer Leverkusen, wo Simon Rolfes als Ex-Kapitän seit dieser Saison Sport-Geschäftsführer ist und das Team beste Chancen auf den Gewinn der Meisterschaft hat. So seien auch die Münchner stets erfolgreich gewesen. „Es ist schon wichtig, dass ehemalige Spieler eingebunden werden, die beim FC Bayern die große Geschichte mitgeschrieben haben“, sagte Matthäus. „Und da fehlt es mir. Uli Hoeneß ist am Tegernsee, Karl-Heinz Rummenigge zieht sich zurück und Franz Beckenbauer ist leider gar nicht mehr da.“

Der FC Bayern hatte am Mittwoch verkündet, angesichts der enttäuschenden Vorstellungen in dieser Saison den Vertrag von Trainer Tuchel im Sommer 2024 und damit ein Jahr früher als geplant aufzulösen. Im „einvernehmlichen Gespräch“ mit Tuchel, wie Bayerns Vorstandschef Jan-Christian Dreessen betont hatte. Matthäus meint, das sei „wahrscheinlich das vernünftigste Gespräch

gewesen, das zwischen beiden Seiten je stattgefunden hat. Eine frühere beziehungsweise vorzeitige Trennung ist durch die jetzige Entscheidung nicht ausgeschlossen. Man hofft auf einen positiven Effekt. Wenn der nicht eintritt, kann man sich immer noch sofort trennen. Die Mannschaft ist jetzt in der Pflicht.“

Der frühere Bayern-Profi Dietmar Hamann kann sich den jetzigen Stuttgarter Trainer Sebastian Hoeneß ab dem Sommer auch als künftigen Coach des Rekordmeisters aus München vorstellen. „Ich würde fast dazu tendieren zu sagen: Lasst es Sebastian Hoeneß machen“, erklärte TV-Experte Hamann in seiner Kolumne für den Sender Sky und begründete dies so: „Die menschliche Komponente ist in den letzten Monaten oder vielleicht sogar Jahren verloren gegangen. Der Verein muss wieder menschen, wie man in Bayern sagt, und zwar auf allen Ebenen. Hoeneß könnte dazu beitragen.“ Der Neffe von Vereins-Ehrenpräsident Uli Hoeneß und Sohn des einstigen Bayern-Torjägers Dieter Hoeneß arbeitet derzeit sehr erfolgreich in Stuttgart. Der 41-Jährige führte den VfB nach geschaffter Relegation im

vorigen Jahr in dieser Saison bis auf Rang drei. Dies würde am Saisonende die Qualifikation für die Champions League bedeuten.

Vom Abschied von Tuchel zeigte sich Hamann nicht überrascht, allerdings machte er dafür auch die Vereinsführung mitverantwortlich. Mit Blick auf den Vorstandsvorsitzenden Dreessen und Sportdirektor Christoph Freund meinte Hamann: „Es fehlt die sportliche Kompetenz in der Chefetage und der



Sebastian Hoeneß wird nach dem Spiel gegen Bayern von Thomas Müller geherzt

## „Sie hat nicht gesagt, dass sie nicht wollte“

Gericht verurteilt Dani Alves zu langer Haftstrafe

Der brasilianische Fußball-Star Dani Alves ist in Spanien wegen sexueller Aggression zu einer Haftstrafe von viereinhalb Jahren verurteilt worden. Zudem müsse der ehemalige Nationalspieler dem Opfer 150.000 Euro zahlen, teilte das Gericht am Donnerstag weiter mit. Der 40-Jährige saß schon vor dem Urteil seit einem guten Jahr in Untersuchungshaft, nachdem eine junge Frau ihn beschuldigt hatte, sie in der Nacht zum 31. Dezember 2022 in einer Toilette eines Nachtclubs der katalanischen Metropole zum Sex gezwungen zu haben. Gegen das Urteil könnten noch Rechtsmittel eingelegt werden.

Das Gericht sah es als erwiesen an, dass „der Angeklagte die Beschwerdeführerin abrupt packte, sie zu Boden warf, festhielt und vaginal in sie eindrang, obwohl sie nein gesagt hatte und gehen wollte“, stand in der Mitteilung des Gerichts. Das Opfer sagte aus, sie habe mit Alves getanzt und sei bereitwillig in die Toilette des Nachtclubs gegangen, aber als sie später gehen wollte, habe er sie nicht gelassen. Sie sagte, er habe sie gehohlet, beleidigt und sie gegen ihren Willen zu sexuellen Handlungen gezwungen.

Im Prozess hatte der ehemalige Weltklasse-Spieler vor zwei Wochen die Vorwürfe zurückgewiesen. Die sexuellen Handlungen seien mit Einwilligung der jungen Frau erfolgt. „Sie hat mir nicht gesagt, dass sie nicht wollte“, beteuerte Alves damals. „Wir haben es beide genossen.“ Er räumte aber vor drei Richtern ein, er sei in der betreffenden Nacht angetrunken gewesen. Bei den Ermittlungen hatte Alves zunächst noch jeden sexuellen Kontakt mit der damals 23 Jahre alten Frau geleugnet, wie die katalanische Justiz mitteilte. Dazu erklärte er dann vor Gericht, er habe am Anfang gelogen, um seine „Ehe zu retten“. „Ich habe gedacht, dass meine Frau mir nicht verzeihen würde.“

Die Staatsanwaltschaft hatte neun Jahre Haft und zudem 150.000 Euro Schadenersatz gefordert. Die Anwälte der Klägerin wollten den Fußballer für zwölf Jahre hinter Gitter schicken.

Die Frau, die Alves beschuldigt, war zum Auftakt des Prozesses unter Ausschluss der Öffentlichkeit vernommen worden. Bei dem dreitägigen Strafverfahren wurden zudem mehr als zwei Dutzend Zeugen und Sachverständige angehört. Sowohl zwei Begleiterinnen der jungen Frau als auch Polizisten, Ärzte und Mitarbeiter des Nachtclubs sagten aus, die junge Frau habe nach dem Vorfall „unter Schock“ gestanden.

Der 126-malige Nationalspieler der Seleção, der in Europa neben vielen Jahren beim FC Barcelona unter anderem auch für den FC Sevilla, Paris St. Germain und Juventus Turin spielte, war erst drei Wochen nach dem Vorfall – am 20. Januar vorigen Jahres – bei einem Besuch in Katalonien verhaftet worden. Bis zur Festnahme hatte er in Mexiko beim Klub UNAM Pumas gespielt. DW

neue Sportdirektor musste sich erst einmal einfinden. Die Führungsschwäche in den vergangenen Monaten hat zur aktuellen Situation beigetragen. Auch darüber müssen sich die Bayern Gedanken machen.“

Auch der frühere Bayern-Profi Thomas Helmer sieht die Gründe für die Niederlagen-Serie trotz der Trennung zum Saisonende nicht nur bei Tuchel. Ihm sei es „zu einfach, die Schuld für die Krise nur beim Trainer zu suchen“, schrieb der 58-Jährige in seiner „Kicker“-Kolumne. Auch die Spieler seien gefordert. „Es braucht Führungsspieler, von einer flachen Hierarchie halte ich nichts.“ Nationalspieler Joshua Kimmich sei „gern ein Sechser, ist für mich aber kein richtiger“, sagte Helmer. Der Ex-Profi hat in der aktuellen Situation „nicht den Eindruck, dass jeder Spieler alles für den maximalen Erfolg aus sich herausholt.“ Helmer sieht bei den Bayern augenblicklich keine funktionierende Achse. „Generell fehlen mir diese absolute Gier und Galligkeit, wie sie ein Franck Ribéry oder Arjen Robben ausgestrahlt haben.“ Die Mannschaft benötige „dringend einen Umbruch“ PK

Was der Rückzug von den Milliardenplänen bedeutet, wird sich im altherwürdigen Holstein-Stadion entscheiden. Dort trifft Kiel am Freitagabend (18.30 Uhr, Sky) im Spitzenspiel der Zweiten Liga auf den FC St. Pauli. Und dann wird sich erweisen, wie nachhaltig das Einknicken der Deutschen Fußball Liga (DFL) vor den wochenlang anhaltenden Fanprotesten in den Arenen hierzulande wirklich ist. Das Duell Zweiter gegen Erster ist das erste Profispiel seit Bekanntwerden des Scheiterns der Pläne für den Einstieg eines Investoren.

VON JENS BIERSCHWALE

In unfassbarer Hartnäckigkeit geworfene Tennisbälle, Klubchefs im Fadenkreuz auf Bannern in den Fankurven oder auch ein Vordringen in den Innenraum des Stadions – die Ultras der 36 Profivereine hatten ja einiges unternommen, um endlich mit ihrem Anliegen Gehör zu finden. Sie fürchteten durch den geplanten Einstieg eines Investors eine weitere Zersplitterung der Anstoßzeiten an den Spieltagen oder sogar Duelle fernab der Heimat im Ausland. Was einige europäische Ligen schon seit Jahren praktizieren, sollte in Deutschland in ihren Augen unbedingt verhindert werden.

Nachdem bereits in der vergangenen Woche in Blackstone einer von zwei zahlungswilligen Interessenten weitere Verhandlungen mit der DFL auch aufgrund der Proteste in den Stadien ablehnte und mit CVC so nur noch ein Kandidat übrigblieb, zog die Spitze der Deutschen Fußball Liga nun von sich aus die Reißleine. Am frühen Mittwochabend verkündete sie das Aus für das Projekt. „Eine erfolgreiche Fortführung des Prozesses scheint in Anbetracht der aktuellen Entwicklungen nicht mehr möglich. Auch wenn es eine große Mehrheit für die unternehmerische Notwendigkeit der strategischen Partnerschaft gibt“, erklärte der DFL-Aufsichtsratsvorsitzende Hans-Joachim Watzke, der auch Geschäftsführer von Borussia Dortmund ist.

Ob damit auch Ruhe herrscht und die Profis auf dem Feld wieder ohne für

# „Keine zentrale Orchestrierung“

Die Ultras protestieren mit Erfolg gegen den Investoren-Einstieg in den deutschen Profifußball. Aber ist nun wirklich Schluss mit Tennisbällen und Rauchbomben? Selbst ein Fanvertreter ist skeptisch



Die Macht der Ultras: Nach massiven Protesten wie hier im Berliner Olympiastadion ist die DFL eingeknickt

sie recht enervierende Unterbrechungen ihrem Job nachgehen können, ist aber ungewiss. Selbst Thomas Kessen mochte darüber keine Garantie abgeben: Das „eine oder andere lustige Plakat“ werde man am Wochenende bestimmt sehen, sagte der Sprecher des Fan-Dachverbandes „Unsere Kurve“ der Deutschen Presse-Agentur. Von weiteren provozierten Unterbrechungen von teils über 30 Minuten geht Kessen aber nicht aus: „Ich wäre zumindest sehr überrascht, wenn das jetzt noch jemand macht“, erklärte er.

„Dieser Protest wurde lokal sehr individuell gestaltet, wurde vorangetrieben, und es gab nicht die zentrale Orchestrierung – dementsprechend gibt es auch keine zentrale Orchestrierung, wie man das jetzt feiert.“

Immerhin aber ist aus Kessens Stellungnahme abzulesen, dass die Fanszene durchaus Grund zum Feiern besitzt. Vor gut einem Jahr hatte die DFL ihre Pläne bekanntgegeben, wonach sie 12,5 Prozent der Anteile an einer neu zu gründenden Tochtergesellschaft für 20 Jahre verkaufen wollte. Dorthin sollten

Medienrechte ausgelagert werden, ein Investor sollte für seinen Einstieg zwei Milliarden Euro zahlen. Die Hoheit der 36 Profiklubs sollte aber unangetastet bleiben, so die höchste deutsche Vertretung der jeweils 18 Erst- und Zweitligisten seinerzeit.

Nach dem Bekanntwerden der Pläne gab es bereits Proteste der Fans, bei der Mitgliederversammlung am 24. Mai verfehlten die Pläne die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit unter den Vereinen. Das Projekt schien damit erledigt zu sein. Doch im September folgte eine

Neuaufgabe: In einer abgespeckten Form sollte ein möglicher Investor „nur“ noch eine Milliarde Euro für eine kleinere Beteiligung an den Rechten zahlen. In einer geheimen Wahl votierten am 11. Dezember 24 der 36 Klubs – also genau die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit – für eine Umsetzung der Pläne. Bis zum heutigen Tage offen ist aber, ob Hannovers Geschäftsführer Martin Kind entgegen der Anweisung des Muttervereins mit Ja gestimmt hat.

Auch wegen seiner fragwürdigen Vorgehensweise gingen die Fans danach auf

die Barrikaden. Teils standen Spiele wegen mehr als halbstündiger Unterbrechungen wie in Berliner Olympiastadion bei der Partie Hertha gegen den HSV sogar vor dem Abbruch. Nun steht die Ultra-Szene zumindest als vorläufiger Sieger da. Denn ob tatsächlich in den nächsten Jahren nicht Anlauf Nummer drei durch die DFL erfolgt, ist keinesfalls gesichert.

In ersten Stellungnahmen begrüßten auch einige Vereinsvertreter den Stopp der Verhandlungen mit CVC. Der Geschäftsführer des 1. FC Union, Oliver Runert, sagte am Donnerstag im rbb24 Inforadio, die Entscheidung sei „dringend notwendig“ gewesen. „Das Produkt Fußball zu vermarkten, auch im Ausland, auch dieses Wirtschaftsprodukt Fußball, wo ja viel dranhängt, auch am Ende für die Vereine attraktiv zu gestalten, ist glaube ich etwas, was nicht mal das Entscheidendste ist, was hier kritisiert wird“, so Runert. „Ich glaube, hier geht es wirklich darum, dass man intransparent gehandelt hat, hier geht es darum, dass Menschen den Eindruck haben, dass man eben sie nicht mitgenommen hat und dass man ein Votum herbeigeführt hat, was am Ende eben nicht demokratisch gewesen ist.“

Auch andernorts gab es Zustimmung für die Entscheidung der DFL. „In der aktuellen Situation ist das für mich die richtige Entscheidung. Das gesamte System war durch die Spielunterbrechungen in den letzten Wochen gefährdet“, erklärte Werder Bremens Geschäftsführer Klaus Filby. Augsburgs Geschäftsführer Michael Ströll sagte: „Den Entschluss hat man sicher nicht leichtfertig getroffen, aber wir sind überzeugt, dass er unter Abwägung aller Umstände in der aktuellen Situation richtig und zielführend ist.“ Und Oke Göttlich, Mitglied des DFL-Präsidiums und Präsident von Zweitliga-Tabellenführer St. Pauli, forderte, die Skepsis vieler Fans vor Investoren-Modellen ernstzunehmen. Auch Proteste gehörten zu demokratischen Entscheidungen. Göttlich lobte auch die Proteste der eigenen Anhänger: „Wir haben am Millerntor friedliche und kreative Meinungsäußerungen erlebt. Dies hat sehr geholfen, im Sinne der Glaubwürdigkeit des Volkssports Fußballs, auch innerhalb der DFL zu agieren.“

ANZEIGE



# Gewinnen Sie ein Comic-Abo von SWOOSH

**Entdecken Sie die Welt der Comics und sichern Sie sich ein kostenloses SWOOSH-Abo für 6 Monate. Exklusiv im WELT Club werden 50 Abos verlost.**

SWOOSH ist die deutschlandweit erste „All you can read“-Comic-App. Mit über 1.000 Comictiteln und wöchentlich neu hinzukommenden Ausgaben ist bei SWOOSH für jeden etwas dabei – ob für große oder kleine Comic-Fans. Entdecken Sie die Comics Ihrer Kindheit wie Lucky Luke, das Lustige Taschenbuch oder Superman und haben Sie Ihre Lieblingscomics immer bequem mit der App auf dem Handy oder Tablet dabei.



Jetzt teilnehmen unter [welt.de/club/vorteile](http://welt.de/club/vorteile)

**Noch nicht freigeschaltet?** Nutzen Sie alle digitalen Vorteile von WELT. Als Abonnent von WELT und WELT AM SONNTAG erhalten Sie alle digitalen Vorteile von WELT ohne Zusatzkosten. Schalten Sie sich direkt frei unter [welt.de/freischalten](http://welt.de/freischalten).



Das große „antirassistische“ Reinemachen hat nun auch einen Klassiker des Antirassismus erreicht. Michael Endes „Jim Knopf“-Bücher – das einzigartige Beispiel von Jugendliteratur der frühen Bundesrepublik, deren Held ein Schwarzer ist – wird an vielen Stellen sprachlich geändert und der Sensibilität heutiger erwachsener Leser angepasst.

VON MATTHIAS HEINE

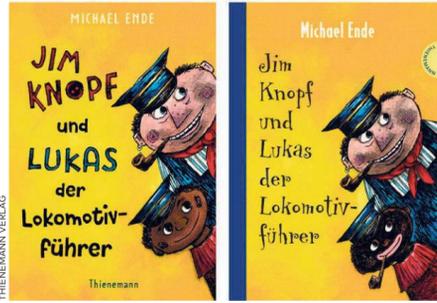
Die Änderungen, die der Thienemann-Esslinger Verlag am Donnerstag zeitgleich zur Veröffentlichung der Neuausgaben bekannt gab, betreffen nicht mehr nur einzelne marginale Wörter – wie 2011, als der Verlag Oetinger den „Negerkönig“ bei Pippi Langstrumpf zum Südseekönig umdeutete oder 2013 als in Otfried Preußlers „Die kleine Hexe“ (ebenfalls bei Thienemann-Esslinger) aus den „Negerlein“ in einer Faschingsszene „Messerwerfer“ wurden. Sie sind vielmehr vielfältig und greifen in die poetische Struktur des Buches ein.

Künftig wird beispielsweise Herr Ärmel bei der Ankunft von Jim Knopf in einem Postpaket nicht mehr sagen: „Das dürfte vermutlich ein kleiner Neger sein“, sondern er wird nur noch feststellen: „Das ist aber eine ganz ungewöhnliche Postsendung.“ Das dürfte angesichts des gewaltigen Tabus, das mittlerweile das Wort Neger umgibt – egal, in welchen Zusammenhang – vermutlich die unumstrittenste Änderung sein. Doch Ende hatte gute literarische Gründe, das Wort hier einer Figur in den Mund zu legen. Herr Ärmel wird damit als etwas beschränkt-provinziell gekennzeichnet, was noch durch den Nachsatz des Erzählers „und machte ein sehr gescheites Gesicht“ unterstrichen wird.

Eine ganz grundlegende Motivkette wird auch beschädigt, wenn Jim jetzt da, wo es „für die Handlung nicht relevant ist“ (so der Verlag) nicht mehr als „schwarz“ bezeichnet wird. Damit unterstellt man nicht nur Michael Ende, er habe sich keine Gedanken darüber gemacht, was relevant ist und was nicht. Der Eingriff unterhöhlt auch die Gleichsetzung von Jim und Lukas als Außenseiter auf der Insel. Ihre spontane Sympathie beruht auch darauf, dass sie beide dunkle Gesichter haben – Jim von Natur aus und Lukas vom Ruß seiner Lokomotive.

# DIE AKTE JIM KNOPF

Der Held der „Jim Knopf“-Bücher von Michael Ende ist ein schwarzer Junge. Doch heute sieht mancher darin Rassismus. Nun bringt der Verlag eine bereinigte Fassung heraus. Wie tiefgreifend die Änderungen wirklich sind, zeigt ein genauer Vergleich



Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer, neue (l.) und alte Ausgabe, Thienemann Verlag

Das ist nicht einfach ein plumper Scherz, sondern stellt in einer nahezu marxistischen Geschichts- und Gesellschaftsinterpretation die Angehörigen der nicht-europäischen „Rassen“ mit dem Weltproletariat in einen Solidaritätszusammenhang. Denn Lukas verkörpert im Mikrokosmos der Insel Lumperland das Proletariat, so wie der Herr Ärmel mit seinem steifen Hut und dem Regenschirm das gehobene Bürgertum, die Ladenbesitzerin Frau Waas das Kleinbürgertum und König Alfons der Viertel-vor-Zwölfte selbstverständlich den Adel. Jene Kennzeichnung als positiv stigmatisierte wird zumindest ver-

dunkelt – kein Kalauer beabsichtigt –, wenn man das Adjektiv „schwarz“ jetzt an vielen Stellen streicht.

Noch mehr zur Ent-Historisierung eines Buches, das 1960 kaum verhüllt den gerade 15 Jahre zurückliegenden Nationalsozialismus und seine Rassenlehre spiegelt, trägt die Streichung des Begriffs „reinerassig“ in Bezug auf den Halbdrachen Nepomuk bei. Künftig soll das Wort zwar nicht vollständig verschwinden, aber doch seltener im Buch auftauchen, meist nur noch in wörtlicher Rede der Figuren. Dabei hat Ende hier sehr gezielt einen Begriff gebraucht, der in der NS-Rassenhierarchie



über Tod und Leben entscheiden konnte. Der Halbdrache wird von den rasselstolzen Ganzdrachen ausgeschlossen, weil seine Mutter ein Nilpferd war – so wie „Mischlinge“ im Nazi-Reich als minderwertig abgestempelt wurden.

Die ganze Anspielung hat 1960 noch jeder Leser verstanden. Nun wird sie verunklart ausgerechnet in einer Zeit, in der man auf die Streichung des Wortes „Rasse“ im Grundgesetz verzichtet hat. Das geschah, weil der Zentralrat der Juden die Politik daran erinnern musste, dass dieser Begriff von den Grundgesetz-Gebern ganz bewusst gewählt wurde, um an den Massenmord

aus rassistischen Gründen zu erinnern und eine Verfolgung von – um Endes Begriff aufzugreifen – nicht „reinerassigen“ Menschen künftig zu verhindern.

Weitere Änderungen betreffen die ebenfalls heute hoch aufgeladenen Wörter Indianer und Eskimo. Sie beide verschwinden ganz. Im Falle von Indianer ist das besonders übervorsichtig, weil erstens kaum Indianerkinder beim Vorlesen des Buches den Begriff aus sich beziehen könnten und zweitens das Wort bei den amerikanischen Ureinwohnern keineswegs als rassistisch gilt. Man betrachtet es als falsch, denn die Indigenen sind keine Inder (Indian be-

deutet im Englischen beides), und als altmodisch, aber es hat nicht den Empörungswert von negro oder gar nigger. Und in vielen Bezeichnungen von Reservationen und Organisationen der Indigenen wird es noch verwendet.

Dagegen wird Eskimo von den so bezeichneten Menschen tatsächlich als abwertend angesehen. Angeblich weil es in der Algonkinsprache, aus der es stammt, „Rohfleischesser“ bedeutet, was mittlerweile widerlegt ist. Richtig ist, dass es sich bei beiden Wörtern um „Fremdbezeichnungen“ handelt, wie Endes Verlag betont. Aber wenn das schon ein Grund wäre, Wörter zu elimi-

Table with TV and radio program listings for various channels including ARD, ZDF, SAT.1, RTL, 3SAT, ARTE, PRO SIEBEN, KABEL 1, NDR, ZDF INFO, MDR, WDR, HR, BR, SWR, and VOX. Each entry includes time, channel, and program title.



Henning Baum als Lukas (l.) und Solomon Gordon als Jim im Ende-Film

Das ist gegenläufig zum zeitgeistigen Trend in vergleichbaren Publikationen: Kleopatras ist etwa heute in den „Astrix“-Comics dunkelhäutiger als früher. Bemüht, aber nicht gravierend sind die Stellen, an denen man sich jetzt um Geschlechtsneutralität bemüht: Angesprochen wird vom Erzähler nicht mehr der „Leser“, sondern die „Leserschaft“.

Eingriffe dieser Art in den Originaltext von Büchern für Kinder und Jugendliche sind nicht neu und keine Erfindung der „woken Cancel Culture“. Meist hatten sie ganz marktwirtschaftliche Gründe: Man bemühte sich, Bücher, die alt geworden waren, den Lesegewohnheiten und den sprachlichen Kompetenzen gegenwärtiger Kinder anzupassen.

Berühmte Bücher sind in Deutschland sogar nie in der Fassung angekommen, in der ihre Autoren sie geschrieben haben: Bei Astrid Lindgrens „Madi-

ta“-Erzählungen wurden für alle Erwähnungen des Ersten Weltkriegs gestrichen, als die Bücher in den 1960er- und 1970er-Jahren bei uns erschienen.

Meist geschieht das unbeachtet und ohne große Aufregung. Problematisch wird es erst dann, wenn Kinderbücher in den Kanon literarischer Klassiker aufsteigen, den zumindest Erwachsene integral und unverändert bewahren wollen – was für Endes Bücher ganz sicher gilt.

Neu ist an Bearbeitungen wie der aktuellen von „Jim Knopf“ nun, dass sie sich weniger an den Bedürfnissen von Kindern orientieren, sondern an denen von Eltern. Das kann für Jugendliteratur tödlich sein. Denn wirklich große Werke für Kinder sind oft gegen die Erwartungen von Eltern geschrieben worden.

Aus der gleichen Furchtsamkeit heraus, fürchten junge Mütter und Väter heute offenbar, ihre Sprösslinge könnten nach der Lektüre von Michael Endes Buch deren Freunde in „Reinrassige“ und „nicht Reinrassige“ einteilen, während sie sich bei dieser Selektion eine Pfeife nach der anderen anstecken.

Für jüngere Eltern, die sich das immer noch zutrauen, und für die Klassikerbibliotheken hält der Thienemann-Esslinger Verlag übrigens auch weiterhin die unveränderten „Jim Knopf“-Originalausgaben mit den ursprünglichen Schwarzweißzeichnungen im Sortiment.

Wie oft haben wir das in den vergangenen Jahren gelesen: Die letzte große Filmdiva des amerikanischen, italienischen oder deutschen Kinos ist tot. Nur vom französischen Kino konnte man das nie sagen. Da schienen diese Damen ewig zu leben.

In Deutschland verbindet sich der Name dieser Schauspielerin, die am 22. August 1922 in Paris geboren wurde, vor allem mit einem Film. Der kam 1947 heraus und wurde allein schon durch den deutschen Verleihtitel „Stürmische Jugend“ zum Fanal.

Es geht in „Stürmische Jugend“ nämlich, mitten im Ersten Weltkrieg, um eine junge Frau, die ihren Verlobten, bald auch schon Ehemann, der „im Felde steht“ und „für das Vaterland seinen Kopf hinhält“, wie man damals sagte, mit einem anderen betrügt.

Das verstand man nach 1945 als Hommage an die Macht der Gefühle, die über gesellschaftliche Konvention und Staatsräson den Sieg davonträgt. Man konnte diese Losung auch als Kommentar zum jüngst vergangenen Krieg lesen, in dem es ja auch viele unerhörte, unerlaubte Beziehungen gegeben hatte, und diejenigen, die man als „Einverständnis mit dem Feind“, also den deutschen Besatzern, interpretieren konnte, waren während der „Säuberungen“ nach der Befreiung Frankreichs grausam bestraft worden.

# Die Diva unserer Träume

Micheline Presle, die letzte der französischen Filmdiven, die noch aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg in unsere Gegenwart hineinreichten, ist nun auch tot. Sie wurde 101 Jahre alt



Micheline Presle (1922 bis 2024) in Jean Negulescos „Under my Skin“

chen Bilder von Französisinnen, die mit geschorenen Haaren, bespuckt und geprügelt, durch die Strafen ihrer Heimatstädte getrieben wurden.

Diese indirekte Aktualität des mit viel Leidenschaft und jugendlichem Furor daherkommenden Films ließ die Menschen gern darüber hinwegsehen, dass Gérard Philippe für einen minderjährigen Schüler eigentlich zu erwachsen aussah, vor allem aber, dass Micheline Presle keineswegs älter wirkte als ihr Liebhaber. Was zählte, war die Lebensfreude, die sich hier aussprach, und sie machten die beiden Protagonisten denn auch zu einem sogenannten Traumpaar jener Jahre, nicht nur in Frankreich, sondern in ganz Europa.

Auch Hollywood horchte auf. Micheline Presle bekam einen Filmvertrag in Amerika, drehte dort sogar mit Fritz Lang einen politischen Film, an der Seite des damaligen Superstars Tyrone Power („American Guerilla in the Philippines“), doch so richtig durchschlagend war ihr Erfolg nicht in der Neuen Welt. Wie schon bei Michèle Morgan oder Danielle Darrieux blieb es bei einem kurzen amerikanischen Intermezzo – sowie einer gewissen Reserve seitens des französischen Publikums, das solche Eskapaden übernahm.

Auch die großen Regisseure schienen sich von der Heimkehrerin abzuwenden. Und diese, die vor und während des Krieges mit Filmemachern wie Abel Gance, Marcel L'Herbier und Jacques Becker gearbeitet hatte, musste sich bald mit Nebenrollen begnügen – immerhin allerdings bei Jacques Demy, Claude Chabrol, Alain Resnais.

In den 1960er-Jahren kam sie allerdings wieder ganz groß raus: nun als Familienmutter in der Serie „Eine französische Ehe“ („Les saintes chéries“), die von 1965 bis 1971 lief. Und man kann wunderbar den Unterschied zwischen französischer und deutscher Weiblichkeit in jener Zeit erkennen, wenn man sich vor Augen hält, dass Micheline Presle nun gewissermaßen das Pendant zu Inge Meysel wurde, die zeitgleich in der Serie „Die Unverbesserlichen“ ein burschikoses Muttertier verkörperte, ohne jenen Hauch von Erotik, den die Presle auch als Madame Mère immer verströmte.

Und dabei blieb es. Micheline Presle, die bis in die 2010er-Jahre zumindest in Frankreich auf der Leinwand zu sehen war, hat geschmeidig immer rechtzeitig das Fach gewechselt, ohne ihren Charme und ihre Attraktivität zu vernachlässigen. Sie war von der „stürmischen Jugend“ zur modernen Emanzipierten geworden, danach zur Grande Dame, schließlich zur lebenden Legende, die in der Hauptsache sich selbst darstellte: Micheline Presle, die letzte Lebende aus der großen Zeit des französischen Kinos, als dieses noch die ganze Welt verzaubert hat.

Diese Zeit, wer wüsste es nicht, ist lange vorbei. Aber die großen Diven, die es verkörpert haben, sie werden ewig leben, in unserem Gedächtnis, in unseren Träumen. Sie werden weiter unsere Vorstellung von Schönheit, Eleganz, Grazie und Anmut prägen. Und dankbar verneigen wir uns vor ihnen. Sie haben uns reich beschenkt. Wie schön, dass wir ihre Zeitgenossen gewesen sind.

nieren, müssten die Deutschen den Franzosen, Engländern oder den Sprechern slawischer Sprachen untersagen, uns weiterhin Alemannen, Germanen und Stumme zu nennen.

Wenn Eskimo nun durch Inuit ersetzt wird, gibt es auch noch das kleine Problem, dass keineswegs alle Menschen, die man bisher Eskimos nannte, Inuit sind. Dieser Name passt eigentlich nur auf die Gruppen in Kanada und Westgrönland, die sich selbst Inuiteskimo nennen. Die Yupik und Inupiat in Alaska und Sibirien verwenden sie nicht für sich.

Weniger problematisch sind andere Änderungen. Die Tatsache, dass Jim

# RÄTSEL UND SUDOKU

VON STEFAN HEINE

A large crossword puzzle grid with clues in German. The clues include: Kennzeichnung, kleines altröm. Militärlager, Kapitalertrag, vorderer Teil des Halses, Ortsbestimmung, Viehfutter, Notlage, engl. Männerkurzname, exakt, Fluss durch Gerona (Span.), Glückseligkeit, Ort der Getreidebearbeitung, Holzraummaß, Zuckersorte, griechischer Hirten-gott, ein Nadelbaum, englische Schulstadt, Hochschullehrer (Kw.), Berührung, aktiv, rege, 11, Hinterhalt, gebündelter Lichtstrahl, Anzeichen für eine Straftat, proben, Fremdwortteil: eigen, sonder, Freizeit-anlage, Zeile, Strophe u. Gedicht, ergänzendes Gegenstück, islamischer Name für Gott, Baumfrucht, dicker imprägnierter Wollstoff, german. Göttergeschlecht, ein Asiat, Augenschließ-falten, Kurzmit-teilung (Kw.), Frucht-faser-masse, nicht laut, bauliche Veränderung, Verbrechen, Westerschau-spieler † (John), Indischer Ozean, Schmerz mindern, Staudämme, Vorname der Röck, sittliche Haltung, Anstand, Halbtton unter G, gegerbte Tierhaut, Rückenstütze am Sitz, nach oben, Wahr-nehmungs-organe, 5, alter Name des Juli, Frage nach dem Werkzeug, arab.: Vater (bei Namen), 2, binär, Schiffszubehör, Rauch-abzug, Fremdwortteil: Laut..., Flüssigkeits-maß, Berg in Baden, alter Klavier-jazz (Kw.), 6, techn. Empf.-fangs-gerät, einen Motor frisieren, enthält-samer Mensch, weniger, ab-zuglich, Massen-angst, winzig gelockt, Erdzeit-alter, Obstzeit-alter, Verschlag, englisch: Nacht, hart-näckig, ver-bissen, Duplikate, Binde-gewebs-strang, Teil einer Zeitung, Vorname von Delon, Figur in ‚Porgy und Bess‘, Dorf-wiese, von eigen-artigem Reiz, europ. Affenart (Gibralt-ar), Schönl-ing (franz.), langer Stoff-streifen, Speise-fisch, Rhein-zufluss in Baden-Württ., Kehr-gerät, an Stelle von, Winkel-funktion, Winkel-funktion, König von Theben, Erd-zeitalter, 2, Singular, 10, französische Ver-vereinigung, Wohn-raum, 3, End-spurt (engl.), ein-fetten, irische Haupt-stadt, Kurort an der Lahn (Bad...), Burg an der Mosel, 9, Nacht-falter, französischer Name der Saar, Reizstoff im Tee (chem.), Party, roh, grob, spanische Anrede: Herr, Acker-gerät, ein christliches Fest, dan. Film-komiker † Fürwort (3. Fall), türk. Groß-grund-herr, aufge-hängtes Bild (engl.), Tempo bei Pferde-rennen, wilde Acker-pflanze, Maß der Ge-schwin-digkeit, Hochschule (Kw.), 8, Parterre, franz. unbest. Artikel, Auspuff-ausstoß, 4, Wind-richtung, chinesische Kaiser-dynastie, Völker-gruppe, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11

6x6 grid with numbers: 5, 2, 4, 6, 7, 3, 1, 2, 6, 7, 2, 1, 4, 6

6x6 grid with numbers: 2, 8, 6, 9, 6, 4, 7, 2, 1, 3, 5, 7, 7, 9, 4, 3, 6, 5, 7, 1, 8, 8, 8, 4, 8

Two 8x8 Sudoku grids with numbers and empty cells.

Für kurze Zeit stand am Mittwoch der Entwurf des künftigen „Rahmenkonzepts Erinnerungskultur“ der Abteilung der „Beauftragten für Kultur und Medien“ im Kanzleramt (BKM) online, also des Bereichs der Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne). Bald war der Text von der Seite der Behörde wieder verschwunden. WELT liegt das auf den 1. Februar 2024 datierte Papier vor. Auf Anfrage teilte das BKM mit, der Entwurf solle „zunächst mit wichtigen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Akteuren diskutiert“ werden, denen er auch zur Verfügung gestellt werde: „Es ist ein Arbeitsdokument, das nun auf der Basis dieses Diskussionsprozesses weiterentwickelt wird. Deshalb wurde die Entscheidung getroffen, dass nicht ein immer wieder aktualisiertes Dokument auf die Website gestellt wird.“

VON SVEN FELIX KELLERHOFF

Das „Rahmenkonzept“ soll die im Koalitionsvertrag der Ampel vorgesehene „Aktualisierung“ des „Gedenkstättenkonzeptes des Bundes“ von 1999 leisten, das zuletzt 2008 umfassend „fortgeschrieben“ und erweitert wurde. Roth versprach im Bundestag dazu im Juli 2022: „Um eine vielschichtige, von der Zivilgesellschaft getragene und in die Zukunft gerichtete Erinnerungskultur zu schaffen, werden wir – aufbauend auf bestehenden Förderrichtlinien wie der Gedenkstättenkonzeption – bisherige Formen und Praktiken der Erinnerung und der Vermittlung neu justieren, um auf diese Weise den geänderten gesellschaftlichen Realitäten gerecht zu werden.“

Nun liegt also ein Zwischenergebnis vor, das ausdrücklich noch nicht als die Grundlage der Diskussion verstanden werden soll. Erst im Sommer 2024 will die Abteilung ihre Vorstellungen im Bundestag vorlegen. Roth gewährte deswegen zuletzt nur kleine Einblicke in einem Gastbeitrag für den Berliner „Tagesspiegel“ – knapp eine Woche vor dem bewussten oder unbewussten Leak. Teile des Artikels bezogen sich tatsächlich auf die Einleitung des Papiers. Doch die Pläne im Dokument reichen wesentlich weiter, zeichnen ein Gesamtbild, das Diskussionen auslösen dürfte.

Worum geht es? Um den Umgang mit der vielfach gebrochenen Vergangenheit. Bemerkenswert an dem Entwurf sind daher die Umwertungen und Erweiterungen gegenüber der geltenden Konzeption. NS-Verbrechen und Holocaust sollen künftig wie bisher „eine einzigartige Rolle in der deutschen Erinnerungskultur“ einnehmen. Auch die „Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR“ bleibe ein „weiterer wesentlicher Bestandteil unserer Erinnerungskultur“.

So weit, so erwartbar. Doch der nächste Satz in der Einleitung lässt aufhorchen: „Die Erinnerung an das deutsche Kolonial-Unrechtssystem und dessen Aufarbeitung bildet eine notwendige neue erinnerungskulturelle Aufgabe.“ Zwar ist auch das unzweifelhaft ein wichtiges Thema, aber doch ganz offensichtlich von bedeutend geringerer Relevanz als die Zäsur des Nationalsozialismus und die 44-jährige Diktatur in einem knappen Drittel Deutschlands.

Fast genauso wichtig ist den Autoren des Papiers (das zum Teil in der ersten Person Singular, öfter aber im Pluralis Majestatis formuliert ist) die „Geschichtsvermittlung der und in die Einwanderungsgesellschaft“. Deutschland sei ein Einwanderungsland auch für „außereuropäische Einwanderinnen und Einwanderer“, weshalb „die europäische und internationale Einwanderungsgeschichte unseres Landes“ Teil einer „aktuellen Erinnerungskultur werden“ solle.

Damit ist der Rahmen abgesteckt: Das Gedenken an die Opfer der NS-Zeit soll auch laut diesem Diskussionspapier im Mittelpunkt stehen. Gleichzeitig aber wird der Phase des Kolonialis-



PICTURE ALLIANCE/ALEXANDER SCHUMANN

## Der ZWEIFELHAFTE Weg der Claudia Roth

Plant die Kulturstaatsministerin eine Wende in der deutschen Erinnerungskultur? Ein Entwurf aus ihrem Haus deutet eine befremdliche Verschiebung an

mus eine bedeutende Rolle zugewiesen – obwohl Inkompatibilitäten durch die seit einigen Jahren stattfindende Relativierung im sogenannten postkolonialen Diskurs sogar klar benannt werden: „Schablonenhaft beschrieben scheinen sich einerseits die anti-antisemitische narrative Verknüpfung von Holocaust und dem Existenzrecht Israels sowie andererseits die antirassistische Verknüpfung historischer Kolonialverbrechen und ihrer gegenwärtigen neokolonialen Kontinuitäten gegenüber zu stehen.“

Nach Ansicht der Kulturstaatsministerin ist die besondere, historisch bedingte Verbindung zwischen der Bundesrepublik und dem Staat Israel also lediglich eine „narrative Verknüpfung“. Man muss nicht das – in der Formulierung ebenfalls fragwürdige – Bekenntnis von Angela Merkel in der Knesset 2008 zitieren: „Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes“, um zu erkennen: Hier hat sich etwas verschoben. Angesichts dessen überrascht das Desaster mit Ansage rund um die teils massiv antisemitische Kunstschau „documenta 15“ in Kassel 2022 nicht mehr wirklich.

Beinahe neokolonialistisch wirkt es, wenn der Entwurf lustvoll Verantwortung übernimmt für heutige Probleme Afrikas: „Die damaligen Ereignisse und Erfahrungen beeinflussen bis heute

die politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse in den ehemals kolonisierten Gebieten und deren Beziehungen zu den ehemaligen Kolonialmächten“, heißt es dort: „Dies tritt in den unterschiedlichsten Bereichen zutage und zeigt sich etwa in willkürlichen Gebietsaufteilungen, instabilen Regierungen, ethnischen Konflikten, Flucht und Migration, wirtschaftlicher Abhängigkeit der ehemaligen Kolonien bis hin zu Ausbeutung, Diskriminierung, Chancen- und Entwicklungsungleichheit sowie Rassismus.“

Das ist ahistorisch. Denn auch vor der Ankunft der ersten Kolonialisten auf afrikanischem Boden im Zuge der europäischen Expansion war der „schwarze Kontinent“ kein Paradies „edler Wilder“, sondern bestimmt von Stammes- und sonstigen Konflikten sowie von arabischem Erberbern (die sehr oft Sklavenhändler waren).

Geradezu skurril wirkt eine Passage in dem BKM-Papier, die sich mit dem Thema Kolonialismus in der „politischen Bildungsarbeit“ beschäftigt. Es gehe „auch“ darum, „Kenntnisse über die Weltbilder, Ontologien, spirituellen und religiösen Erzählungen der Partnergesellschaften zu fördern und zu vermitteln“. Unter Partnergesellschaften werden die Menschen verstanden, die heute in den ehemals deutschen Kolonien leben. Sollen also demnächst Details afrikanischer

Naturreligionen Gegenstand des Schulunterrichts in Deutschland sein?

Das im Entwurf so über die Maßen prominente Thema Kolonialismus und – untrennbar damit verknüpft – Einwanderungsgesellschaft ist nur einer der Punkte, die staunen lassen. Erwartbar war natürlich das weitgehende Gendern im Text (interessanterweise außer bei der Formulierung „weiße koloniale Täter“, als ob es in den Kolonien keine deutschen Frauen gegeben habe); allein deshalb dürfte dieser Text bei einem Großteil des Publikums auf Ablehnung stoßen.

Ebenfalls nicht wirklich überraschend ist, dass im Roth-Papier eine längst überholte Ansicht vertreten wird: „Die Konfrontation der älteren Generation mit ihrer schuldhaften Vergangenheit und ihrer Verantwortung für die Verbrechen des NS-Systems gehört zu den Errungenschaften der 68er.“ Tatsächlich folgte dem oberflächlichen Umgang der Studentebewegung das Jahrzehnt in der Geschichte der Bundesrepublik, in dem es am wenigsten Umgang mit der NS-Zeit gab, weniger als selbst in den 1950ern.

Bemerkenswert ist hingegen die Feststellung, der mörderische Amoklauf gegen den Rechtsstaat seit 1969/70 sei von „sich als ‚links‘ verstehenden terroristischen Gruppen wie der RAF oder der Bewegung 2. Juni“ verantwortet wor-

den. In der Abteilung BKM scheint man das Bekenntnis von Baader, Meinhof, Ensslin, Mohnhaupt, Klar und anderen zum Anarchismus und zum „Volkskrieg“ (Andreas Baader im Januar 1972) nicht als „links“ zu verstehen.

Da verwundert es dann auch nicht mehr, dass in dem Entwurf zwar ein „Erinnerungsort und ein Dokumentationszentrum für die Opfer des NSU“ angesprochen wird (wofür es gute Gründe gibt), nicht aber eine entsprechende Einrichtung für die Opfer des eben doch linken, nämlich linksextremen Terrors von RAF und Bewegung 2. Juni. Auch hätte man wohl erwartet, ein Wort zum Umgang mit der 1977 von Palästinensern entführten Lufthansa-Boeing „Landshut“ zu lesen. Fehlanzeige.

Zur künftigen Erinnerung an die nach dem Nationalsozialismus zweite Diktatur in Deutschland (wenn auch „nur“ über die vormalige Sowjetische Besatzungszone) heißt es, die „Diktaturerfahrungen der Älteren“ im Zusammenhang mit der DDR sollten „zunehmend differenziert eingeordnet werden“. Es gehe bei der Erinnerung an die DDR auch um „Alltagsgeschichte wie Wohnen und Freizeit“ oder „Themen des Wirtschafts- und Erwerbslebens in der DDR“. Das kann man natürlich anstreben, aber müsste man dann nicht konsequenterweise auch beim gesellschaftlichen Umgang mit

Staatsministerin Claudia Roth (Grüne) im ehemaligen KZ Buchenwald

dem Dritten Reich Themen wie die Urlaubersorganisation „Kraft durch Freude“ behandeln? Oder gleich die Reichsautobahnen? Es ist ein gefährlicher Weg, den das Papier, das ja die Erinnerungskultur in der Breite der Gesellschaft prägen soll und nicht die zeithistorische Forschung im Detail, da andeutet: Nebensächlichkeiten sollen die Hauptsache, die Repression, „differenzieren“.

Überhaupt – die Forschung: Viel ist in dem Konzept die Rede von Gedenkstätten, wenig hingegen von den historischen Museen. Das mag man noch als synonym sehen (wenngleich es nicht stimmt). Aber auch die universitäre Forschung kommt praktisch nicht vor. Fortschritte im Geschichtsverständnis gehen den Autoren zufolge offenbar meist auf „Graswurzelinitiativen“ zurück oder wurden „aus der Zivilgesellschaft heraus erkämpft“. Das Bundesarchiv als historisches Gedächtnis Deutschlands wird nur zweimal kurz erwähnt – im Hinblick auf die dort integrierten Bestände des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit und der Deutschen Dienststelle, die für Personalunterlagen der Wehrmacht zuständig war.

Stattdessen gibt es gewagte Gleichsetzungen zwischen der demokratischen Bundesrepublik und der diktatorischen DDR. So heißt es: „Fern nahmen beide deutsche Staaten von Anfang an Menschen auf, die aus politischen Gründen ihre Heimatländer verlassen mussten.“ Doch die Asylpraxis der Bundesrepublik hatte praktisch nichts gemein mit der nahezu ausschließlich auf kommunistische Aktivisten zielenden Unterstützung im SED-Staat.

Ähnlich befremdet die Parallelisierung der „Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter“, die seit 1960 nach Westdeutschland kamen und hier – bei allen Schwierigkeiten – doch selbstbestimmt leben konnten, mit den „Vertragsarbeiterinnen und -arbeitern“ der DDR. Zwar erwähnt der Entwurf die „staatlich organisierte Ausgrenzung über das Verbot des Familiennachzugs bis hin zur Ausweisung von Frauen im Fall einer Schwangerschaft“, schließt den entsprechenden Absatz aber dennoch: „Auch für diese, insbesondere aus afrikanischen Staaten, aus Vietnam oder aus Kuba stammenden Menschen war die Realität oftmals geprägt von Diskriminierung und Ausbeutung.“ Das „auch“ bedeutet: wie bei Gastarbeitern im Westen. Das ist kein – immer zulässiger – Vergleich, sondern eine Gleichsetzung – also das, was Geschichtsstudenten schon im Proseminar unbedingt zu vermeiden lernen.

### DAS WAR DIE WOCHE

DIRK SCHÜMER



## Der Ukrainekrieg ist längst in Mitteleuropa angekommen

Wird es in Moskau jemals einen Alexej-Nawalny-Park geben? Oder gar einen Flughafen, der nach dem in dieser Woche unter ungeklärten Umständen gestorbenen russischen Widerstandskämpfer benannt wurde? Wenn, wie in solchen Fällen üblich, die erste Trauer und Wut über den Tod einer solchen Persönlichkeit abgeklungen sind, bleibt eine dumpfe Verwunderung, mit welcher heiterem Opfermut Nawalny sein Schicksal angenommen hat. Es war zu erwarten, dass sein Gegenspieler, der Diktator Putin, den Kritiker nicht nur mundtot, sondern tot haben wollte.

Sicher ist Nawalny nach seiner Vergiftung mit Nervengas nicht deshalb nach Russland zurückgegangen, weil nach seinem Tod eine Straße nach ihm benannt werden sollte, wenn denn irgendwann Gerechtigkeit und Wahrheit in seiner Heimat gesiegt haben. In unserem Land gibt es viele Schulen und Straßen, die an die Geschwister Scholl erinnern. Sie zogen einen Tod unter Fallbeil einem Leben unter Hitler vor. Im Unrechtsstaat DDR war es der Pfarrer Oskar Brüsewitz, der sich 1976 in Zeit aus Protest gegen die Diktatur der SED verbrannte.

### DIE MITLÄUFER WERDEN SIEGEN

Brüsewitz, Nawalny, Hans und Sophie Scholl – sie stehen für einen raren Menschenschlag, deren Heldenmut uns so staunend wie ratlos zurücklässt. Sie alle wussten, dass sie persönlich nichts von ihrem Opfer haben würden – nichts als den Tod. Was treibt solche Märtyrer an? Der Selbsterhaltungstrieb kann es nicht sein. Deutschlands Verteidigungsminister Boris Pis-

torius hat soeben eine jahrzehntelange Auseinandersetzung des Westens gegenüber Russland vorhergesagt. Sollte Pistorius Recht behalten, wird es so bald kein Nawalny-Gässchen in Moskau geben, dafür aber pompöse Putin-Denkmal in en masse.

Die historische Erfahrung lehrt leider, dass nach einem Unrechtsregime nicht die Widerstandskämpfer, sondern die Mitläufer und sogar die Mittäter am längeren Hebel sitzen. Zwar wurde in Deutschland kurzzeitig der Emigrant Willy Brandt Bundeskanzler, doch blieb er stets umgeben von den graubraunen Normalbürgern, die sich in der Wehrmacht, im Beamtenapparat, sogar in der NSDAP durchgemogelt hatten. Leute wie Globke, Filbinger und Kiesinger, die dem Führer treu dienten, stiegen später zu höchsten Ämtern auf. So wird es irgendwann auch in Russland kommen: Jemand aus Putins Gefolge, der den Kopf nicht zu weit vorstreckte, darf sich eine neue Machtbasis schaffen. Dass zahlreiche Menschen in Russland ihre Trauer für Nawalny öffentlich äußern und damit Freiheit und Gesundheit aufs Spiel

setzen, ist mehr als bewegt. Vielleicht hatte Schiller Recht, als er schrieb: Das Leben ist der Güter höchstes nicht. Nur sind es immer die Überlebenden, welche darüber urteilen.

### DIE SELBSTBESTRAFUNG DER OPFER

Auch Maxim Kuzminow hat diese Woche seinen Widerstand gegen Putins Regime nicht überlebt. Der junge Pilot war vor Jahresfrist mit seinem Hubschrauber in Charkiw gelandet und hatte später seine russische Kameraden öffentlich zum Desertieren aufgerufen: Sie würden genug Geld und eine neue Existenz gestellt bekommen. Der russische Geheimdienst scheint Kuzminow trotzdem aufgespürt zu haben. Er wurde in einer Tiefgarage bei Alicante mit fünf Schüssen exekutiert. Was beweist, dass der Ukrainekrieg längst in Mitteleuropa angekommen ist.

Die Organisatoren der Olympischen Spiele, die im Sommer in Paris stattfinden werden, können ein Lied davon singen. Das Internationale Olympische Komitee (IOC) unter der Präsi-

dentenschaft des Deutschen Thomas Bach will russische und belarussische Athleten als Individuen, also ohne Flagge und Hymne, teilnehmen lassen. Ukrainische Politiker laufen Sturm gegen diese Entscheidung. Sie wollen keinesfalls, dass Vertreter Russlands auf ukrainische Sportler treffen und den Angriffskrieg damit im Rampenlicht der Welt legitimieren. Ein Boykott der Ukraine, also eine Selbstbestrafung der Opfer, ist nicht ausgeschlossen.

Als wäre der Ärger nicht genug, kämpfen die französischen Organisatoren mit logistischen Problemen. Nachdem Polizei und Verwaltung bereits 2022 mit dem Finale der Champions League in Paris überfordert waren – hunderte britischer Fans wurden damals grundlos verprügelt und festgenommen –, ist man nun nicht mit hunderten Tausenden, sondern erwarteten zwölf bis 15 Millionen Zuschauern konfrontiert. Ob die Metro, traditionell durch Streiks, Personalmangel und technische Schäden anfällig, diese Belastung durchhält, ist so ungewiss wie die Sicherheitslage. Auch steigen die Preise für Wohnung und Unterkunft ins Astronomische.

Nun wurden wegen Terrorgefahr die Zuschauerzahlen der Eröffnungsfeier beschnitten. Da ist es mehr als verständlich, wenn Präsident Macron einige seiner besten Leute aus dem Kabinett abgezogen und dem Organisationskomitee zugeordnet hat. Es ist leichter, Frankreich zu regieren als dieses globale Olympia, das mit seinen Zielen von Völkerfreundschaft, Frieden, Jugendlichkeit und Fairness wenig mehr gemein hat.

Das ist in der katholischen Kirche nicht anders. Bei der Vollversammlung der deutschen Bi-

schöfe in Augsburg hat deren Vorsitzender, Georg Bätzing, AfD-Anhänger de facto aus der Kirche geworfen: Ihre politischen Ansichten seien mit dem Katholizismus nicht vereinbar; die katholische Kirche stehe fest zur Demokratie. Kein Wort verlor der Bischof über die Frage, ob er auch von AfD-Mitgliedern gezahlte Kirchensteuern rückerstatten möchte.

Gleichzeitig hat Bischof Bätzing ziemlich schlimme Scherereien mit seinem Vorgesetzten im Vatikan. Der Papst lehnt den „synodalen Weg“, also die Öffnung für Frauen in Kirchenämtern, für Homosexuelle, für verheiratete Priester und eine Mitsprache der Gemeinden, rundweg ab. Kardinäle warnen bereits vor einer Kirchenspaltung. Bischof Bätzing hat offenbar nicht mitbekommen, dass seine Vorgänger in der langen Geschichte des Katholizismus schon so allerlei gewesen sind, unter anderem Kirchenfürsten, Gefährten, Teufelsaustreiber und Inquisitoren.

### DIE PROTESTANTEN FREUEN SICH

Eines aber war die katholische Kirche niemals – eine Demokratie. Papst Franziskus könnte nach geltendem Recht Bischof Bätzing morgen exkommunizieren und durch einen spanischen Opus-Dei-Fanatiker ersetzen. Die Wanderer auf dem „synodalen Weg“ müssten dann feststellen, dass sie in ihrer Kirche so unerwünscht sind wie AfD-Mitglieder. Gottseidank gibt es in Deutschland bereits eine Religionsgemeinschaft, in der ihre Wünsche prompt bedient werden. Die Protestanten können jedes Neumitglied gebrauchen.